Landespräventionsrat
Sachsen-Anhalt

Tagungsband

2. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

"Prävention für eine sichere und lebenswerte Stadt"

24. Oktober 2002

in der

GEORG-FRIEDRICH-HÄNDEL

HALLE

Markt der Möglichkeiten

Bundesgrenzschutzamt Halle
SG Kriminalprävention

Wir über uns

Das Bundesgrenzschutzamt Halle entstand am 1. Juli 1991 als „Grenzschutzamt Bahnpolizei Halle“. Auf die Fläche betrachtet ist es das größte Amt in Deutschland. Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Teile Sachsens (Regierungsbezirk Leipzig) stellen in ihren Ausdehnungen als Flächenstaaten hohe Anforderungen an die Mobilität. Das Bundesgrenzschutzamt Halle besitzt als Binnenamt keine Außengrenzen.
Grenzüberschreitender Verkehr findet nur auf dem Luftweg über die Flughafendienststellen statt. Insofern sind kriminalpräventive Ansätze aus grenzpolizeilicher Sicht im Inland nur bedingt vorhanden.
Die Masse der Straftaten, die zudem gute Präventionsansätze bieten, fallen im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich an.
Kriminalpräventive Maßnahmen konzentrieren sich daher schwerpunktmäßig auf diesen Bereich. Eine enge Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Polizeien der Länder und anderen Institutionen ist unabdingbar.

Unser Angebot

Neben der Optimierung der Ermittlungs- und Fahndungsarbeit im Rahmen einer effektiven Strafverfolgung kommt der Entwicklung und Aktualisierung von Präventionskonzepten eine herausragende Bedeutung zu. Es ist zweifelsohne besser, Straftaten erst gar nicht geschehen zu lassen, als sie verfolgen zu müssen. Diesem Gedanken Rechnung tragend, führt der Bundesgrenzschutz seit 1996 verschiedene Präventionsaktionen, insbesondere im bahnpolizeilichen Bereich, durch.

1. Bahnanlagen sind kein Abenteuerspielplatz

„Gib 8 auf Dich!“ so lautet das Motto dieser Präventionsaktion. Mit einen kindgemäß ausgerichteten Vorbeugungsprogramm sollen speziell Kinder und Jugendliche auf die Gefahren im Bereich der Eisenbahnanlagen aufmerksam gemacht werden. Unser Maskottchen **„TONI der Bär“**, Liebling aller Kinder, ist zur Symbolfigur dieser Präventionsaktion avanciert.

2. Miteinander gegen Gewalt - ich helfe

Ist eine Aktion des BGS gegen Gewalt in Zügen und Bahnhöfen. Körperverletzung, Sachbeschädigung, Graffiti, Belästigung, Diebstahl, - immer wieder berichten die Medien über solche Vorfälle in Zügen und S-Bahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten des öffentlichen Personennahverkehrs. Der BGS und die Polizei sind rund um die Uhr für die Sicherheit im Einsatz - aber sie können nicht allgegenwärtig sein. Jedermann ist gefragt, um als Zeuge oder Helfer zu unserer Sicherheit beizutragen.
Ziel dieser Präventionsaktion ist es, den Täter aus der Anonymität herauszuholen - dem Opfer zu helfen - denn **Gleichgültigkeit ist " out "!**

3. Unerlaubte Gleisüberschreitungen

Bei dieser Präventionsaktion sollen dem Bürger die Gefahren beim Überschreiten der Gleise an unerlaubten Stellen aufgezeigt werden. Jährlich kommt es zu über 1000 Unglücksfällen im Zusammenhang mit dem Bahnverkehr, deren Ursachen nicht in technischen oder sonstigen Mängeln der Schienenfahrzeuge oder Fehlern des Bedienpersonals liegen.

Der Bundesgrenzschutz rät daher:

Gib 8 und beachte die Verkehrsregeln auch im Umgang mit dem Verkehrsmittel „Bahn“.

Neben der Gefährdung des eigenen Lebens oder der Gesundheit, hat das unerlaubte Überschreiten der Gleise noch andere Konsequenzen.

Wer unbefugt Gleise betritt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Kommt es zu einem Unfall oder einer Gefährdung im Zusammenhang mit dem Bahnverkehr, so stellt dieses Verhalten eine Straftat dar.

Bundesgrenzschutzamt Halle/S
SG KrimB/ Kriminalprävention
Merseburgerstr. 196
06110 Halle/S

Tel.: 0345-1302-130
Fax: 0345-1206500
E-mail: Kathleen.Diederichs@bgs.bund.de

Markt der Möglichkeiten

FACHZENTRUM GEGEN-GEWALT (FZGG)

Wir über uns

Das FZGG (FachZentrum Gegen-Gewalt) hat sich 2001 gegründet. Träger ist der gemeinnützige Verein UN-art-IG e. V. Der Verein ist seit 1994 in der sozialpädagogischen, sozialtherapeutischen, kulturellen Projektarbeit und Erwachsenenbildung tätig.

Das FZGG hat seinen Sitz in Halle (Saale). Es entstand aus der Notwendigkeit heraus, im Raum Halle/Saalkreis kontinuierlich und systematisch hochwertige Trainingsmaßnahmen für gewalttätige Menschen anzubieten und deren Effekte transparent und für eine Fachöffentlichkeit nachvollziehbar darzustellen.

Wir arbeiten mit Tätern. In dieser Arbeit wenden wir konfrontative Methoden an. Dies bedeutet - wir achten den Täter als Person, lehnen aber sein gewalttätiges Verhalten ab. Aus unserer Arbeit heraus entwickelten wir folgende Einstellung gegenüber dem Thema „Gewalt".

Gewalt

Gewalt ist „eine zielgerichtete, sozial als illegal betrachtete körperliche Einwirkung auf einen Menschen durch einen anderen Menschen, die zu einer physischen, psychischen oder sozialen Schädigung führt" (Reiss, Roth 1993, S. 35). Unterschiedliche Formen der Gewalt sind nach innen (Regression oder Autoaggression) oder in aggressiver Form nach außen gegen Menschen und Sachen gerichtet oder treten als strukturelle Gewalt in Erscheinung.

Gewalttätigkeit wird vorwiegend dem Mann zugeschrieben, z. B. bei häuslicher Gewalt. Gewaltausübung ist jedoch kein „Privileg“ des Geschlechts, des Alters oder des Bildungsstandes.

Gewalttäter sind für ihre Gewalttätigkeit und deren Auswirkungen auf andere Menschen verantwortlich. In Einzelberatung und Gruppentraining entlarvt das FZGG in annehmender und konfrontativer Weise die Rechtfertigungsstrategien der Täter und führt hin zur Übernahme von Eigenverantwortung.

Den Verursachern von Gewalt konsequent gegenüberzutreten und sie in die Lage zu versetzen, sich den Ursachen und Folgen der selbst ausgeübten Gewalt und Tat bewusst zu werden, ist die wirksamste Methode, Opfer zu schützen.

Gewalt hat Folgen und Auswirkungen. Der erlebten Gewalt nicht machtlos gegenüber zu stehen, sondern deren Mechanismen und Folgen zu kennen, versetzt uns in die Lage, dieses Wissen in der Arbeit mit Tätern einzusetzen und an interessierte Bürger sowie Personen in sozialen Einrichtungen weiterzugeben.

Unser Angebot

Arbeit mit Tätern:	Beratung, Training Anti-Gewalt-Training (AGT)
Männerberatung:	Beratung und Training für Männer und Jungen
Multiplikatoren:	Schulung, Workshop, Informationsveranstaltungen

Das FZGG richtet sich an

- Gewalttäter,
- Personen, die mit Gewalt konfrontiert sind und
- Ratsuchende.

Anti-Gewalt-Training (AGT)

Dem AGT liegt die Erkenntnis zugrunde, dass gewaltausübenden Wiederholungstätern mit den traditionellen Methoden der Sozialarbeit nicht wirksam geholfen werden kann. Gewalttätigem Verhalten wird oft zu spät entschieden entgegengetreten. Die Gewalttäter werden somit in ihrem aggressiven Verhalten noch bestärkt durch mangelnde Zivilcourage und verängstigte Reaktionen in ihrer Umgebung.
Gewaltausübende Jugendliche brauchen klare Grenzen. Im AGT lernen sie die Grenzen anderer zu erkennen und zu achten. Das AGT wirkt durch eine ausgewogene Mischung aus Empathie und Konfrontation. Grundlage hierbei ist die Annahme der Person bei gleichzeitiger Ablehnung des gewalttätigen Verhaltens. Das AGT bewirkt, dass Gewalttäter sich selbst und die Gefühlswelt ihrer Opfer kennen lernen. Damit wird bei dem Täter erstmals ein Schamgefühl für seine Tat und Mitleid mit seinen Opfern geweckt. Wenn dies gelingt, verliert der Aggressive Spaß an der Gewalt, und er entwickelt und erprobt Verhaltensalternativen.

Mit dem AGT treten wir gewalttätigem Verhalten entschieden entgegen und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zum Opferschutz.

Zielgruppe

Jugendliche und Heranwachsende, die

- mehrfach wegen Gewaltdelikten auffällig wurden,
- Gewalt als erfolgreiche Form der Konfliktlösung sehen,
- nach dem Motto leben: „Zuerst schlagen, dann fragen“,
- Einschüchterung und Bedrohung gezielt einsetzen, um Macht über andere auszuüben.

Ansprechpartner

Kerstin Rößler
Karsten Meinhardt

Männerberatung – Beratungsstelle für Männer und Jungen des FZGG

Die Männerberatung des FachZentrums Gegen-Gewalt stellt ausschließlich männliche Berater. Es geht darum, bewusstes Mann-Sein zu erleben. Jeder Mann und jeder Junge ist mit seinem Anliegen willkommen. Alle Gespräche, Informationen und Daten werden vertraulich, auf Wunsch auch anonym, behandelt. Die Beratung findet in Einzelgesprächen statt. Spätere Fortführung in Gruppengesprächen ist möglich.

Dieses Angebot wendet sich an Jungen und Männer, die gewalttätig gegen Kinder, Frauen oder andere Männer geworden sind, die etwas dagegen tun wollen und Unterstützung dafür brauchen. In der Beratung können sie Fragen zu eigenen Problemen stellen auch die, die ansonsten keiner hören und beantworten will.

Ein Mann oder Junge muss aber nicht gewalttätig geworden sein, um die Männerberatung in Anspruch zu nehmen. Er kann hier auch Beratung in schwierigen Lebenslagen erhalten und Fragen zur eigenen Identität bearbeiten.

Es geht für den einzelnen Mann oder Jungen darum, eigene Grenzen aufzuspüren und anzuerkennen.
Gewaltkreisläufe, Eskalationsstrategien und Frustrationspunkte werden aufgezeigt. Andere Verhaltensmöglichkeiten und Deeskalationsstrategien werden entwickelt und ansatzweise eingeübt.
Letztlich geht es um die bewusste Übernahme von Eigenverantwortung.

Ansprechpartner
Karsten Meinhardt
Eberhard Müske
Daniel Stojek

Kontaktadressen

UN-art-IG e. V.

FACHZENTRUM GEGEN – GEWALT (FZGG)
Gerberstraße 1
06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345/6786772

Fax: 0345/6786771

Markt der Möglichkeiten

Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e.V.

Wir über uns

Zur Verwirklichung von Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Artikel 7 Abs. 2 sowie 34 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wurde im April 1996 der Verein „Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e. V.“ gegründet.

Grundanliegen unseres Vereins ist es, Mädchen und Frauen zu ermutigen und zu befähigen, ihre Interessen im gesellschaftlichen Leben selbst durchzusetzen.

Dabei geht es uns sowohl um eine Erweiterung der politischen Kompetenzen von Mädchen und Frauen als auch darum, die gesellschaftspolitische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt zu aktivieren und zu vernetzen.

Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt und finanziert sich über Beiträge, Spenden, Teilnahmegebühren und Zuwendungen. Der Verein verfolgt weder parteipolitische noch konfessionelle Ziele. Gegenwärtig gehören ihm über 50 Mitfrauen, Vereine, Institutionen und Bildungsträger an. Der Verein ist landesweit organisiert.

LOGO Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e.V.

Unser Angebot

Wir organisieren Veranstaltungen zu Themen, die frauenpolitisch wichtig sind und kooperieren dabei auch mit anderen Vereinen, Institutionen oder Bildungsträgern.

Der Verein verfügt über eine Datenbank mit Referentinnen und Künstlerinnen. Der Eintrag in diese Datenbank ist für die Frauen kostenlos. Auf den Datenpool können OrganisatorInnen frauenpolitischer Veranstaltungen zugreifen.

Unser Themenkatalog beinhaltet folgende Arbeitsschwerpunkte:
Arbeitsmarkt/Geschichte/Gesundheit und Umwelt/Gewalt/Medien/PartnerInnenschaft, Familie und Lebensformen/Personale und soziale Kompetenzen/Politik, Philosophie, Soziologie/Rechtsfragen/Vereins- und Projektarbeit.

Der Verein „Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e. V.“ hat über die jährlichen Veranstaltungsangebote hinaus das landesweite **Projekt „Frauenpolitische Bildung für Chancengleichheit**“ entwickelt, in dem sich Frauen fit machen können für Beruf und Politik. In Seminaren, Workshops und praxisorientierten Trainings können interessierte Frauen ihre Fachkompetenz erweitern, für sich Durchsetzungsstrategien entwickeln und ihr Selbstbewusstsein stärken.

Zugleich wird die Möglichkeit geschaffen, Bündnisse zu knüpfen für ein politisches Amt, für Vereins- und Initiativarbeit oder auch für das persönliche Engagement für eine Gesellschaft der Chancengleichheit.

Das Projekt besteht aus einzelnen Kursangeboten von unterschiedlicher Dauer.
Über Themen und Termine unserer nächsten Kurse können sich interessierte Mädchen und Frauen auf unserer homepage: www.frauenpolitische-bildung-sachsen-anhalt.de oder über www.frisa.de informieren.

Ansprechpartnerin:

Cornelia Böhne-Kanguidi
Koordinatorin für den Landesverein

persönlich:
Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e.V.
Goethestr. 44
29108 Magdeburg

per Post:
Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e. V.
Postfach 320 237
39041 Magdeburg

per Telefon oder Fax:
0391/7328295

per E-Mail:
verein@frauenpolitische-bildung-sachsen-anhalt.de

unsere homepage:

www.frauenpolitische-bildung-sachsen-anhalt.de

oder über

www.frisa.de

Markt der Möglichkeiten

„GIMMI“ Integrations-zentrum Halle

Wir über uns

Die Einrichtung liegt auf dem Territorium von Halle-Neustadt, das ein Stadtgebiet von Halle ist und seine Selbständigkeit als Stadt nach der Wende aufgegeben hat.
Im direkten Wohnumfeld der Einrichtung befinden sich vor allem Hochhäuser mit unterschiedlichem Sanierungszustand. Auffallend ist, dass in den un- bzw. teilsanierten Gebäuden vorwiegend Menschen aus einkommensschwachen Haushalten wohnen. Betroffen sind insbesondere Familien mit Migrationshintergrund, Arbeitslose, Personen ohne Schul- bzw. Berufsabschluss, Familien mit drei oder mehreren Kindern sowie Mehrgenerationenhaushalte.
Der „GIMMI“ ist ein Flachbau mit 7 unterschiedlich großen Räumlichkeiten und wurde, bevor es 1981 ein Jugendklub wurde als Unterkunft für Bauarbeiter während des Aufbaus von Halle-Neustadt genutzt.

Arbeitsgrundlage

Die Einrichtung arbeitet auf der Grundlage der §§ 1, 11, 13, 14, 16 SGB VIII und unterbreitet ergänzend Angebote nach § 19 SGB III in Kooperation mit anderen Institutionen /Einrichtungen.
Der „GIMMI“ ist eine Integrationseinrichtung mit Migrationshintergrund.
Wir sehen uns als ein kulturelles Kommunikationszentrum und bieten Begegnungsformen an, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft bei Achtung ihrer kulturellen Vielfalt und ungeachtet ihrer sozialen Stellung. Unsere Angebote können von interessierten Kindern, Jugendlichen und Familien verschiedener Na-

tionalitäten genutzt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Integration kurdischer Familien aus dem Einzugsgebiet gelegt.

Leitziele der Einrichtung

1. Ein kulturelles Kommunikationszentrum und Begegnungsformen zu schaffen, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, bei Achtung ihrer kulturellen Vielfalt und ungeachtet ihrer sozialen Stellung.

2. Durch vielfältige Angebote und Projekte innerhalb und außerhalb der Einrichtung für junge Menschen und Familien unterschiedlicher Kulturgruppen, durch Förderung gegenseitigen Verständnisses zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantinnen, sowie Schaffung der dazu gehörigen Rahmenbedingungen, um die gesellschaftliche Stellung der Ausländerinnen zu relativieren.

3. Die Interessen und Bedarfslagen von Migrantinnen in den Vordergrund stellen.
   Wobei die Erfahrungen der vergangenen Jahre in den unterschiedlichen Bereich der Sozialarbeit Berücksichtigung finden, unter Beachtung der migrationsspezifischen Aspekte, der soziokulturellen Faktoren, der Sprachkenntnisse, der rechtlich sozialen Stellung in der deutschen Gesellschaft.

4. Der Abgrenzung von Migrantinnen entgegen zu wirken und ihre Gleichberechtigung zu fördern.

5. Den jungen Menschen und Familien mit Einfühlungsvermögen begegnen und sie bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung, der Verwirklichung ihrer Interessen und Bedürfnisse, ungeachtet ihrer Nationalität, zu unterstützen.

6. Eine Botschafterfunktion für die Öffentlichkeit zu übernehmen und zum Abbau von latenter sowie offener Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beizutragen.

7. Der Anspruch, soziale Dienstleistungen von hoher Qualität anzubieten, kontinuierliche Qualitätssicherung ist dabei unabdingbar.

8. Kooperation mit anderen Dienstleistungen und Einrichtungen, unter Beachtung einer Vernetzung von Angeboten und Eingliederungsmaßnahmen.

Unser Angebot

- Beratung / Einzelfallhilfe
  (Dienstag und Mittwoch: 12.00-13.00 Uhr; Donnerstag: 14.00 – 16.00 Uhr)
- Kochduell (hauswirtschaftlicher Bereich)
- Spielkiste für Familien
- Tanzworkshops
- Familienbildende Projekte
- Arbeitsmarktbezogene Eingliederung für Migrantinnen (Hausmeistertätigkeit; Hauswirtschaftlicher Bereich – z. B. Nähen; Reinigungstätigkeiten)
- Sprachförderkurse für ausländische Bürger
- Offener Treff / Clubcafe / Veranstaltungsräume
- Straßenaktionen
- Erlebnisorientierte Freizeitfahrten
- Kulturgebundene Tanzgruppen
- Öffentlichkeitsrelevante Veranstaltungen:
  z. B.:
  - zur „Interkulturellen Woche“ auf dem Markt und in der Einrichtung
  - Weltkindertag
  - Landespräventionstag übergreifend auf Landes- und Bundesebene
- Kulturgebundene landestypische Veranstaltungen
- Veranstaltungen mit traditioneller kulturgebundener Musik und Tanzen
- Veranstaltungen des Projektes „Arche“ (sind themengebunden und werden einmal im Monat angeboten. Die „Arche“ ist ein Schiff für Kinder, Jugendliche und Familien, dass einlädt mitzusegeln, ungeachtet ihrer Nationalität, Kultur oder Hautfarbe. Die Reise geht in ferne Länder. Es werden landestypische Traditionen, Sitten, Bräuche und Tänze auf dieser Reise spielerisch realitätsnah vermittelt.)

Öffnungszeiten:

Montag	Schließtag
Dienstag-Sonntag	15.00-21.00 Uhr offene Angebote
Samstag	15.00-22.00 Uhr offene Angebote
Dienstag-Freitag	10.00-13.00 Uhr Bildungsangebote, Projektarbeit, Feriengestaltung, Workshops, Arbeitsgruppen

"Gimmi" Integrationszentrum
Unstrutstr. 28
06122 Halle
Telefon/Fax: 0345/ 804 47 80
E-mail: petra.schneutzer bossmail.de
Ansprechpartner:
Leiterin Frau Schneutzer
Mitarbeiterinnen Frau Ehrt, Frau Walther
Mitarbeiter von „Eine Welt Haus e. V." Herr Ahmad

Markt der Möglichkeiten

Aktion Musik e.V.
Gröninger Bad

Wir über uns

Der „aktion musik“ e. V. ist eine sozio-kulturelle Einrichtung, hat seinen Sitz im Gröninger Bad in Magdeburg-Salbke und wurde 1991 gegründet. Der Förderverein hat es sich zur Aufgabe gemacht, zur Entwicklung der Musik – und insbesondere der Jugendmusikszene seinen Beitrag zu leisten.
Diese „Gesellschaft zur Förderung junger Musiker“ bietet zahlreiche Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen. Musik steht dabei an erster Stelle. Nicht nur die Fähigkeit, sich durch Musik auszudrücken, oder die Entwicklung einer Individualität, sondern auch eine Art Lebensorientierung soll bei den Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Zudem helfen pädagogische Fachkräfte den Teenagern bei der Herausbildung eigener Fertigkeiten und vermitteln Wissen über andere Kulturen.
Bei der Durchführung der Projekte arbeitet der Verein mit zahlreichen Partnern wie dem Landeskriminalamt, der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung (LKJ), Offenen Kanälen, dem Landesjugendamt, den Stadtwerken Magdeburg und anderen Einrichtungen und Vereinen zusammen.
Eine weitere Einrichtung des Vereines „aktion musik“ befindet sich in der altmärkischen Kreisstadt Salzwedel. Über 170 Mitglieder gehören dem Verein insgesamt an. In seiner Entwicklung von nunmehr 11 Jahren kristallisierten sich mehrere Projekte, angefangen mit „Musikinstrumente hautnah“, heraus, die das Gröninger Bad als ein Objekt des Vereines „aktion musik“ weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus bekannt gemacht haben. Als kontinuierlich arbeitender Klub für Live-Musik hat sich das Haus regional, national und auch international einen guten und bekannten Namen erworben.

Geschäftsführer des Gröninger Bades ist der Diplom-Musikpädagoge Gregor Schienemann, Vereinsvorsitzender der Diplom-Sozialpädagoge Rolf Hanselmann. Weiteres Personal wird im Rahmen von SAM-, ABM-, „Aktiv zur Rente"- und Zivildienststellen sowie einer FSJ/KB-Stelle (Freiwilliges Soziales Jahr im Kulturellen Bereich) beschäftigt. Honorar- und ehrenamtliche Kräfte wirken bei der Absicherung der Projekte mit.
Für alle, die selbst Musik machen wollen, bietet das Gröninger Bad drei Proberäume mit Verstärkern und Instrumenten sowie professionelle Studiotechnik für Demo- und CD-Produktionen per Logic Audio oder per PC-Programm. Freie Theatergruppen können zudem die Theaterbühne in der obersten Etage nutzen.
Sowohl mit den Projekten als auch mit der Möglichkeit musikalisch-kreativ tätig zu sein werden vor allen Dingen Kinder und Jugendliche angesprochen, die künstlerisch aktiv werden wollen und nach derartigen Gestaltungsmöglichkeiten suchen. Als weitere Zielgruppe werden Schulen benannt.
Ihnen ist im Gröninger Bad die Ausweichmöglichkeit gegeben, den Schulunterricht mit alternativen Unterrichtsmethoden, zum Beispiel für den Musikunterricht aber auch beim Vermitteln sozialer Lernerfahrungen, zu gestalten. Durch das vielfältige Angebot an Wochenenden ist das Gröninger Bad außerdem als Veranstaltungsort für Konzerte auch Anziehungspunkt für Besucher jeder Altersgruppe. Zu einem weiteren Ziel gesetzt hat sich der Verein auch die Verwirklichung des Wunschtraumes junger Bands, einmal auf der Bühne im Mittelpunkt zu stehen, um die eigene Kreativität zu präsentieren und an andere weiter zu tragen.

Unser Angebot

Zu den ständigen Angeboten und Projekten im und außer Haus gehören neben der Schulsozialarbeit, dem jährlichen Schülerbandtreffen, der Offenen Bühne, „Junge Bands on stage", der Workshoptour und anderen auch folgende Projekte, die hier näher erläutert werden.

„Musikinstrumente hautnah"

... heißt das Projekt, dass Schülern ab der ersten Klasse die Gelegenheit gibt, einen Tag lang ihr Talent am Schlagzeug, an der Gitarre, beim Gesang und an der Licht- und Bühnentechnik auf die Probe zu stellen. Das Ganze findet in den Räumlichkeiten des Gröninger Bades statt.

Erfahrene Musiker stehen bei diesem Projekt für alle offenen Fragen bereit und erklären selbst kleinste Grundbegriffe, die das Verständnis für den Umgang mit Musik und Instrumenten erleichtern. Die Frequentierung dieses Angebotes steigerte sich im Laufe der Jahre, denn in Form von „handgemachter" Musik intensiviert dieses Projekt die sinnvolle und schöpferische Freizeitgestaltung. Zudem bietet es gerade den jüngeren Schülern die Chance, ihre musikalische Ader zu entdecken und weckt die Möglichkeit einer künstlerisch-musikalischen bzw. einer technischen Laufbahn. Der Schwierigkeitsgrad, mit dem die Schüler an die Instrumente herangeführt werden, wird der jeweiligen Altersstufe angepasst.

„MusiCids"

Dieses Projekt gibt Schüler ab der fünften Klasse die Möglichkeit, über drei Tage hinweg einen selbst geschriebenen Song aufzunehmen. Beginnend bei der Bearbeitung der Textidee über die Festlegung der Musikrichtung bis hin zur Studioarbeit, wird alles unter der Anleitung erfahrener Mentoren schöpferisch gestaltet. In kleineren Gruppen werden alle nötigen Arbeitsschritte erledigt:
Eine Tanzgruppe studiert eine ausgesuchte Choreographie ein, der Gesang wird im Tonstudio zusammen mit der komponierten Musik aufgenommen, das Bühnenbild wird ausgeschmückt und die passende Lichttechnik ausgesucht. Außerdem entsteht ein CD-Cover für jede CD, die die Schüler bekommen. PR-mäßig wird selbstverständlich zum Gesamtprojekt ein Pressetext erarbeitet und als Pressemitteilung an die entsprechenden Medien gegeben. Der krönende Abschluss besteht aus der Präsentation des Songs von allen Beteiligten inklusive Tanz, Bühnengestaltung und Technik sowie aus der Videoaufnahme der Bühnenshow.

„Hörspiel"

Kreativ produzieren wie die Profis, heißt es beim „Erlebnis Hörspiel" für Schüler ab der ersten Klasse. Unter Anleitung von Fachleuten aus unserem Haus wird ein von Schülern selbst geschriebener oder ausgewählter Text aufgenommen. Die Gesamtproduktion realisiert sich in verschiedenen Arbeitsgruppen: Sprecher, Sound-Mixer, Ton- und Geräuschespezialisten, Comic- und Covergestalter, Pressetextschreiber. Die Comicgestaltung „untermalt" dabei das

Hörspiel optisch und ein unter Anleitung erarbeiteter Pressetext gibt den Schülern die Möglichkeit, in der Presse über ihr Projekt zu berichten.

„Entwicklung der Rock- und Popmusik“

Das Projekt ist eine überregionale Veranstaltung in Schulen oder für größere Interessentengruppen. Erfahrene Musiker einer Live-Band führen die Zuhörer durch die Welt der Musikepochen. Anhand akustischer und optischer Beispiele wird die Entwicklung der musikalischen Genres Rock und Pop seit den fünfziger Jahren vorgestellt. Im Einsatz sind hochqualifizierte Dozenten auf den Gebieten Drums, Gitarre, Bass, Keyboard und Gesang. In kurzen Erläuterungen wird den Jugendlichen der Entwicklungsweg zwischen verschiedenen Musikstücken und Musikrichtungen wie Blues, Swing, Blues-Rock, Hardrock, Heavymetal, Grunge, Crossover und Hip-Hop demonstriert. Des Weiteren werden Instrumente sowie deren Geschichte in den verschiedenen musikalischen Epochen dargestellt.

Ansprechpartner:
Geschäftsführer Gregor Schienemann

- **aktion musik -**

Gesellschaft zur Förderung junger Musiker e. V.
Gröninger Straße 22
39122 Magdeburg
Tel.: 0391/4 01 50 75
Fax: 0391/4 01 50 75
E-Mail: groeningerbad@web.de

Markt der Möglichkeiten

Initiative Sicherer Landkreis Anhalt Zerbst e.V.

Wir über uns

Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Erziehung und Bildung zur Vorbeugung und Verhütung von Kriminalität.

Diesen Zweck verwirklicht der Verein insbesondere durch:

- Beratung und Zusammenarbeit von und mit Personen, Gruppen und Institutionen, die sich mit Kriminalprävention befassen
- Initiieren, Unterstützen und Durchführen problembezogener Präventionsprojekte im Landkreis
- Informationen der Bevölkerung und gesellschaftlicher Gruppierungen über aktuelle Veröffentlichungen, richtungsweisende Modelle und Entwicklungen auf dem Gebiet der Kriminalitätsvorbeugung
- Sammeln von Geld- und Sachmitteln zur problembezogenen Projektarbeit

Die finanzielle oder Ideelle Unterstützung kommt nur gemeinnützigen Projekten zugute.

Der Verein wurde am 3. Dezember 1997 gegründet und zählt 36 Mitglieder, darunter juristische Personen und Gebietskörperschaften.

Unser Angebot

Laufende Projekte:

- Aktuelle Internetseite auf der Homepage des Vereins „Initiative Sicherer Landkreis Anhalt-Zerbst“ e. V. als Informationsangebot über Präventionsprojekte, ihre Anwendung und Nutzung.

  - www.verein-sicherer-landkreis.de -

- Durchführung des kriminalpräventiven Bewegungsspiels „Bärenstark“ in Grundschulen des Landkreises.
- Mitarbeit am Projekt „no drugs – no risk – more fun“ des Goethegymnasiums Roßlau.
- Vorbereitung und Koordinierung des Einsatzes von Polizeibeamten zu kriminalpräventiven Themen in Schulen.
- Mitwirkung bei Projektwochen und –tagen in Schulen bei Einbringung kriminalpräventiver Themen
- Laufende themenorientierte Veröffentlichungen in der örtlichen Presse zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für kommunale Kriminalprävention.

Beim 2. Landespräventionstag des Landes Sachsen-Anhalt hat der Verein seine Internetpräsenz als Informationsangebot vorgestellt.

Kontaktadressen

Initiative Sicherer Landkreis e.V.
Finanzrat-Albert-Straße 2
06862 Roßlau
Ansprechpartner:
Herr Hajek: Tel. 034901/9 12 31
Herr Werner: Tel. 034901/8 79 19
Fax: 034901/9 11 37

Markt der Möglichkeiten

Polizeidirektion Halberstadt

Wir über uns

"Buntes Licht auf braune Schatten"

Präventionsprojekt der Polizeidirektion Halberstadt

Bei dem Projekt handelt es sich um ein Präventionsprojekt der PD Halberstadt gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit für Demokratie und Toleranz.
Das Projekt findet an Schulen im Zuständigkeitsbereich der PD Halberstadt statt. Es wurde konzipiert für Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren und umfasst etwa 25 Unterrichtseinheiten (a 45 Minuten) pro Klasse im Rahmen einer Projektwoche.

Projektbausteine

- ► Modul 1: Kreative Auseinandersetzung mit dem Thema - Anfertigung von Bildern, Fotos, Collagen etc. durch die jeweilige Schulklasse

- ► Modul 2: Informationen zu Gewalt, strafrechtlichen Aspekten, Täter-Opfer-Beziehung, Verhaltenstraining etc. - Gesprächsrunde mit LehrerInnen und PolizeibeamTInnen

- ► Modul 3: Workshop bzw. Rollenspiele mit dem Ziel, gewaltfreie Lösung von Konflikten sowie verantwortungsbewusstes und tolerantes zwischenmenschliches Verhalten zu fördern

- ► Modul 4: Gesprächsrunde mit ZeitzeugInnen der NS-Vergangenheit, Diskussion mit MigrantInnen

► Modul 5: Besuch einer Mahn- und Gedenkstätte

Die verschiedenen Projektaktivitäten werden durch eine Mitarbeiterin der Polizeidirektion, LehrerInnen und gegebenenfalls SozialarbeiterInnen begleitet. Für den Workshop sowie den Besuch einer Mahn- und Gedenkstätte werden ReferentInnen bzw. TrainerInnen eingesetzt.

Buntes Licht auf braune Schatten

Buntes Licht auf braune Schatten

Buntes Licht auf braune Schatten

Buntes Licht auf braune Schatten

Buntes Licht auf braune Schatten

Das Projekt nahm erfolgreich am Bundeswettbewerb für Demokratie und Toleranz teil.
Unter 286 Projekten wurde es mit 2000,- Euro ausgezeichnet.

Markt der Möglichkeiten

Sozialer Dienst
Jugendarrestanstalt
Halle

Wir über uns

Die Jugendarrestanstalt Halle betreut Jugendliche und Heranwachsende (14-25 Jahre), die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Sie ist zuständig für den Vollzug von Freizeitarrest, Kurzarrest und Dauerarrest für das Land Sachsen-Anhalt.
Aufgabe ist es dem Jugendlichen/Heranwachsenden Anregungen und Hilfestellung bei der Lösung seiner Probleme zu geben.
Dieser Arbeit liegt der § 90 des Jugendgerichtsgesetzes zu Grunde:
„Der Vollzug des Jugendarrestes soll das Ehrgefühl des Jugendlichen wecken und ihm eindringlich ins Bewusstsein bringen, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat. Der Vollzug des Jugendarrestes soll erzieherisch gestaltet werden. Es soll dem Jugendlichen helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zur Begehung der Straftat beigetragen haben."
Die Jugendarrestanstalt verfügt über 36 Arrestplätze von denen 4 Plätze für weibliche Jugendliche vorgesehen sind.

Vollzugsleiter ist Herr Budtke, Jugendrichter am Amtsgericht Halle-Saalkreis.
Des Weiteren besteht das Personal aus 9 Bediensteten und einer Sozialarbeiterin.

Unser Angebot

Angebote für den Jugendlichen/Heranwachsenden beziehen sich auf die Bereiche Freizeit, Sport und Beratung.
Bei der Freizeitgestaltung sollen Interessen auf- und ausgebaut werden und somit zu Erfolgserlebnissen führen. Des Weiteren werden die Jugendlichen angeleitet ausdauernd und konzentriert tätig zu sein und sie lernen sich in der Gruppe zu verhalten.
Sportliche Aktivitäten finden sowohl außerhalb als auch innerhalb der Anstalt statt. Hierbei lernen die Klienten Dinge wie körperliche Wahrnehmung, sie lernen sich an Regeln zu halten und können Aggressionen abbauen.
Durch Beratungsangebote kann der Klient Hilfestellung zur Bewältigung seiner Probleme bekommen und an Hilfestellen außerhalb der Arrestanstalt vermittelt werden.

Sozialer Dienst Jugendarrestanstalt Halle
Am Kirchtor 20a
06108 Halle
Tel.: 0345/2201159

Markt der Möglichkeiten

Paritätisches Jugendwerk Sachsen-Anhalt e.V.

Wir über uns

Grenzen sprengen

Integratives Theaterprojekt 2.9. – 6.9. in Peseckendorf

Einmal in eine andere Rolle schlüpfen, eine Figur verkörpern, die man schon immer einmal sein wollte, Grenzen hinterfragen und nach Alternativen suchen. Das war den TeilnehmerInnen des Integrativen Theaterprojektes **„Bis hier hin und (nicht) weiter!“** Anfang September in Peseckendorf vergönnt. Sie konnten sich, ob als Superman, Pippi Langstrumpf, Harlekin, Elefant oder Miss Wonderbra in Gestalt ihrer Helden präsentieren.
Die TeilnehmerInnen des Integrativen Projekts waren Jugendliche und junge Erwachsene mit geistigen, körperlichen oder seelischen Behinderungen und nicht behinderte Jugendliche. In vier Workshops - Fotografie, Malerei, Tanz, Kreatives – setzten sie sich mit dem Thema Grenzerfahrungen/Grenzerweiterungen künstlerisch auseinander und suchten nach ihren Wünschen und Hoffnungen.
Dabei wurden persönliche und gesellschaftliche Grenzen erkannt; auferlegte Grenzen hinterfragt und Alternativen aufgezeigt. In Selbstbestimmung konnten Grenzen erweitert und/oder neu festgelegt werden. Dadurch gewinnen die TeilnehmerInnen neues Vertrauen in ihr eigenes Handeln. Durch diese Stärkung ihres Selbstvertrauens sind die TeilnehmerInnen ermutigt, die Forderungen und Wünsche dritter an Sie kritisch zu hinterfragen. Sie bewegen sich freier im öffentlichen Raum.
Im Lauf der Woche entwickelten die TeilnehmerInnen eine große Freude und Kreativität am Entwerfen von Kostümen, an der Bewegung, am tänzerischen Ausdruck und bildnerischen Gestaltungsformen. Diese Freude und Lebhaftigkeit prägten den gesamten Projektverlauf.

Neben der Arbeit in den Workshops stand auch das gemeinsame Leben und Erleben der Woche in der Jugendbildungsstätte Peseckendorf im Mittelpunkt. Behinderte und nichtbehinderte TeilnehmerInnen gestalteten gemeinsam die Abende mit Disco, Grillen, Lagerfeuer, Massage und Zauberkunststücken sowie dem Auftritt einer Kabarettgruppe. Kennenlernen und Verständnis entwickeln geschahen so von allein.
Am abschließenden Freitag gab es dann die, mit viel Lampenfieber erwartete, Präsentation der Workshop-Ergebnisse, zu der Betreuer, Angehörige, Sponsoren und die Presse geladen waren.
SchülerInnen des Norbertus - Gymnasiums Magdeburg begleiteten und dokumentierten den Verlauf und die Ergebnisse der Workshops.
Das Projekt wurde mit Fördermitteln des Landespräventionsrates, des Landesjugendamtes, der Lotto-Toto GmbH und des Paritätischen Jugendwerkes Sachsen-Anhalt unterstützt.
Für das nächste Jahr ist ein neues integratives Projekt mit dem Titel "SEHN-SUCHT(s)-VOLL geplant. Zielgruppe wird dann vor allem die Gruppe süchtiger bzw. gefährdeter Jugendlicher sein.

Die Arbeitsergebnisse finden Einzug in die Ausstellung zum europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung am 21. Januar 2003 im Kunstverein „Zinnober“ und am 22. Januar 2003 in der Feuerwache in Magdeburg. Sie wurden auch im Rahmen des Landespräventionstages am 24.10. 2002 in Halle/Saale präsentiert.

Kontaktadressen

Paritätisches Jugendwerk
LV Sachsen-Anhalt e.V. DPWV
Halberstädter Straße 168-172
39112 Magdeburg

Tel.: 0391/6293520

Annekatrin Kohls (Projektkoordinatorin)
Torsten Boek (Jugendbildungsreferent)

Markt der Möglichkeiten

Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Stendal e.V.

Wir über uns

Der im März 1991 gegründete Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Stendal e. V. sieht sein Grundanliegen in der Anregung, Pflege und Förderung der Straffälligenhilfe.
Die Tätigkeit im Rahmen der Straffälligenhilfe hat zum Ziel, dem Straffälligen und seinen Angehörigen, also dem näheren familiären Umfeld, durch soziale Hilfsangebote die Eingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern.

Unser Angebot

- **„Betreutes Wohnen“ und**
- **„Anlauf- und Beratungsstelle für straffällige Erwachsene“**

Der Verein hat sich weiterhin das Ziel gesetzt, jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen anzubieten, die ihre Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

In diesem Zusammenhang ist der Verein für Straffälligenbetreuung Trägerverein für die beiden präventiven Projekte:

➢ Ländliches Streetwork

➢ Anti-Aggressions-Training (AAT)

Ländliches Streetwork

„Sport statt Straße“

Was ist das?

Zwei Sozialarbeiter des Vereins für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Stendal e. V. fahren in die Städte und Gemeinden des Landkreises Stendal mit einem sportlichen Freizeitangebot.
Dazu laden sie die Jugendlichen (im Alter von 12 – 27 Jahren) dieser Städte und Gemeinden in die Sporthallen. Im Angebot sind dann z. B. Fußball, Basketball, Volleyball, Handball, Tischtennis und in Zukunft auch Uni Hock.

Aktuelle Tourenplanung:

Montag:	17.00 – 19.00 Uhr	Rochau
	20.00 – 22.00 Uhr	Havelberg
Dienstag:	13.30 – 16.00 Uhr	JVA Stendal
	22.00 – 02.00 Uhr	Stendal
Mittwoch:	16.00 – 18.00 Uhr	Börgitz
	20.30 – 23.00 Uhr	Kläden
Donnerstag:	17.00 – 19.00 Uhr	Bismark
	21.00 – 01.00 Uhr	Tangermünde
Freitag:	19.00 – 21.30 Uhr	Osterburg
	22.00 – 02.00 Uhr	Stendal

Weitere Vereinbarungen können getroffen werden.
Zur Zeit beteiligen sich rund 200 Jugendliche an diesem Projekt.

Ansprechpartner im Verein: Carola Schulz

Tel.: 01749910343

Anti-Aggressions-Training

... ist ein für Sachsen-Anhalt richtungsweisendes Modellprojekt zur Resozialisierung und Kriminalitätsprävention und richtet sich an gewaltbereite straffällig oder auffällig gewordene Kinder und Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren.

Die Grundlage und praktische Anleitung bildet das von Prof. Dr. J. Weidner (FH Hamburg) entwickelte und durchgeführte „Anti-Aggressivitäts-Training".

Im Rahmen des Anti-Aggressions-Trainings (AAT) werden Kinder und Jugendliche angeleitet, neue Freizeitinteressen zu entwickeln und Verhaltensmuster zu ändern, besonders im Hinblick auf das Ziel, zukünftig auf das Begehen von Straftaten bzw. Gewaltanwendung zu verzichten.

Kernstück des AAT ist der „Heiße Stuhl", bei dem die Jugendlichen psychisch und physisch sehr bedrängend und provozierend mit ihren eigenen Taten konfrontiert werden.

Ziele:

- Verantwortung für begangene Taten übernehmen
- Steuerung des Opfereinfühlungsvermögens, Mitgefühl statt Verharmlosung, Hass und Härte , Betroffenheit wecken durch das Aufzeigen möglicher Opferfolgen
- Konfliktsituationen erkennen und ohne Gewaltanwendung damit umgehen lernen; trotz Provokationen gelassen bleiben, sich mit Worten, Humor, Ironie (statt Fäusten) wehren lernen (dabei die Grenzen im kontrollierten Umfeld „austesten" im Rahmen des „Heißen Stuhles")

Die Jugendlichen treffen sich einmal wöchentlich für 3 Stunden über einen Zeitraum von ca. 19 Wochen.
Um die Jugendlichen nach der Veranstaltung abzureagieren, wird im Anschluss an die theoretischen Sequenzen gemeinsam Sport getrieben.

Ansprechpartner im Verein: Anke Groschopp
Telefon und Fax: 03931/21 22 74

Kontaktadressen

Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Stendal e.V.
Arneburger Straße 141 a
39576 Stendal
Telefon: 03931/212274

Markt der Möglichkeiten

Jugendgemeinschaftswerk Dessau
Stiftung Evangelische Jugendhilfe
St. Johannis

Wir über uns

Fortführung des Anti-Gewalt-Gremiums für Dessauer Jugendfreizeiteinrichtungen in Kooperation zwischen dem sonderpädagogisch-psychologischen Dienst in Bernburg und dem Jugendgemeinschaftswerk Dessau

Im Februar 2002 fand in der Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis in Bernburg ein Gremium mit dem Titel „Anti-Gewalt-Gremium und/oder andere Formen zur Gewaltreduzierung“ statt. Der Workshop dauerte 2 Tage, wobei am 1. Tag zusammen mit teilnehmenden Kindern und Jugendlichen Ideen entwickelt wurden, was dauerhaft und langfristig gegen Gewalt und Aggressivität wirksam werden könnte. Am 2. Tag setzten sich Mitarbeiter der Einrichtungen vertiefend mit dem Thema Gewalt auseinander. Zudem wurden Krisenpläne und Möglichkeiten von „time-out“ erörtert.

Am Ende der beiden Tage wurde die weitere Vorgehensweise besprochen.
Hieraus entstand die Idee, das Anti-Gewalt-Projekt für Dessauer Jugendliche aus Jugendfreizeiteinrichtungen anzubieten, um dann die beteiligten Jugendlichen zu „Anti-Gewalt-Multiplikatoren“ für ihre Einrichtungen zu motivieren.
Frau Hammer vom sonderpädagogisch-psychologischen Dienst, die bereits als Mitverantwortliche des Gremiums in Bernburg tätig war und Frau Flori vom Jugendgemeinschaftswerk in Dessau kooperierten in dieser Angelegenheit.

Die Idee entstand, mit Jugendlichen einen Tag am Bergwitzer See zu verbringen, wo erst ein Anti-Gewalt-Spiel durchgeführt werden sollte, anschließend ein Fußballturnier und am Ende ein gemeinsames Grillen. Durch den sportlichen Charakter sollte es zum einen Jugendlichen leichter fallen an diesem Angebot teilzunehmen und zum anderen sollte eine lockere Atmosphäre geschaffen werden, die es schnell ermöglicht, sich gegenseitig kennen zu lernen.

Zu Beginn wurden 5 städtische und 5 freie Träger der Jugendhilfe angeschrieben.
Hierbei wurde das Anliegen vorgebracht und jeweils ein ansprechendes Poster mitgeschickt, das auf den Anti-Gewalt-Tag neugierig machen sollte. Als nächstes wurden die Jugendfreizeiteinrichtungen besucht und das Projekt detaillierter vorgestellt. Jugendliche und Mitarbeiter konnten Fragen stellen. Es gab große Resonanz auf Seiten der Jugendlichen an diesem Tag teilzunehmen.

Am Freitag, den 20 September fand dann der Anti-Gewalt-Tag statt. Mit 10 Jugendlichen und einer Mitarbeiterin wurde am Bergwitzer See mit dem Anti-Gewalt-Spiel begonnen. Dieses Spiel wurde von den beiden Verantwortlichen konzipiert. Es handelt sich hierbei um ein „Lebendspielfeld“, auf dem die Jugendlichen je nach Würfelzahl sich vorwärts bewegen. Erreicht man eine ? (Frage-) oder E (Entscheidungs-)karte, gilt es, sich in verschiedene Situationen hineinzuversetzen und Lösungen zu finden. Der nächste Spieler entscheidet dann, ob er mit dem Lösungsvorschlag einverstanden ist und der andere Spieler weiterziehen darf.
Gewonnen hat derjenige, der als erstes am Ziel der 137 Spielfelder ist und somit in der Gunst der anderen Mitspieler im Antworten oben lag.
Dokumentiert wurde das Spiel mithilfe einer Flipchart, auf der die Lösungsansätze gesammelt wurden. Am Ende wurde besprochen, welche Lösungen schon vorhanden sind und was noch gebraucht wird, um in verschiedenen Situationen handeln zu können.

Ein Ergebnis war, dass die beteiligten Jugendlichen in den Bereichen Schule, Freizeit und Ausbildung Lösungsansätze für gewalttätige Situationen parat haben.
Hingegen wünschten sie sich vermehrt Handlungshilfen für Situationen, die sich innerhalb der Familien oder im mentalen Bereich abspielen. Sie wären auch an einem Anti-Aggressions-Training interessiert.
Das anschließende Volleyballspiel (Volleyball wurde dem Fußballspielen dann doch vorgezogen) und Grillen verliefen gut.

Auswertung:

Das Ziel, dass die Jugendlichen erst mal mit dem Thema in Berührung kommen sollten und sich gegenseitig kennen lernen, sehen wir als gelungen an.

Was im Vorfeld schwieriger war, war die Gewinnung der Teilnehmer, da das Anschreiben und Besuchen der einzelnen Jugendfreizeiteinrichtungen sehr zeitaufwendig war. Auch die Jugendlichen, die anfangs rege an einer Teilnahme interessiert waren, zogen sich kurz vor Beginn der Veranstaltung zurück. Die Schwierigkeit lag sicher auch darin, dass Jugendliche ohne die Motivation und Aufklärung durch die jeweiligen Clubleiter nur schwer für eine Teilnahme zu gewinnen sind. Hier ist noch mehr das Interesse der Leiter gefragt, überhaupt an diesem Thema mit- und weiterzuarbeiten.

Was die nächsten Schritte betrifft, so scheint es sinnvoll, mit Anti-Aggressions-Trainern zu kooperieren, die ihre Trainings in den Jugendfreizeiteinrichtungen anbieten könnten. Nichtsdestotrotz ist es jedoch weiterhin eine elementare Aufgaben, Mitarbeiter und Jugendliche aus den einzelnen Einrichtungen für die Thematik zu sensibilisieren.

Kontaktadressen

Jugendgemeinschaftswerk Dessau
Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis
AM Albrechtsplatz 6
06844 Dessau
Tel.: (03 40) – 6 61 27 13
Fax: (03 40) – 6 61 27 29

Markt der Möglichkeiten

Polizeisportverein Halle e.V.
Projekt AnGe→SAGT

Wir über uns

AnGe→SAGT bedeutet in der Wortzusammensetzung

An	Anstatt
Ge	Gewalt
→	hin zu
S	Sport
A	Action
G	Gelassenheit
T	Teamgeist

Was ist AnGe→SAGT?

Das in Deutschland zur Zeit beispielhafte und von vielen Institutionen ausgezeichnete Jugendhilfeprojekt hat eine aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit zum Inhalt. Das heißt: Die derzeit 18 Mitarbeiterinnen sprechen Jugendliche und Kinder in Halle an der Saale unmittelbar an ihren Treffpunkten auf der Straße an und machen ihnen vor Ort mobile Sportangebote. Sie gehen also aktiv hin zu ihnen und warten nicht, wie bei anderen Jugendhilfeprojekten üblich, passiv auf Zulauf von ihnen. Ziel ist es, mit diesen sportlichen Angeboten jeder Form von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen zu begegnen, diese positiv zu beeinflussen und langfristig deren Gewaltbereitschaft, Ausländerfeindlichkeit und Ziellosigkeit zu mindern.
Träger des Projektes ist eine Kooperationsgemeinschaft, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

- Polizeisportverein Halle e. V.
- Polizeidirektion Halle/Dezernat Prävention
- Jugendberatungsstelle in der Polizei (JUBP)
- WEISSER RING
- Stadtsportbund Halle e. V. (SSB)
- Amt für Kinder/Jugendliche und Familie
- Sport- und Bäderamt der Stadt Halle
- Schulamt der Stadt Halle
- Schulverwaltungsamt der Stadt Halle

Wie funktioniert „AnGe→SAGT“ in der Praxis?

Die Teams von "AnGe→SAGT“ gehen dorthin, wo Kinder und Jugendliche mangels anderer Aktivitätsangebote sich auf der Straße treffen und möglicherweise „auf dumme Gedanken“ kommen könnten. Die Teams haben in, teilweise von Sponsoren (u. a. Weisenburger Wohnbau) finanzierten, Sportmobilen alles das an Sportgeräten parat, was man für Volleyball, Fußball, Tischtennis, Badminton etc. spontan vor Ort zum Basis-Sport braucht.
Sofern es die Wetterverhältnisse erlauben, wird im Freien Sport getrieben, andernfalls wird in städtische Sporthallen ausgewichen. Eine wesentliche Aktivität sind dort die „Mitternachtsturniere“. Speziell an Wochenenden werden dabei die Hallen ab 22:00 Uhr für „AnGe→SAGT“ –Turniere geöffnet. Sie werden inzwischen stark frequentiert und wecken Ehrgeiz, aber auch Selbstdisziplin bei den Jugendlichen.

Erstaunlich gut funktioniert bei „AnGe→SAGT“ die Integration von Jugendlichen aus einander sonst nicht eben freundlich gesinnten Bevölkerungsgruppen. Speziell bei den Mitternachtsturnieren spielen männlich Farbige ohne Probleme mit Jugendlichen aus der „rechten“ Szene zusammen Fußball und beide Gruppen akzeptieren auch weibliche Jugendliche als gleichberechtigte Mitwirkende. Zwischen allen diesen Gruppierungen ergeben sich im Lauf der Zeit echte persönliche Bindungen, die anfänglich festgestellte Erscheinungsformen von Gewalt, Ausländerhass und Jugendkriminalität in hohem Maße beseitigt haben.

Welche Erfolge konnte „AnGe→SAGT“ bislang verzeichnen?

Die Erwartungen und Planungen des PSV Halle e. V. als Träger von „AnGe→SAGT“ wurden schon kurz nach dem Start des Projektes bei weitem übertroffen und zeigen, welch hoher Bedarf bei Kindern und Jugendlichen für ein solches Projekt besteht.

Unser Angebot

AnGe→SAGT

für Kids und Teens

bietet für alle interessierten Kids und Jugendliche:

- ★ **kostenlose mobile Sportangebote** ★
- ★ **in Halle-Neustadt und Heide Nord** ★
- ★ **auf Sportplätzen und in Turnhallen** ★

Wir sind für Euch vor Ort in:

Halle-Neustadt

Turnhalle W.-Borchert-Schule
(Wolfgang-Borchert-Str. 40)
Montags 20.30 – 22.00 Uhr
Freitags 22.00 – 24.00 Uhr

Turnhalle Karl-Liebknecht-Schule
(Telemannstr. 5)

Mittwochs 17.30 –18.30 Uhr
(bis 1.Nov.02)
Freitags 20.00 – 22.00 Uhr

Heide-Nord

Turnhalle Schule Heide-Nord
(Zanderweg 02)
Montags 16.30 – 18.00 Uhr
Mittwochs 16.30 – 18.00 Uhr
Freitags 16.30 – 18.00 Uhr

Turnhalle Andersen Schule
(Grasnelkenweg 17)

Donnerstags 16.30 – 18.30 Uhr

Ganztagsschule H.-Heine-Schule
(Hemingwaystr.-Eselsmühle)

Montags	**12.00 – 16.00 Uhr**
Donnerstags	**12.00 – 16.00 Uhr**

Turnhalle Abdendgym-Kolleg
(Carl-Schorlemmer-Ring 62)

Montags	**18.00 – 19.00 Uhr**
Dienstags	**18.00 – 20.00 Uhr**
Mittwochs	**19.30 – 20.30 Uhr**
(bis 1.Nov.02)	
Donnerstags	**20.00 – 22.00 Uhr**
Freitags	**22.00 – 24.00 Uhr**

Turnhalle C.-Schorlemmer-Schule
(Am Bruchsee 21)

Freitags	**18.00 – 22.00 Uhr**

Schulsporthalle der
Berufsbildenden Schule II
(Grasnelkenweg 16)

Freitags	**16.30 – 18.00 Uhr**

Dran denken:

Immer Hallenschuhe

mitbringen!!!!

Kontaktadressen

Herr Mehde
Polizeisportverein Halle
Projekt AnGe→SAGT
Unterer Galgenbergweg 5
06118 Halle
Tel.: 03 45/5 20 18 20

Markt der Möglichkeiten

Landesfrauenrat
Sachsen-Anhalt e.V.

Wir über uns

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt, der am 12. Dezember 2001 sein 10jähriges Bestehen feierte. Er vertritt die Interessen von Frau in allen Lebenslagen, er ist überparteilich und überkonfessionell. Mit seinen 29 Verbänden und Vereinen vertritt der Landesfrauenrat als größte außerparlamentarische Kraft rund 230.000 Frauen.

Interessen, Vorhaben, Anliegen sind

- gleiche Chancen für Frauen und Männer in Familie, Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt herzustellen,
- die Gleichstellung und gleichwertige Betrachtung der Geschlechter in der Gesellschaft zu verwirklichen,
- die Motivierung der Frauen zu politischen Engagement zu verbessern,
- die Entwicklung von Frauensolidarität zu mobilisieren,
- eigenständige soziale Absicherung für alle Frauen zu gewährleisten.

Wir mischen uns ein, beziehen in Anhörungen des Landtages offensiv Stellung zu politischen und gesellschaftlichen Fragen und arbeiten an der Entwicklung und Umsetzung von Landesprogrammen mit.

In Pressemitteilungen, Resolutionen und Veranstaltungen geben wir den Frauen unseres Bundeslandes eine Stimme.

Hierzu organisiert der Landesfrauenrat sachsen-anhalt-weit Veranstaltungen für Frauen, häufig in Kooperation mit Institutionen und Frauengruppen vor Ort.

Der Landesfrauenrat vertritt seine Mitgliedsverbände und deren Interessen in überregionalen Gremien:

- Rundfunkrat des mdr
- Landesmedienanstalt
- Landesausschuss Erwachsenenbildung
- Regionale Begleitausschüsse zu den EU-Strukturfonds
- Beirat der NASA
- Jury „Frauenfeindlicher Betrieb des Landes Sachsen-Anhalt“
- Landespräventionsrat
- Kooperationsbündnis zum Fraueninternetportal FRISA
- Arbeitsbündnis der Ostfrauenräte
- Bundesweite Konferenz der Frauenräte
- Frauenpolitische Runde Tische in Magdeburg, Dessau und Halle/Saale.

Wir verstehen uns auch als Servicestellen für unsere Mitgliedverbände, indem wir Fortbildungsangebote machen, logistische und inhaltliche Unterstützung bei Veranstaltungen oder Großprojekten geben, thematische Arbeitsgruppen betreuen u. v. m. Zur Intensivierung der Vernetzung geben wir alle sechs bis acht Wochen einen Rundbrief heraus und unterhalten ein Internetauftritt. Hier soll im nächsten Jahr ein Forum eingerichtet werden, um die Interaktivität zu erhöhen. Seid Oktober 2002 liegt hier ein Referentinnenpool zu Fragen Häuslicher Gewalt. Über diese Datenbank ist es unkompliziert möglich, nach Referentinnen in allen Bereichen dieses Themenfeldes zu recherchieren, sich zu informieren und miteinander in Kontrakt zu treten.

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V.
Vorsitzende: Christine Stoffl
Geschäftsführerin: Conny Lüddemann
Große Diesdorfer Straße 12
39108 Magdeburg
Tel.: 0391 – 73 17 337
Fax: 0391 – 73 48 356
Mail info@landesfrauenrat.de

Markt der Möglichkeiten

Landeskriminalamt
Sachsen-Anhalt

Wir über uns

Wir, das sind zwei Vollzugsbeamte und eine Angestellte aus dem Dezernat 13 des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt, die versuchen der Rauschgiftkriminalität mit präventiven Mitteln zu begegnen.

Die Entwicklung der Rauschgiftkriminalität in Sachsen-Anhalt wird seit 10 Jahren von einer Zunahme registrierter Straftaten und - täter, einem starken Anstieg der Sicherstellungsmengen und einer wachsenden Anzahl von Rauschgifttodesfällen geprägt. Durch die Erhöhung des Ermittlungsdruckes und einen vermehrten Einsatz technischer Hilfsmittel konnte das so genannte Dunkelfeld in diesem Deliktsbereich im letzten Jahr weiter aufgehellt werden.
Trotz dieser Erfolge macht die Entwicklung deutlich, dass neben einer Intensivierung der Repressionsmaßnahmen zur Einschränkung der Verfügbarkeit illegaler Drogen die präventiven Maßnahmen verstärkt werden müssen.

Gerade Kinder und Jugendliche, mit ihrer noch ungefestigten Persönlichkeit, beeinflusst von dem, was ihnen die Erwachsenen vorlegen, sind mit ihren Ängsten und Hoffnungen in der Alltagsbewältigung, aber auch mit ihrer Neugier und Risikobereitschaft besonders anfällig den Verlockungen des Drogenkonsums nachzugehen.
Verbote oder gar Drohungen ändern nichts an dieser Affinität. Im Gegenteil, durch Überreaktionen können unsere Jugendlichen in ein Milieu ausweichen, in dem Intoleranz, Drogenkonsum und Kriminalität an der Tagesordnung sind.
Daraus folgt, dass hier die Polizei in doppelter Hinsicht gefordert ist.
Sie hat einerseits die Pflicht, das Rauschgiftangebot repressiv zu bekämpfen und andererseits mitzuhelfen die Rauschgiftnachfrage präventiv einzudämmen.

Dabei setzt auch die Polizei, in Kooperation mit anderen Trägern der Drogenprävention, auf ganzheitliche Präventionsangebote, in deren Mittelpunkt die Stärkung der Lebenskompetenz unserer Kinder und Jugendlichen steht und in deren Kontext auch die nachfolgend aufgeführten Präventionsprojekte zu sehen sind.

Unser Angebot

Einen Schwerpunkt der Präventionsarbeit des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt (LKA) bildeten drei Wanderausstellungen zum Thema Sucht und Drogen.
Zum Landespräventionstag des Landes Sachsen-Anhalt präsentierte sich das LKA auf dem Markt der Möglichkeiten mit der Ausstellung „Auch ohne Drogen oben".
Sie entstand im Zusammenwirken mit der Bereitschaftspolizei Sachsen-Anhalt und gibt auf 14 Tafeln in kurzer knapper Form, unterstützt mit bildlichen Darstellungen, einen anschaulichen Abriss über Süchte, Drogenarten, Missbrauch, Kriminalität, Suchterkennungsmerkmale und Hilfsangebote.

Zur Vertiefung der Problematik und ausgerichtet am aktuellen Konsumverhalten in der Drogenszene wurde eine zweite Ausstellung entwickelt.
Diese besteht aus zehn Tafeln und befasst sich ausschließlich mit der Modedroge Ecstasy. Mit ihr wird in Kombination von sachlicher Information und karikaturistischen Gestaltungselementen das Thema Ecstasy ausführlich behandelt.

Prävention in Theorie und Praxis; in diesem Sinne wurde im Januar 2000 mit ca. 25 Studenten der Hochschule Anhalt (FH) Fachbereich Design (in Dessau) ein Projekt gestartet, bei dem die Studenten im Rahmen von Workshops zu Multiplikatoren auf dem Gebiet der Drogenprävention ausgebildet wurden. Dabei fertigten die Studenten eine „etwas andere" Wanderausstellung unter dem Motto **„Voll normal".**
Das Besondere an diesem Produkt ist, dass der Betrachter erst bei der Auswertung der dargestellten Situation und Analyse der provokanten Thesen erkennt, dass die Ausstellung suchtbringende Verhaltensweisen beschreibt.

Alle drei Ausstellung werden auf Anforderung und im Wochentakt an Schulen, öffentliche Einrichtungen und Behörden im Rahmen von Präventionsmaßnahmen ausgeliehen.

Zusätzlich werden Informationsmaterialien bereitgestellt, die dem Anwendenden ein selbständiges Arbeiten mit diesen Exponaten ermöglicht.

Modellprojekt „no drugs – no risk – more fun“

Der derzeitige Schwerpunkt der Polizeilichen Drogenprävention liegt im Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt in der Umsetzung des Modellprojektes „no drugs – no risk – more fun“, im Goethegymnasium in Roßlau, bei dem die Möglichkeiten des Internets zur Präventionsarbeit genutzt werden.
Träger des Projektes sind die IKK Sachsen-Anhalt, die Freie Jugendpresse des Landes Sachsen-Anhalt, die Ärztekammer Sachsen-Anhalt, das Jugendradio MDR Sputnik, der Landesschülerrat, der Handballverband Sachsen-Anhalt sowie die Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt unter Federführung des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt.
Um das Projekt evaluieren zu können, wurde im Vorfeld eine umfangreiche Befragung von Schülerinnen und Schüler einer Altersklasse, zu ihren Einstellungen, ihrem Wissen und ihren Erkenntnissen bezüglich illegaler Drogen sowie Suchtmittel aller Art, an verschiedenen Schulen der Region durchgeführt.
In einer zweiten Befragung der gleichen Population im Oktober des letzten Jahres wurden die Erstergebnisse hinterfragt. Ihre wissenschaftliche Auswertung dauert noch an.
Mit diesem Projekt wird ein ganzheitliches Präventionsangebot unterbreitet, mit dem Ziel, die Effizienz der Polizeilichen Drogenprävention deutlich zu erhöhen. Dabei werden über das Medium Internet gemeinsam mit Jugendlichen jugendspezifische Probleme bearbeitet, die in einer Konstellation auch zu kriminellen Verhaltensweisen führen können.
Neben einer neuartigen Informationsvermittlung über suchtbegünstigende Verhaltensweisen, zielt das Konzept auf die Steigerung der Lebenskompetenz zur Alltagsbewältigung sowie die Verhinderung von Straftaten.
Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde am Goethegymnasium eigens das Unterrichtsfach „Lebenskompetenz“ für die am Projekt teilnehmenden Schüler eingerichtet. Wie im Lehrplan vorgesehen, wurden in diesem Jahr 22 Unterrichtseinheiten und drei Wochenendseminare, (in Magdeburg, Berlin und in Glinde) realisiert.

Die Konzeption und Zwischenergebnisse zu diesem Projekt sind im Internet unter www.lebenskompetenz.org nachzulesen.

Konzeptionen für die Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen

Zur Verbesserung der Arbeit der Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt wurde eine dreiteilige Konzeption für eine zielgruppenspezifische Drogenprävention im schulischen Bereich entwickelt.
Das erste Konzept ist für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bestimmt. Darin werden positive Faktoren wie: Selbstwert, Selbstvertrauen, Konfliktfähigkeit, Erlebnisfähigkeit usw. herausgearbeitet und gefestigt um einen späteren Suchtmittelmissbrauch und ein mögliches Abgleiten in kriminelle Verhaltensweisen zu verhindern.
Das zweite, fertiggestellte Konzept reflektiert auf die Präventionsarbeit mit Lehrern und pädagogischen Fachkräften, da die Schule neben der Familie über viele Jahre das Leben unserer Kinder und Jugendlichen prägt.
Das dritte Konzept, für Eltern und Erziehungsberechtigte, wird im Jahr 2003 erstellt.

Songs & Rhyme – Contest: „Sucht frei – Leben zeigen“

Im Rahmen der Polizeilichen Drogenprävention initiierte das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung Junger Musiker e. V. (Gröninger Bad), der Innungskasse Sachsen-Anhalt, dem Landesschülerrat Sachsen-Anhalt und der Werbeagentur TOGDA einen Musikwettbewerb, in dem die Kinder und Jugendlichen unseres Landes aufgerufen wurden, sich in Form von eigenen Liedern und Texten mit der Problematik Sucht und Drogen auseinander zu setzen.
In einem Auswahlverfahren wurden durch eine Jury die zehn besten Einsendungen ermittelt, vertont und auf einer CD zusammengefasst.
Auf einem großen Event im Jugendcamp Glinde wurden am 09.06.2002 die Sieger ermittelt und von der Schirmherrin des Wettbewerbs Singa Gätgens vom Kinderkanal des MDR mit wertvollen Sachpreisen ausgezeichnet.
Die CD könnte beispielsweise im Projektunterricht zum Thema Sucht und Drogen im Musikunterricht oder im Fach Ethik eingesetzt werden.
Man kann sie sich aber auch einfach nur anhören. Einen kleinen Vorgeschmack erhält man über das Internet unter der Adresse www.lka.pol.lsa-net.de auf der Seite der Abteilung 1, Dezernat 13.

Informationspaket – Leben zeigen – für Kinder und Jugendliche des Landes Sachsen-Anhalt

Die erste Grundlage für das Informationspaket bilden die Lieder und Texte des Musikwettbewerbes – „Sucht frei – Leben zeigen“ –
Damit erfahren die Ergebnisse dieses Wettbewerbes eine sinnvolle Weiterführung, bei der mit relativ geringem Aufwand ein Produkt von Jugendlichen für Jugendliche geschaffen wurde, das von allen interessierten Schulen und Jugendeinrichtungen Sachsen-Anhalts nachgenutzt werden kann.
Die zweite Grundlage bildet eine CD-Rom, deren Inhalt aus einem interaktiven Teil und einem breiten Informationsspektrum zur Sucht- und Drogenproblematik besteht.
Bestandteil des interaktiven Teils sind animierte Bilder, welche mit mehreren verdeckten Schaltflächen oder auch so genannten Toren ausgestattet sind. Über diese Schaltflächen bzw. Tore gelangt man zu weiteren Bildern, die wiederum mit vertonten Dialogen (der abgebildeten Figuren) Kurzfilmen, Musikstücken oder mit bildhaften Impressionen hinterlegt sind. Mit dem Öffnen eines Tores erhält der Nutzer eine erste Information zu einem bestimmten Themenkomplex, will er mehr dazu erfahren, so muss er die weiterführenden Tore finden und „begehen“.
Im zweiten Teil findet der Nutzer ein weitgreifendes Informationskonzept zu den verschiedenen Suchtarten, Entstehungsmechanismen, Suchtstoffen sowie Wirkungsweisen und Risiken beim Drogenkonsum.
Das Informationskonzept kann gleichfalls als Nachschlagewerk oder als Lehrkonzept für Multiplikatoren genutzt werden.
Den Abschluss bildet eine interaktive Landkarte von Sachsen-Anhalt, mit einem Adressenverzeichnis der in den Kreisen befindlichen Hilfseinrichtungen und Drogenberatungsstellen.
Das Informationspaket besteht aus einer Musik-CD, einer Textbroschüre und einer CD-Rom.
Die Exponate können sowohl im privaten Bereich als auch in der Schule (etwa im Deutschunterricht, Musik, Literatur, Biologie oder Ethik) eingesetzt werden.

„Der Typendreher“ ein Projekt im Rahmen der Polizeilichen Drogenprävention unter der Schirmherrschaft von Boxweltmeister Sven Ottke.

Im Rahmen der Polizeilichen Drogenprävention entwickelt das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt mit seinen Partnern eine Broschürenreihe zum Thema Sucht und Drogen, welche durch einen Satz Citycards und eine Internetseite ergänzt werden.

Mit diesem Projekt wird beabsichtigt, über Ursachen und Entstehungsbedingungen von Suchtverhalten zu informieren, Alternativen aufzuzeigen und gesunde Lebens- und Verhaltensweisen anzuregen. Gleichzeitig sollen Jugendliche, die bereits Drogenprobleme haben, ermutigt werden, auch Hilfe von außen anzunehmen.
Um das Interesse unserer Zielgruppe zu wecken wurden eigens für das Projekt drei Symbolfiguren entwickelt, die in ihrem Verhalten, mit ihren Hoffnungen und Wünschen genau das widerspiegeln, was junge Menschen in ihrer Alltagsbewältigung erleben.
Die Hauptfigur, der **Typendreher**, ist ein typischer cooler Jugendlicher, der alles ausprobieren will, der immer gut drauf sein möchte, oft sehr leichtsinnig ist und der sich leicht verleiten lässt.
Sein Gegenspieler ist **Just the Best**, ein Strebertyp, der alles besser weiß und dies auch kund tut.
Als Vermittler zwischen den beiden steht **Eva Lexikalia**, sie gibt nüchterne Informationen (z. B. zu Drogen aller Art, deren Herkunft und Wirkungsweisen oder deren Gefährdungspotentiale) zu allen Themen ohne eine Wertung vorzunehmen oder ihre Mitstreiter zu belehren.
Das Projekt ist auf eine Laufzeit bis 2005 ausgerichtet und es sollen jährlich drei Broschüren und entsprechende Citycards herausgegeben werden.
Die ersten drei Exponate behandeln die Themen Cannabis, Ecstasy und Hilfe, wenn du Probleme hast.
Abgerundet wird das Projekt zukünftig durch eine Homepage, mit Themenchats und Angeboten zu jugendspezifischen Workshops.

Kontaktadressen

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt
Dezernat 13
Lübecker Str. 53 – 56
39124 Magdeburg
Herr Zollweg : Tel.-Nr.: 0391/25 02 133
Herr Just : Tel.-Nr.: 0391/25 02 162.

Markt der Möglichkeiten

Jugend- und Drogenberatungsstelle Halle

Wir über uns

Die DROBS Halle arbeitet nach den Grundsätzen von

Anonymität

Freiwilligkeit

Kostenlosigkeit

Als Mitarbeiter einer anerkannten Suchtberatungsstelle unterliegen wir der Schweigepflicht und verfügen darüber hinaus über ein Zeugnisverweigerungsrecht. Die Gespräche können dadurch absolut vertraulich erfolgen.

Einzugsgebiet

Das Einzugsgebiet für die DROBS ist Halle (Saale) und der Saalkreis (335.000 Einwohner).

Ziele der Beratungsstelle sind:

- Unterstützung der Klientel bei der Alltagsbewältigung unter Berücksichtigung ihrer spezifischen individuellen und sozialen Probleme und Intentionen
- Gespräche in vertrauensvoller, annehmender Atmosphäre
- Beratung und Information
- Begleitung beim Leben mit Suchtmitteln mit dem Ziel, die Persönlichkeit zu stabilisieren bzw. Risiken zu minimieren
- Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte

Drogenberatung

Die Arbeit der DROBS hat für die Betroffenen ein selbstbestimmtes, nicht vom Konsum psychoaktiver Substanzen strukturiertes Leben zum Ziel.
Gefährdeten soll die Stabilisierung ihrer Persönlichkeit, ihrer sozialen und gesundheitlichen Situation helfen, eine Abhängigkeit zu vermeiden.
Diese Ziele sind nicht durch die Vorgabe von Lösungswegen zu erreichen, sondern erfordern ein oft langjähriges Begleiten der Klientinnen auf ihrem Lebensweg.
Die DROBS wendet dabei sich an:

Jugendliche und junge Erwachsene

- bei Problemen mit illegalen Drogen
- mit psychosozialen und konsumbedingten gesundheitlichen Problemen
- in Konflikt- und Krisensituationen mit Freunden, Eltern und Lehrern
- mit Problemen bei Schule, Arbeit, mit Wohnung und Ämtern und

Angehörige und Bezugspersonen

(Freunde, Eltern, Geschwister, Lehrer...)

Unser Angebot

- Arbeit mit Betroffenen (Beratung, Betreuung, Vermittlung)
- Streetwork – aufsuchende Sozialarbeit
- Spritzentausch, Asco- und Kondomvergabe
- Knastarbeit
- Ambulant betreutes Wohnen
- Akupunktur
- russischsprachige Angebote für Aussiedler
- Arbeit mit Angehörigen
- Begleitung von Selbsthilfegruppen für Ex-User und Angehörige
- Prävention/Projektarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Ansprechpartner:

Leitung:	Marc Lehmann	(0345) 517 04 01
Beratung:	Bernd Kukielka	(0345) 517 04 01
Prävention/Weiterbildung:	Marion Felsch	(0345) 517 04 01
Ambulant Betreutes Wohnen:	Petra Hartung	(0179) 126 70 87
	Antje Heinrich	(0179) 547 83 66
Betreuung in den Haftanstalten:	Christiane Dayß	(0345) 517 04 01
russischsprechende Aussiedler:	Karsten Haupt	(0179) 528 69 14
Streetwork:	Karsten Haupt	(0179) 528 69 14

Öffnungszeiten der Einrichtung:

Montag:	14.00 – 18.00 Uhr
Dienstag:	10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch:	nach Vereinbarung
Donnerstag:	10.00 – 16.00 Uhr
Freitag:	10.00 – 18.00 Uhr

Offene Sprechstunde

Dienstag:	14.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag:	14.00 – 16.00 Uhr

Akupunktur

Montag-Donnerstag:	16.00 – 17.00 Uhr
Freitag:	15.30 – 16.30 Uhr

Begegnungsraum

Montag:	14.00 – 18.00 Uhr
Dienstag/Donnerstag:	12.00 – 16.00 Uhr
Freitag:	12.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch:	12.00 – 16.00 Uhr (nur „Cleanzone“)

Gruppen

Cleangruppe: Mittwoch: 17.00 – 18.00 Uhr (Marc Lehmann/Bernd Kukielka

Frauengruppe: Dienstag: 16.00 – 18.00 Uhr (Petra Hartung/Antje Heinrich)

Selbsthilfegruppen

Ex-User: Freitag: 16.30 – 18.00 Uhr (Marc Lehmann/Bernd Kukielka)

Angehörige: Montag: dreiwöchig 18.00 – 20.00 Uhr (Marion Felsch)

Der Paritätische Wohlfahrtsverband
DROBS Halle
Jugend- und Drogenberatungsstelle
Moritzzwinger 17
06108 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 517 04 01
(0345) 678 39 95
Fax: (0345) 517 04 02
eMail: info@drobs-halle.de
web.: www.drobs-halle.de

Markt der Möglichkeiten

Polizeidirektion Magdeburg

Wir über uns

Modellprojekt **Jugendkommissariate (JUKO) mit Jugendberatung (JUBP) bei der Polizeidirektion Magdeburg**

Das Projekt, besser das institutionalisierte Modell „Jugendkommissariat mit Jugendberatung“ der Polizeidirektion Magdeburg, wurde 1992 ressortübergreifend gemeinsam vom Ministerium des Inneren und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt initiiert.
Seit nunmehr 10 Jahren arbeiten qualifizierte Jugendsachbearbeiter und Jugendsachbearbeiterinnen der Polizei und Jugendsozialarbeiter und Jugendsozialarbeiterinnen gemeinsam unter einem Dach.
Das dezentral arbeitende und dennoch zentral geführte Fachkommissariat (FK-7), der Beauftragte für Jugendsachen der Polizei (BfJ) sowie die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen bilden dabei das erfolgreiche kooperative Dreieck bei der Begegnung der Kinder- und Jugenddelinquenz.
Die auf der Basis der Freiwilligkeit organisierte Vermittlung der zunächst tatverdächtigen und überwiegend jugendlichen Klientel kann hier unmittelbar nach polizeilichem Handlungsvollzug von der Polizei an die jeweils vor Ort tätig werdenden Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen erfolgen.
Damit besteht die einmalige Chance, sehr zeitnahe ursachen- und lebenslagenorientierte sozialpädagogische Beratungen, Kriseninterventionen und bei Bedarf ganz lebenspraktische Soforthilfen einzuleiten bzw. gemeinsam anzugehen.

Rund 13.000 sozialpädagogische Interventionen wurden in der zurückliegenden Zeit auf der Basis solcher Kooperationsbedingungen, wie dem einseitigen Informationsfluss vom JUKO zur JUBP, der Zuerkennung einer besonderen Verschwiegenheit nach § 203 Abs. 5 Nr. 1 StGB und einer getrennten Dienst- und Fachaufsicht, geleistet.
Die Beratungs- und Hilfsangebote der JUBP werden sowohl von Erst-, Wiederholungs- und auch Intensivtätern angenommen. Nur ca. zwei Prozent lehnen alljährlich die Vermittlung bzw. das Angebot der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen ab.
Die Jugendberatungsstelle, die bis in die Abendstunden besetzt und auch am Wochenende über die Polizei zu erreichen ist, hat aus Erkenntnissen in der Arbeit mit einer zum Teil sehr schwierigen Klientel einige Projektideen entwickelt und auch praktiziert.
Das wohl bekannteste Projekt, dass aus der JUBP hervorging, ist das 1997 begonnene ALSO-Projekt. Erwähnenswert ist sicher auch das Projekt „Erwischt“, dass sich primär mit strafunmündigen Ladendieben (Kindern) befasst und inhaltlich ähnlich wie das Projekt Ladendiebstahl des Jugendamtes arbeitet.

Unser Angebot

1. **zeit- und ortsnahe Beratung**
   - Krisenintervention
   - Moderation/Ausgleich Eltern-Klient

2. **zeitlich begrenzte Kurzzeitbetreuung und Unterstützung**
   - Aufarbeitung der Straftat
   - Entwicklung persönlicher Perspektiven
   - Individuelle Netzwerkarbeit

3. **lebenslagenspezifische Vermittlung**
   - an spezifische Hilfesysteme (Suchtberatung, Schuldnerberatung, Jugendamt aber auch an Freizeiteinrichtungen bzw. Freizeitprojekte z. B. ALSO-Projekt

4. **adressatenorientierte Prävention**
   - meint, Moderations- und Multiplikatorentätigkeit bei Aufforderung durch einen betroffenen Auftraggeber im Verständnis einer Initialzündung zur Weiterarbeit des Auftraggebers mit tangierenden Adressaten

5. Kommunale Netzwerkarbeit

- Gremienarbeit (Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss, Mitarbeit im Kriminalpräventiven Beirat und im Kommunalen Präventionsrat der Stadt, AG-GWA)
- Fallkonferenzen mit der Polizei, JuStA und dem Jugendamt)
- Multiplikatorenarbeit (in Schulen vor Lehrern oder Schüler, bei Freien Trägern und Fortbildungsveranstaltungen der Polizei und der Justiz)

Polizeidirektion Magdeburg
Sternstraße 12
39104 Magdeburg
JUBP
Leiter Dipl.-Päd. Rainer Bode
Tel. 0391/54 40 786
Fax: 0391/54 61 569
e-mail jubp@md.pol.lsa-net.de

Markt der Möglichkeiten

WEISSER RING e. V.

Wir über uns

Vielfältiger Einsatz für oft vergessene Opfer von Kriminalität und Gewalt

„Ohne den menschlichen Zuspruch und die unerwartete Hilfe hätte ich in der schweren Zeit nach dem Verbrechen nicht mehr weiter gewusst." – So oder so ähnlich lassen uns Opfer und ihre Angehörigen immer wieder wissen, wie wichtig die Hilfen des WEISSEN RINGS für sie waren. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres gemeinnützigen Vereins der schönste Lohn für ihren selbstlosen Einsatz für in Not geratene Kriminalitätsopfer.

Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland muss erschrecken: Mehr als 6 Millionen Straftaten – darunter mehr als 200.000 Gewaltopfer – wurden allein im vergangenen Jahr registriert. Jahr für Jahr erleiden Hunderttausende unschuldiger Opfer körperliche und seelische Schäden, an denen manche von ihnen oft ein Leben lang zu tragen haben. Immer größer auch die Zahl derer, die infolge einer Straftat empfindliche materielle Verluste hinnehmen müssen.
Zusätzlich zu ihrer Not werden die Opfer meist einfach vergessen. Das öffentliche Interesse gilt fast ausschließlich dem Tatgeschehen, der Persönlichkeit des Täters, seiner Verfolgung und Verurteilung. An das betroffene Opfer und seine Situation nach der Tat denkt kaum jemand. Dies zu ändern ist Ziel und Aufgabe des WEISSEN RINGS, des gemeinnützigen Vereins zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e. V. Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Mainz.
1976 von dem Fernsehjournalisten Eduard Zimmermann und weiteren Persönlichkeiten des Rechtslebens als überparteiliche und unabhängige private Bürgerinitiative gegründet, hat der

WEISSE RING als einzige bundesweit tätige Opferhilfsorganisation mittlerweile rund 400 Anlaufstellen für in Not geratene Kriminalitätsopfer eingerichtet.
Neben der vielfältigen unmittelbaren Hilfestellung in Jahr für Jahr Tausenden von Einzelfällen setzt sich der WEISSE RING auch öffentlich für die Belange der Kriminalitätsopfer ein. So fordert er von Politik, Justiz und Verwaltung mehr Solidarität gegenüber Betroffenen und die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Geschädigten.
Die Arbeit des WEISSEN RINGS unterstützen mittlerweile fas 70.000 Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung. Weitere Mittel für seine Opferbetreuung und Vorbeugungsarbeit erhält der gemeinnützige Verein durch Spenden, Erbschaften und Vermächtnisse sowie durch Zuweisung von Geldbußen. Bisher wurde vielen hunderttausend Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfe zuteil.
Die Hilfsmöglichkeiten des WEISSEN RINGS sind vielfältig und werden in jedem einzelnen Fall auf die besondere persönliche Situation des Opfers abgestimmt.
Jede Straftat, auch das oft verharmloste Eigentumsdelikt, bedeutet für das Opfer, seine Angehörigen oder Hinterbliebenen einen schweren Eingriff in die persönlichen Lebensumstände.
Schon ein Gespräch, ein erster Trost, gibt den Betroffenen wieder neuen Mut und neue Hoffnung. Menschlicher Beistand und persönliche Betreuung sind daher besonders wichtig. Sie sind Grundlage der Arbeit von derzeit rund 2.300 (LSA 95) ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Aber auch Hilfestellungen im Umgang mit den Behörden, Erholungsprogramme, ein Beratungsscheck für die kostenlose Erstberatung bei einem frei gewählten Anwalt, ein Beratungsscheck für die kostenlose traumatologische Erstberatung bei z. B. einem Psychotherapeuten, Rechtsschutz im Straf- und Sozialrecht, Begleitung zu Gerichtsterminen sowie die Vermittlung von Hilfen anderer Organisationen. Zusätzlich zum menschlichen Beistand kann bedürftigen Opfern und ihren Familien auch durch finanzielle Unterstützungen geholfen werden, tatbedingte Notlagen zu überbrücken.
Bisher wurden mehr als 71,5 Mio. € (LSA 1,45 Mio. €) für über 150.000 (LSA 3.500) materielle Opferhilfen zur Überbrückung tatbedingter Notlagen, für das öffentliche Eintreten für Opferbelange mehr als 31 Mio. €, bereit gestellt. Projekte der Schadenswiedergutmachung, der Zeugenbetreuung und des Täter-Opfer-Ausgleichs wurden begleitet.

Alle Leistungen des WEISSEN RINGS sind weder an eine Mitgliedschaft noch an sonstige Verpflichtungen gebunden. Finanzielle Zuwendungen brauchen nicht zurückgezahlt werden. Weitere Satzungsziele neben der praktischen Hilfe für Kriminalitätsopfer ist die Unterstüt-

zung sowohl der Kriminalitätsvorbeugung als auch bei der Schadenswiedergutmachung, z. B. durch Projekte des Täter-Opfer-Ausgleichs.
Das Satzungsziel der Vorbeugung wird im WEISSEN RING u. a. über Broschüren und konkrete Hilfsangebote bearbeitet:

1. Unser Angebot zur Unterstützung von Projekten

Arbeitsmappe „Mediation – auch in unserer Schule?“

Gewalt ist ein Phänomen! Mediation ist phänomenal!

Ein friedliches Miteinander in allen Bereichen des Lebens ist ein wichtiges Ziel unserer Gesellschaft. Friedliches Miteinander kann aber nicht zugleich bedeuten, dass wir in einer völlig konfliktfreien Welt leben. Deshalb müssen Wege gefunden und beschritten werden, um das Streiten zu lernen, damit sich Aggressionen nicht ausweiten oder verfestigen.
Konzepte zur gewaltfreien Konfliktlösung können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Mediation an Schulen bietet hierzu einen konkreten Ansatz, in dem sie als Methode der Streitschlichtung in Auseinandersetzungen unter Kindern und Jugendlichen eingreift. Diese Broschüre enthält Hinweise und Grundbedingungen, die eine praktikable Einführung der Mediation in der Schule ermöglichen soll.

Broschüre „PIT- Prävention im Team“

Bewältigung von Konflikten durch Sprache und Dialog

Der WEISSE RING verbreitet eine vom IPTS Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schulen, dem Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein und dem WEISSEN RING herausgegebene Mappe mit Materialien zum Umgang mit Gewalt in Grundschulen. Der Konzept-Schwerpunkt liegt in der Bewältigung von Konflikten durch Sprache und Dialog. Bewusst ausgeklammert wurde Gewalt an Kindern durch Erwachsene, um den Umfang der Mappe nicht zu sprengen. Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit Tätige können die Mappe kostenlos anfordern, für andere Interessierte kostet sie 6 €.

Broschüre „Jugendschutz im Internet“

Das Internet erobert die Kinderzimmer und Schulen. Aber welche Chancen bietet es wirklich und welche Gefahren ergeben sich für die Kinder und Jugendlichen? Wie sollen Eltern, Lehrer und andere Bezugspersonen damit umgehen, wenn Kinder auf gewaltverherrlichenden, pornografischen oder pädophilen Websites landen? Welche Schutzmöglichkeiten gibt es überhaupt? Der Weisse Ring in Zusammenarbeit mit ProKids-Online e. V. möchte mit dieser Broschüre Eltern, Lehrern und Erziehern einen Überblick über jugendgefährdende und strafbare Inhalte im Internet verschaffen sowie Hinweise und Anleitungen zu sinnvoller Prävention geben.

Broschüre „Wege aus der Gewalt – So schützen Sie Ihr Kind vor Gewalt“

„Sie als Eltern und Erzieher können einiges dazu tun, dass Ihre Kinder nicht `außer Rand und Band` geraten...“

Konflikte wird es immer geben. Auf dem Weg durch Kindheit und Jugend können sie sogar durchaus konstruktiv und anregend sein. Zu einem Problem entwickeln sich Konflikte immer nur dann, wenn sie nicht angemessen gelöst werden oder sich gar zu Beleidigungen, Verletzungen und Gewalt aufschaukeln.
Diese Broschüre möchte Eltern und Erziehern neben grundlegenden Informationen zu Art und Ausmaß von Gewalt sowie der Gefährdung unserer Kinder auch entsprechende Vorbeugungstipps und Empfehlungen an die Hand geben. Wenn die wichtigen Erziehungsinstanzen – Eltern, Kindergärten und Schulen – zusammenarbeiten, stehen die Chancen gut, Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen positiv zu beeinflussen und Gewalt zu verringern.

Broschüre „Gewaltfreie Erziehung“

„Komme ich jetzt vor den Richter, weil ich mein Kind angebrüllt habe? Strafe muss doch sein! Soll ich denn alles durchgehen lassen?

Haben Sie sich diese Fragen auch gestellt, nachdem der Bundestag den Paragraphen 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs änderte und die Sätze hineinschrieb:
„Kinder sind gewaltfrei zu erziehen. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“

Antworten auf diese Fragen gibt Prof. Dr. Günther Deegener von der Universitätsklinik Homburg/Saar jetzt in einer kleinen, liebevoll zusammengestellten Broschüre des WEISSEN RINGS zur gewaltfreien Erziehung. Deegener berichtet in gut lesbarer Form über aktuelle Untersuchungen und Möglichkeiten für Eltern, ihre Kinder ohne Gewalt zu erziehen.

Broschüre „Opferschutz in den Bundesländern: Das Gelbe vom Ei – Gleiche Chancen für alle Opfer“

„Wenn sechzehn mehr oder weniger verschiedenes tun, ist für die Opfer kaum das Gelbe vom Ei. Deshalb: Gleiche Chancen für alle Opfer“

Geredet wird oft viel – getan wird meist zu wenig: Eine allgemeine Erkenntnis, die auch für das Thema „Opferschutz in Deutschland“ zutrifft. Zwar hat der Opferhilfegedanke in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, doch angesichts von Jahr für Jahr mehr als 6 Millionen registrierten Straftaten und einer Vielzahl seelisch, körperlich und wirtschaftlich geschädigter Opfer muss noch erheblich mehr konkrete Hilfestellung durch alle gesellschaftlichen Kräfte geleistet werden.
Mit dieser Publikation, die auch allen Landtags- und Bundestagsabgeordneten zugeleitet wird, soll ein weiteres wichtiges Signal gesetzt werden: Für mehr politische Entschlusskraft, den Opferschutzgedanken über Partei- und Ländergrenzen hinaus gleichermaßen und konsequent überall in Deutschland gängige Praxis werden zu lassen.

Aktion Vermisste Kinder – wie der Weisse Ring den Betroffenen hilft

Der Weiße Ring übernahm 1997 die Aktion „Wir helfen suchen“ von der TV-Moderatorin Margarete Schreinemaker. Seit dem engagiert sich der Weisse Ring verstärkt für vermisste Kinder und deren Eltern/Erziehungs- und Sorgeberechtigten. Die Aktion fand 1000-fachen Anklang bei Privatpersonen und Firmen. Dank deren Unterstützung die Öffentlichkeit sensibilisiert und vermisste Kinder gefunden werden konnten.
In Deutschland sind es sechs bis acht Kinder, die Monat für Monat verschwinden. Kindesentzug, Kindesentführung oder Weglaufen sind Gründe dafür.
Die Hilfen für Betroffene sind fester Bestandteil der Kriminalitätsopferhilfe des Weissen Rings.
Dank der Spenden konnte Betroffenen z. B. Rechtsberatung zukommen, notwendige Flüge für Rücktransport der Kinder aus dem Ausland mit finanziert, den Angehörigen und Kindern menschlicher Beistand gegeben und weitere Hilfen vermittelt werden.

Für Betroffene und Interessierte dienen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Weissen Rings bundesweit als Ansprechpartner. Sie informieren, leisten menschlichen Beistand im Alltag, helfen durch den Dschungel der Bürokratie und vermitteln Kontakte zu Organisationen, die aktiv bei der Suche nach den vermissten Kindern mithelfen (z. B. zu der Elterninitiative „Vermisste Kinder“, Kisdorf www.vermisste-kinder.de oder bei der örtlichen Polizei).
Für Spenden ist ein spezielles Konto eingerichtet: Kontonummer 34 34 34 Sparkasse Mainz, BLZ 550 501 20 unter dem Stichwort „Vermisste Kinder“.

Die Ungewissheit über das Schicksal des/der vermissten Kindes/r ist für die Betroffenen sehr belastend. Neben der Befürchtung, es könnte etwas schlimmes passiert sein, besteht für die Kinder, die irgendwie „untergetaucht“ sind, stets das hohe Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.
Um Sorgeberechtigten im Vorfeld beim Schutz ihrer Kinder vor kriminellen Übergriffen zu helfen und Kinder zu stärken, bietet der Weisse Ring Materialien und Veranstaltungen an.

Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ erlebt starke Resonanz

Der Gedanke „Lieber heute Jugendfreizeitstätten einrichten als morgen Jugendstrafanstalten bauen“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne, in der es darum geht, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen.
Die Errichtung stationärer oder mobiler Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeytore für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort bereits umgesetzt werden konnte. Bekannte Sportler, die die Aktion unterstützen, wollen in Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen für einen gewaltpräventiven Weg werben. Axel Schulz, Botschafter der Initiative, bezieht bereits Position: „Gewalt ist kein guter Ratgeber, um Aggressionen abzubauen. Im Sport kann jeder seine Grenzen erproben und erkennen. Deshalb meine volle Unterstützung für die gemeinsame Initiative ‚Kraft gegen Gewalt‘“. Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung anzubieten. Defizite gerade in diesem Bereich spiegeln sich u. a. in einem deutlichen Anstieg der Jugendkriminalität wider. Vielerorts fehlen jedoch Angebote und Perspektiven, um auch ohne Aggression und Gewalt Probleme bewältigen zu können und Frustrationen abzubauen.

Genau hier setzt die Initiative des Weissen Rings an. Unter dem Motto „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen – Jugendkriminalität vorbeugen – Opferschutz stärken“ will die Aktion Wege aufzeigen, um der gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber jungen Menschen sichtbar Ausdruck zu verleihen. Viele bekannte Sportler und Sportlerinnen unterstützen die Aktion: Der Schirmherr und Ex-Profi-Boxer Axel Schulz sowie Rennrodler Georg Hackl, Schwimmstar Mark Warnecke, Diskuswerferin Ilke Wyludda, Hammerwerfer Heinz Weis u.v.a. Die bundesweite Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ bietet engagierten Sponsoren ebenso wie Schulen und Jugendeinrichtungen den Rahmen für die praktische Umsetzung einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben:

Jungen Menschen müssen mehr Chancen und Wege einer sinnvollen Freizeitgestaltung eröffnet werden, um damit zugleich auch kriminellem und gewalttätigem Handeln wirksam vorzubeugen:

Die Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ appelliert an den Einfallsreichtum engagierter Menschen, denen die Zukunft der Jugend am Herzen liegt. Missstände nur beklagen oder hilflos mit den Achsel zucken, ist zuwenig.

Fordern Sie die Broschüren online unter
http://www.weisser-ring.de/broschuerentitel.htm

oder unter folgender Anschrift an:
WEISSER RING e. V. , Info-Service,
Weberstraße 16, 55130 Mainz

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Frau Oettel
Wilhelm-von-Klewitz-Str. 11
06132 Halle
Tel.: 0345/2 90 25 20, Fax: 0345/4700755

Landesbeauftragter Sachsen-Anhalt
Wolfgang Kummerländer
Opperoder Weg 12
06463 Radisleben
Tel.: 039483/81050
e-mail: wolfgang.kummerlaender@t-online.de

Markt der Möglichkeiten

EINE-WELT-HAUS
Halle e.V.

Wir über uns

Der Eine-Welt-Haus Halle e. V. (www.ewhaus.de) ist eine Vereinigung, die aus einer Initiativgruppe von Menschen verschiedener Anschauungen und Herkunft im Juli 1990 in Halle gegründet wurde.
Mit der Namensgebung wollen wir unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen: Das viel zitierte „Haus Europa“, das sich immer mehr zur mittelalterlichen Festung entwickelte, muss sich solidarisch in den Gesamtzusammenhang der EINEN WELT – und wir haben nur diese eine – einbringen.
Wir wollen das gegenseitige Verständnis von Menschen verschiedener Kulturen und Herkunft fördern sowie Inhalte verschiedener Kulturen vermitteln.
Unsere Aufgabe entnehmen wir dem Alltag des Zusammenlebens der Menschen. Ein wesentliches Ziel ist für uns der Abbau des Konfliktpotentials zwischen Aus- und Inländerinnen.

Wir verstehen unsere Arbeit als Prävention gegen

1. Entstehen und Verfestigung von Vorurteilen
2. Soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung
3. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
4. Ethnische, kulturelle und religiöse Überheblichkeit
5. Gewalt in Familien

Unsere Angebote

- **Fachdienst für Integration und Migrationssozialarbeit**
  - *Sozialer Beratungsdienst für AusländerInnen*

    Ansprechpartner:

    Leiter: Helmut Julich Tel.: 0345/529 42 62

    Berater: Dr. Mohamed Yousif
    - arabisch, englisch – Tel.: 2 02 36 01

    Sylvia Četojević
    - serbokroatisch – Tel.: 2 03 13 32

    Irma Keitel
    - russisch, englisch – Tel.: 2 03 13 32

    Christa Delle-Buchmann
    - portugiesisch, englisch – Tel.: (0 34 61) 20 09 89

    Haitham Tawil
    - arabisch – Tel.: (0 34 61) 20 09 89

- *Sach- und sprachkundige Begleitung ausländischer Bürger im Alltagsleben und Integrationsprozess*

  Ansprechpartner:

  Teyi Lawson-Zankli
  - franz., afrik. Sprachen – Tel.: 0345/529 42 61

  Edris Hasso
  - arabisch, kurdisch – Tel.: 0345/120 22 96

  Valentina Andropowa
  - russisch – Tel.: 0345/120 22 96

- *Betreuung von traumatisierten, alleinreisenden Frauen im Landesprojekt Frauenflüchtlingshaus Halle*

  Ansprechpartner:

  Ulrike Wagner - Tel.: 0345/523 81 15

- *Unterstützung des Projektes „Frauen International" mit Orientierung auf frauenspezifische Probleme*

  Ansprechpartner:

  Editha Beine - Tel.: 0345/120 22 96

- **"Kontakte International"**

  Interkulturelle und antirassistische Projekte

  "Kontakte International" bietet zahlreiche Veranstaltungen – Vorträge, Diskussionsforen, Trainingsseminare, Ausstellungen, Workshops – an, die sich an Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine, Verwaltungen u. a. Institutionen richten.

  Um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen der Zielgruppen und Partner eingehen zu können, werden die Angebote regelmäßig aktualisiert. Sie sind fachübergreifend und frei kombinierbar und auf diese Weise auch hervorragend für die Gestaltung von Projekttagen und anderen Veranstaltungen geeignet.

  Ansprechpartner: Izeta Wernitz
  Berit Ichite
  Tel.: 0345/529 42 60/63

- *Vermittlung von internationalen Künstlern, Folklore-Musikgruppen, Ausstellungen und Informationsständen*

  Ansprechpartner: Izeta Wernitz
  Berit Ichite
  Tel.: 0345/529 42 60/63

- *Musikclub Wörmlitz*

  Ansprechpartner: Leonid Jablonski
  Tel.: 0345/120 22 96

- *Koordinierung und Rahmenorganisation der ‚Interkulturelle Woche' in Halle*

  Ansprechpartner: Helmut Julich
  Tel.: 0345/529 42 62

- **Projekte zu entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit und Interkulturellem Lernen**

  - *Eine-Welt-Kalender*

    Kalender der AG Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Veranstaltungen in den Bereichen Entwicklungspolitik, Interkulturelle Arbeit, Migration, Flucht-ursachen, Lebensbedingungen von Menschen in der „Dritten Welt" (siehe links)

    Ansprechpartner: Pauline Clapeyron
    Ulrike Eichstädt
    Tel.: 0345/529 42 68

  - *Trainingsseminare zu Entwicklungspolitik und zu interkulturellem/globalem Lernen*

    Ansprechpartner: Pauline Clapeyron
    Tel.: 0345/529 42 68

  - *Hilfe für die Schule Mahulana in Mosambik*

    Ansprechpartner: Helmut Julich
    Tel.: 0345/529 42 62
    Christa Delle-Buchmann
    Tel.: 03461/20 09 89

  - *CABANA*

    Treffpunkt für regelmäßige Begegnungen zwischen In- und Ausländerinnen; hier wird gemeinsam gekocht, gegessen, gefeiert und gespielt

    Ansprechpartner: Christa Gleim
    Helmut Julich
    Tel.: 0345/529 42 62

- **Integration für MigrantInnen**

  - *Integrationsprojekte für MigrantInnen (Kurse...)*

    Ansprechpartner: Helmut Julich
    Tel.: 0345/529 42 62
    Christa Delle-Buchmann
    Tel.: 03461/20 09 89

  - *Integrative Jugendsozialarbeit in der Jugendfreizeiteinrichtung ‚Gimritzer Damm'*

    Ansprechpartner: Ahmed Shwan
    Petra Schneutzer
    Tel.: 0345/804 47 80

  - *Integration älterer MigrantInnen*

    Ansprechpartner: Harald Eising
    Florencio Morales
    Leonid Jablonski
    Tel.: 0345/529

  - *Unterstützung von Initiativgruppen deutscher und ausländischer BürgerInnen*

    Ansprechpartner: Helmut Julich
    Tel.: 0345/529 42 62
    Heike Weiße
    Tel.: 0345/200 29 90

Der Eine-Welt-Haus Halle e. V. ist seit seiner Gründung bestrebt, in seine vielfältige Projektarbeit MigrantInnen auch als ArbeitnehmerInnen einzubeziehen. So sind z. B. 45 % der seit 1991 eingesetzten bzw. noch tätigen ArbeitnehmerInnen MigrantInnen.

Kontaktadressen

Eine-Welt-Haus Halle e.V
Informations- und Kommunikationsstelle
Schopenhauerstraße 3
06114 Halle

Tel.: 0345/5294261

e-mail: ewhaus1@dibomedia.de

Markt der Möglichkeiten

Suchtberatungsstelle
der Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Halle e.V.

Wir über uns

Wenn es um die Themen Missbrauch oder Abhängigkeit von legalen oder illegalen Drogen, Essstörungen oder Spielsucht geht, sprechen Sie uns an!
Dieser erste Schritt fällt bestimmt nicht leicht, aber nur so kann Ihnen unsere professionelle Hilfe und Unterstützung zuteil werden.

Wir beraten vertraulich.

Die Beratungen sind für Sie kostenfrei.

Kontakt telefonisch oder zu den Beratungszeiten.

Unsere Angebote

Suchtberatung

- Beratung für Betroffene und Angehörige und professionelle Helfer
- Einzel-, Paar- und Familiengespräche
- Gruppenarbeit
- Präventionsarbeit

Sprechzeiten:

Montag:	10.00 – 15.00 Uhr
Dienstag:	13.00 – 16.00 Uhr
Mittwoch:	10.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag:	13.00 – 18.00 Uhr

und nach Vereinbarung

Offene Sprechzeiten (ohne Termin)

Montag:	13.00 – 15.00 Uhr
Mittwoch:	10.00 – 12.00 Uhr
jeden 1. Samstag im Monat:	
	08.00 – 12.00 Uhr

Telefon: (03 45) 8 05 70 66

Fax: (03 45) 8 06 27 91

Ambulant betreutes Wohnen

- Hilfen zur Sicherung der materiellen Existenz
- Unterstützung und Beratung bei lebenspraktischen Problemen
- Hilfen zur Vermittlung und zum Erhalt einer Wohnung
- Begleitung zu Ämtern u.a.

Sprechzeiten:

Montag:	13.00 – 14.30 Uhr
Dienstag:	10.00 – 12.00 Uhr
Mittwoch:	10.00 – 12.00 Uhr
Donnerstag:	13.00 – 14.30 Uhr

Telefon: (03 45) 4 78 84 77

Fax: (03 45) 4 78 84 79

Telemannstraße 09

06124 Halle (Saale)

Streetwork

- Safer-use-Beratung und Spritzentausch
- Hilfe in Krisen und Notlagen
- Vermittlung sozialer Angebote
- Begleitung zu Ämtern, Polizei und Gericht
- Vermittlung in Entgiftung und Substitution

Sprechzeiten:
Montags: 13.00 – 16.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Telefon und Anrufbeantworter
Tag/Nacht: (03 45) 8 06 27 90
Funk: 0177/8 74 33 07
Fax: (03 45) 8 06 27 91

Akupunkturgruppe:	jeden Mittwoch von 9.45 – 11.00 Uhr
Motivationsgruppe:	jeden Montag von 10.00 – 11.30 Uhr
Kontaktgruppe:	jeden Mittwoch von 11.00 – 12.30 Uhr
Entspannungsgruppe:	ab. 19.11.2002 von 16.30 – 19.00 Uhr
Gestaltungsgruppe:	in Planung
Kontaktcafè:	in Planung
Cleangruppe:	ab 04.12.2002 um 17.00 Uhr
Nachsorgegruppe:	voraussichtlich am März 2002

Zu allen aufgeführten Angeboten erhalten Sie Auskunft unter der Telefon-Nummer (03 45) 8 05 70 66

Zerbster Straße 14
06124 Halle/Saale
Tel.: (03 45) 8 05 70 66
Fax: (03 45) 8 06 27 91

Markt der Möglichkeiten

Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.

Wir über uns

Die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V. ist ein Zusammenschluss von verschiedenen in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Vereinen, Verbänden und Institutionen wie Städte und Landkreise sowie Einzelmitgliedern als natürliche Personen. Das Ziel ist es, den Kinder- und Jugendschutz in Sachsen-Anhalt zu unterstützen und zu fördern.

Die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V. wird auf Grundlage des § 14 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) vom Land Sachsen-Anhalt gefördert.

Was heißt Kinder- und Jugendschutz für die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.?

Kinder und Jugendliche wachsen gegenwärtig in gesellschaftlichen Umbrüchen auf, die ein bisher nicht gekanntes Tempo annehmen. Die individuellen Anforderungen an den Aufbau einer eigenständigen Persönlichkeit sind enorm gestiegen. Die Chancen, sich selbst verwirklichen zu können, sind gewachsen. Gleichzeitig werden aber auch die Risiken auf dem Weg der Identitätenfindung größer - instabile Elternhäuser, Gewalt bei der Bewältigung von Konflikten, Überforderung durch neue Medien, Konsumzwänge, hohe Leistungsorientierung und große Arbeitsmarktrisiken. Diese Entwicklungen stellen für viele junge Menschen gewaltige Belastungen dar. In dieser Situation hat der Kinder- und Jugendschutz mit dafür Sorge zu tragen, dass junge Menschen – unabhängig von Nationalität, Religion und Geschlecht – Chancen zur Identitätenbildung erhalten, damit der Aufbau einer eigenen Persönlichkeit und die Integration in unsere Gesellschaft gelingen.

Deshalb setzt sich **die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.** auch auf der politischen Ebene aktiv für eine Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen ein, unter denen Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft aufwachsen.

Grundlagen des Handelns der Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.:

Grundlagen unseres Handelns bilden

- die UN-Kinderrechtskonvention als gesellschaftliche Perspektive,
- die Rechtsgrundlagen des Kinder- und Jugendschutzes (Art. 2, 5, 6 GG und § 1, 9 und 14 SGB VIII),
- die einschlägigen Jugendschutzbestimmungen (JÖSchG, GJS usw.) als staatlicher Auftrag und
- ein europäisches Denken und Handeln als zukünftige Dimension in der Entwicklung der Kinder- und Jugendschutzreglungen.

Das Handeln **der Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.** berücksichtigt die folgenden methodischen Grundprinzipien:

- Beteiligung, Mitbestimmung
- geschlechtsspezifische Sicht auf die Lebenswelten von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern,
- ganzheitliche bzw. systemische Betrachtung von Problemlagen,
- Methodenvielfalt und
- Nachhaltigkeit sowie
- Qualitätsentwicklung und -sicherung.

In welchen Arbeitsbereichen handeln wir?

Belastungen und Gefährdungen beim Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen treten gegenwärtig in vielschichtiger Art und Weise auf. Die Komplexität der Lebenswelten und deren schneller Wandel erfordern immer wieder neue, differenzierte Analysen der aktuellen Lebenssituation, die als Grundlage jeglicher Arbeit dienen. Der Kinder- und Jugendschutz in Sachsen-Anhalt ist heute auch über die Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe hinaus als Querschnittsaufgabe pädagogisch-politischer Arbeit zu bestimmen.

Sie bezieht sich auf drei Kategorien:

Der **erzieherische Kinder- und Jugendschutz** umfasst alle pädagogischen Anstrengungen, die das Ziel verfolgen, die Sozialisation junger Menschen zu unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, die altersgemäßen Entwicklungsaufgaben befriedigend zu lösen. Dies beinhaltet heute auch, mit Belastungen und Gefährdungen leben zu lernen und sie zu bewältigen. Differenzierte Präventionskonzepte sollen die individuellen und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen stärken und ausbauen. Einzelne pädagogische Konzepte und Maßnahmen orientieren sich an den jeweils besonderen Bedingungen der Lebens- und Lernorte wie beispielsweise Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit, Heimerziehung und Familie.

Der **strukturelle Kinder- und Jugendschutz** konzentriert sich auf die äußeren Rahmenbedingungen der Lebenswelten junger Menschen. Er benennt öffentlich die strukturellen Beeinträchtigungen und bemüht sich um deren Veränderung. Diese Perspektive greift die Grundprogrammatik des SGB VIII § 1 auf, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“.

Der **kontrollierend-eingreifende Kinder- und Jugendschutz** umfasst das „klassische“ Handlungspotential des sog. „gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes“ und richtet sich primär an Erwachsene, Gewerbetreibende und Institutionen. Gesetzliche Regelungen sollen vor allem extreme Gefährdungen rechtlich bewerten und Sanktionen ermöglichen.

Unsere Angebote

Mit pädagogischen Projekten, politischen und intervenierenden Initiativen und Maßnahmen ist **die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.** zur Zeit in folgenden Handlungsfeldern vorrangig tätig:

- neureligiöse und ideologische Gemeinschaften, Okkultismus, Satanismus,
- Kinder- und Jugendmedienschutz,

- geschlechtsbezogene Themenstellungen als grundsätzliche Handlungsoption des kinder- und jugendschutzrelevanten Handelns (Gender-mainstreaming und geschlechtspezifische Angebotsmöglichkeiten).

Andere Handlungsfelder werden nach entsprechenden Möglichkeiten und Ressourcen bearbeitet bzw. mit kooperierenden Fachstellen umgesetzt:

- Sucht und Abhängigkeit (im Bereich Jugendhilfe),
- Aggression und Delinquenz, Kriminalprävention,
- Gewalt gegen Frauen, Kinder und Männer,
- Freizeit und Konsum,
- Umwelt und Gesundheit,
- Sexualität,
- Arbeit und Beruf und
- Rechtsextremismus.

Die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V. arbeiten mit vielfältigen Arbeitsformen:

Die vielfältigen Aufgaben im Kinder- und Jugendschutz erfordern unterschiedliche Arbeitsformen. Diese richten sich an MultiplikatorInnen z.B. in Schule und Jugendhilfe sowie an politische Entscheidungsträger. Modellhaft wird auch mit Kindern und Jugendlichen direkt gearbeitet.

Die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V. konzentriert sich auf die folgenden Arbeitsformen:

- Veröffentlichung von didaktischen Arbeitsmaterialien für die pädagogische Praxis und Erarbeitung von Beiträgen für Fachzeitschriften,
- Fortbildungsarbeit: Angebote von ein- und mehrtägigen Fachseminaren, Durchführung von Informationsveranstaltungen sowie Referententätigkeit,
- Öffentlichkeitsarbeit: Zusammenarbeit mit verschiedenen Presseagenturen, Präsentationen bei Großveranstaltungen und Fachmessen, Gestaltung einer eigenen Homepage,
- Fachberatung: Angebot einer themenbezogenen Fachberatung für MultiplikatorInnen hinsichtlich von Maßnahmen und Projekten,

- koordinierende und vernetzende Tätigkeit durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und durch die Kooperation in Projekten anderer Institutionen,
- Politikbegleitung: Fachberatung von Entscheidungsträgern im politischen Meinungsbildungsprozess, Einbringen von Themen in politische Strukturen, entschiedener politischer Einsatz für Kinder und Jugendliche,
- Vernetzung: politische und fachliche Unterstützung von kinder- und jugendschutzrelevanten Initiativen der Mitglieder sowie anderer kinder- und jugendschutzrelevanter Träger,
- Entwicklung und Durchführung von Praxisprojekten, deren Dokumentation und Aufbereitung für die Fachöffentlichkeit.

Die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.

als

BERATUNGS- UND SERVICEEINRICHTUNG

Die Leistungen **der Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.** werden effizient und kurzfristig angeboten durch

die MitarbeiterInnen direkt

und

mit Unterstützung von virtuellen Leistungen

unter Nutzung der neuen Medien.

Auf unserer Homepage finden Sie unter der Rubrik Ergebnisse aktuelle Projektbeschreibungen und Angebote.

Landesstelle Kinder- und Jugendschutz
Sachsen-Anhalt e.V.
Freiligrathstraße 11
39108 Magdeburg
Tel.:0391 - 73 46 2 46
Fax:0391 - 73 46 2 47
eMail: jugendschutz@jugend-lsa.de
http://www.jugend-lsa.de/jugendschutz

Markt der Möglichkeiten

Polizeidirektion Halle
Jugendberatungsstelle

Wir über uns

Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendberatungsstelle bei der Polizei (JUBP), sind in die Polizeibehörde eingebunden. Den Großteil unserer Klientinnen und Klienten, straffällige oder von Straffälligkeit bedrohte Kinder, Jungendliche und Heranwachsende aber auch Opfer von Straftaten, bekommen wir von vernehmenden Polizistinnen und Polizisten vermittelt. Es handelt sich dabei um eine institutionalisierte Form der Kooperation von Polizei- und Sozialarbeit/-pädagogik. Sie erfolgt in allen Polizeidienststellen im Bereich der Polizeidirektion Halle.

Unsere Arbeit mit den Klientinnen und Klienten geschieht vollkommen unabhängig von der polizeilichen Ermittlungstätigkeit, da sich die systematische Zusammenarbeit mit der Polizei nur auf die Vermittlung der Klienten bezieht. Diese Übermittlung ist geregelt und erlaubt uns eine professionelle sozialpädagogische Arbeit mit unseren Klientinnen und Klienten. Wir sind gegenüber den Ermittlungsbehörden zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Durch die Einrichtung von JUBP in unmittelbarer Nachbarschaft zum Jugendkommissariat der Polizeidirektion und zu den Ermittlungsgruppen in den Polizeirevieren, die eine qualifizierte Jugendsachbearbeitung gewährleisten sollen, wird eine sich dem Polizeikontakt unmittelbar anschließende sozialpädagogische Beratung und - sofern sich dies als notwendig herausstellen sollte - weiterführende Unterstützung und Hilfe möglich. Der Forderung nach einer schnellen und vor allem nicht einseitig repressiven Reaktion auf die Jugenddelinquenz wird damit konsequent nachgekommen.

Unsere Angebote

Wir bieten eine Beratung im Sinne von Soforthilfe für straffällige und von Straffälligkeit bedrohte junge Menschen an. Arbeitsinhalt ist in erster Linie das Leisten von aktueller Krisenintervention mit präventivem und deeskalierendem Charakter und gegebenenfalls, je nach Problemlagen, eine befristete Betreuung.
Der Zugang der Jugendlichen zur Beratungsstelle erfolgt in der Regel über die Polizeibeamten nach einer Vernehmung oder über Freunde, Eltern oder andere Bezugspersonen. Für jeden interessierten bzw. betroffenen Jugendlichen ist das Angebot der Beratungsstelle offen. Ebenso für jugendliche Opfer von Straftaten. Die Beratung ist nicht verpflichtend, die Jugendlichen können selbst entscheiden, ob sie das Angebot wahrnehmen. Bis auf die Mitwirkungsbereitschaft seitens der Betroffenen werden an die Unterstützungen keinerlei Bedingungen und Auflagen gebunden.

Kurzfristig gilt es, Schwierigkeiten, Probleme und Belastungen, die im Kontext der Straftat stehen, für die Jugendlichen erträglicher und verarbeitbar zu machen. Darüberhinaus soll den Klienten geholfen werden, Einsicht in ihre Tat zu entwickeln und die Folgen ihrer Straftat zu reflektieren. Langfristiges Ziel ist es, der Verfestigung von Delinquenz entgegenzuwirken.

Die Krisenintervention umfasst i. d. R. folgende Angebote:

- die Moderation zwischen dem Jugendlichen und Dritten (z. B. Eltern, Lehrer, Konfliktpartner oder Ausbilder),
- die Weitervermittlung an soziale Einrichtungen (bspw. das Jugendamt, Beratungsstellen oder Weiterbildungseinrichtungen),
- die Begleitung und Unterstützung bei Wegen zu Behörden und Ämtern sowie das Aufzeigen von Freizeitmöglichkeiten.

Die Beratungsstelle arbeitet verbindlich mit dem örtlichen Jugendamt und seinen Einrichtungen zusammen, realisiert ggf. einen Informationstransfer zur JGH und zur Justiz.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Tätigkeit ist Präventionsarbeit vor Ort in Abstimmung mit anderen kommunalen Einrichtungen und Diensten.

Selbstverständlich beraten wir auch Erwachsene (Eltern, Pädagogen und andere Bezugspersonen für junge Menschen), die mit delinquentem Verhalten ihrer eigenen Kinder bzw. der ihnen anvertrauten Jugendlichen und Heranwachsenden konfrontiert wurden und darauf hin Rat suchen.

(2) Methodik und zentrale Ergebnisse

Die zeitliche und örtliche Nähe zur Polizeiarbeit hat einen entscheidenden Vorteil: Sozialarbeit trifft hier auf junge Menschen, die sich subjektiv in kritischen Situationen befinden, auch wenn sie das äußerlich zunächst oft zu verbergen versuchen. Erfahrungsgemäß werden die raschen Hilfen in hoher Zahl angenommen und nicht als Bevormundung verstanden.

JUBP wendet sich den jungen Menschen, nicht ihren Delikten, wertschätzend zu. In Bezug auf die delinquenten Handlungen werden Grenzen gesetzt, aber gleichzeitig wird versucht, die Hintergründe dafür einfühlend zu verstehen. Bewältigungsalternativen zur Delinquenz sind das anzustrebende Ziel der Intervention. Ein solcher Bezug stößt in der Regel auf Akzeptanz bei den betroffenen Jugendlichen. Er führt bei ihnen zu Bemühungen, die Hintergründe für ihr Verhalten zu ergründen und nach besseren Alternativen zu suchen. Das ist gerade bei aggressivem Verhalten alles andere als einfach, aber erforderlich.
Die Kinder und Jugendlichen werden, soweit dies erforderlich ist, an Regeldienste der kommunalen Jugendhilfe oder an das Arbeits- und/oder Sozialamt weitervermittelt. Nur in Ausnahmefällen bieten die Mitarbeiter Hilfen über einen längeren Zeitraum an, keinesfalls aber eine Dauerbetreuung. Das Angebot versteht sich als brückenbauende Intervention und Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Praxis hat gezeigt, dass viele Jugendliche die vorhandenen Angebote und Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, oft nicht wahr- oder ernstgenommen haben. Durch die Beratung nehmen sie diese viel aufgeschlossener und vor allem freiwillig in Anspruch. Damit hat die Jugendberatungsstelle praktisch eine Brückenfunktion sowohl zu Freien Trägern und der Jugendgerichtshilfe als auch zum Wohnungs- und Arbeitsamt und schließlich auch der Familie. Die Krisenintervention als eine reaktive Form psychosozialer Unterstützung ermöglicht es, dass tatverdächtige junge Menschen in einer kritischen Situation nicht vollends ins Abseits geraten, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen und weitere Hilfen annehmen können. Sie wird notwendig, wenn die jungen Menschen mit der Bewältigung ihrer aktuellen

Probleme und Entwicklungsaufgaben überfordert sind und ihr soziales Umfeld momentan nicht in der Lage ist, dabei eine adäquate Unterstützung zu erbringen.

Jugendberatungsstelle bei der Polizei
- JUBP Halle -
Polizeidirektion Halle
Dreyhauptstr. 2
06019 Halle
Tel.: 0345/22 41456
Fax: 0345/22 41455
E-Mail: thomas.enke@hal.pol.lsa-net.de

Markt der Möglichkeiten

Technisches Polizeiamt des Landes Sachsen-Anhalt

Wir über uns

Das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt hat zur Wahrung der Aufgaben der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit beim Technischen Polizeiamt des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg eine „Zentrale Beratungsstelle für Verkehrssicherheit/ Verkehrswesen (ZBfV)“ eingerichtet.
Durch die Beratungsstelle werden Grundlagen für die zielgruppen- und deliktorientierte Verkehrsaufklärungs- und -erziehungsarbeit für die Polizei des Landes erarbeitet. Darüber hinaus werden Polizeibehörden auch bei der praktischen Umsetzung der Verkehrssicherheitsarbeit unterstützt. Die Beratungsstelle arbeitet eng mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit (Ministerien, Verbände, Vereine, Institutionen) zusammen.

Unsere Angebote

Ausstellung "Straßenkreuze – Unorte des Sterbens". Ein Beitrag aus dem Bereich der präventiven Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit den Schulen des Landes.

Die Ausstellung ist für die Schulen konzipiert worden und richtet sich vorrangig an junge Menschen, die im Begriff sind, ihren Führerschein zu erwerben oder diesen bereits erworben haben.

Diese Ausstellung stellt einen Beitrag zur Umsetzung des Programms "Einfach besser fahren. Motorisierte Jugend im Straßenverkehr für die Verkehrserziehung in den Schulen Sachsen-Anhalts für die Schuljahrgänge 9 - 13 sowie berufsbildenden Schulen" dar.

Künstler, Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Theologen und Polizeibeamte haben sich in einem bis dato einmaligen interdisziplinären Ansatz mit der Thematik "Unfalltod auf der Straße" auseinander gesetzt, inspiriert von der zunehmenden Anzahl von Gedenkkreuzen an Straßenrändern als offenkundigem Ausdruck menschlicher Tragödien in unserer mobilen Gesellschaft.

Die Ausstellung präsentiert 12 Elemente mit Fotos von Straßenkreuzen als private Form des Totengedenkens. Textbausteine von Betroffenen, die unmittelbar mit dem plötzlichen Unfalltod von nahen Angehörigen, Freunden oder Bekannten konfrontiert worden sind sowie Schilderungen von Menschen, zu deren Berufsbild die Aufnahme schwerster Verkehrsunfälle gehört, ergänzen die Fotografien.

Die Texte bestechen durch ihre Authentizität, machen betroffen, wecken Emotionen, sind Anlass und Impuls für weitere Auseinandersetzung in der Präventionsarbeit.

Die unterschiedliche Aufarbeitung der Themen Unfalltod, Ursachen, Trauer und Gedenken, Symbolik des Kreuzes, ermöglicht eine fächerübergreifende und breite Auswahl pädagogischer Ansätze zur Behandlung der Thematik in der Zielgruppe.

Technisches Polizeiamt des Landes Sachsen-Anhalt
Zentrale Beratungsstelle für Verkehrssicherheit (ZBfV)
30126 Magdeburg
August- Bebel –Damm 19

Leiter: EPHK Schubert
Tel.: 0391- 5075 - 333
Fax: - 891
E-Mail: arno.schubert@tpa.pol.lsa-net.de

Projekt Straßenkreuze: PHK Kuske
Tel.: 0391- 5075- 896
E-Mail: joerg.kuske@tpa.pol.lsa-net.de

Öffentlichkeitsarbeit: PHK Neumann
Tel.: 0391- 5075- 897
E-Mail: mario.neumann@tpa.pol.lsa-net.de

Markt der Möglichkeiten

AWO
Kreisverband Halle

Wir über uns

ISA

Interventionsprojekt „Häusliche Gewalt“ Sachsen-Anhalt

Viele Frauen erleben in Ihrer Partnerschaft Gewalt. Gewalt in Beziehungen, in den meisten Fällen Gewalt von Männern gegen Frauen, ist keine Privatangelegenheit. Staatliche Institutionen wie Polizei und Justiz sind verpflichtet, Opfer häuslicher Gewalt zu schützen. Hilfeeinrichtungen unterstützen die von Gewalt betroffenen Frauen. Das Gewaltschutzgesetz bietet dabei erstmals die Möglichkeit, Opfern von Gewalt die gemeinsame Wohnung zur alleinigen Nutzung zuzusprechen und den prügelnden Partner der Wohnung zu verweisen.

Das **Interventionsprojekt** baut enge Kooperationsstrukturen zwischen allen Einrichtungen und staatlichen Institutionen in Halle und dem Saalkreis, die mit häuslicher Gewalt befasst sind, auf. Ziel der Kooperation ist der bessere Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt durch ein abgestimmtes Vorgehen der verschiedenen Institutionen. Zu den Aufgaben des Interventionsprojektes gehören auch die Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen im Bereich häusliche Gewalt sowie Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit.

Ansprechpartnerinnen sind Heike Donat und Karin Schneider.

Unsere Angebote

Wenn Sie Gewalt in Ihrer Partnerschaft erleben oder erlebt haben, können Sie sich an die **Interventionsstelle** wenden.

- Sie erhalten dort Unterstützung, um Schutz und Sicherheit für sich und Ihre Kinder zu Erhöhen.
- Sie werden informiert über rechtliche Möglichkeiten (z.B. Wohnungszuweisung) und weitergehende Beratungsangebote.
- Sie bekommen Unterstützung beim Einbringen von Anträgen vor Gericht.
- Wir begleiten Sie bei notwendigen Behördengängen.
- Wir vermitteln Kontakt zu Hilfeeinrichtungen.
- Wir vermitteln an Einrichtungen, die Ihre Kinder unterstützen und begleiten können.

Ansprechpartnerin in der Interventionsstelle ist Silke Schneider.

ISA wird gefördert vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.

Interventionsprojekt "Häusliche Gewalt"
An der Feuerwache 1
06124 Halle (Saale)

Tel. : (0345) 6858370
Fax : (0345) 6867845

e-mail: IP-HaeuslicheGewalt@web.de

Internet: www.awo-halle.de

Interventionsstelle "Häusliche Gewalt"
An der Feuerwache 1
06124 Halle (Saale)

Tel. : (0345) 6867907
Fax : (0345) 6867845

Markt der Möglichkeiten

Arbeiterwohlfahrt
Ortsverein Nienhagen e. V.

Wir über uns

Arbeiterwohlfahrt! Wer, was ist das?

Diese Frage stellten wir uns im Sommer 1990 auch. Doch bald konnten wir Antworten finden. In der Gemeine Nienhagen/Celle, die mit uns Kontakt gesucht hatte, begannen viele interessante Gespräche. Gerade über die AWO. Wir erfuhren, dass der Name seinen Ursprung in der deutschen Arbeiterbewegung findet. 1919 wurde in Berlin unter Führung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz der „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt“ gegründet. Hier wurde Menschen in sozialer Not aller Bevölkerungsschichten ohne Rücksicht auf politische, rassische oder konfessionelle Zugehörigkeit geholfen. Sie gestaltete sich zum Haus der offenen Tür. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg traten an Stelle der einfachen Hilfen qualifizierte Aufgaben in vielen verschiedenen Bereichen. So auch in der Jugend- und Seniorenarbeit.
Dies gefiel uns. Für andere Menschen einfach da sein. Gerade in der schwierigen Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands.
Denn auch hier wollten wir eine Organisation anbieten, die sich mit der Betreuung von jungen wie auch mit älteren Menschen beschäftigt.

So gründeten wir am 22.11.1990 unseren Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt Nienhagen e. V. Wir waren doch recht stolz hier in unserer kleinen 500 Einwohner zählenden Gemeinde, ein solches Angebot zu organisieren. Die Gemeinde stellte uns Räumlichkeiten zur Verfügung und so konnte es los gehen.

Unser Haus war 5 Tage in der Woche geöffnet und stand jedem Menschen offen. Wie auch 1919 schon. Die Arbeit mit den Kindern war ein voller Erfolg. Hier konnten sie schon vor Schulbeginn ab 6.00 Uhr kommen, das erste Frühstück einnehmen, dann nach der Schule wurde bei uns Mittag gegessen, gespielt, gelacht. Die häuslichen Probleme der Eltern einfach vergessen. In den Schulferien organisierten wir Ferienfreizeiten. Drei Wochen Spiel, Spaß, Spannung, Unterhaltung, Fahrten, Wanderungen, Radtouren, Campen, Mehrtagesfahrten - alles dies wurde mit viel Einsatzbereitschaft organisiert.

Gleichzeitig aber wurden auch Angebote für Arbeitslose und Senioren geschaffen. Vom Frühstück, über Mittag bis hin zum Kaffee, den ganzen Tag konnte man bleiben, wenn man wollte. Viele Veranstaltungen, gemeinsam mit jung und alt, wurden durchgeführt.
In den Jahren haben sich auch bei uns die Angebote verändert. Doch die Zielstellung, ein offenes Haus für alle Menschen zu sein, die ist geblieben.
Die Altersgruppe in unserer Jugend- und Freizeiteinrichtung hat sich generell verändert. Die Kleineren gehen nun in den Hort und werden dort betreut.

Im Sommer 1999 machten sich viele Jugendliche stark und kämpften um einen eigenen Jugendklub in der Gemeinde. Nach vielen Gesprächen mit dem Bürgermeister und den verantwortlichen Ratsherren und -damen wurde die AWO gefragt, ob wir eine Möglichkeit sehen den Jugendlichen zu helfen. Nach einigen angeregten Diskussionen im Vorstand der AWO wurde dem Antrag dann zugestimmt. So wurde am 01.11.1999 speziell für die Jugendlichen ein ganz anderes Angebot geschaffen - **"Jugendarbeit einmal anders"**. Fast 1 Jahr konnten sie in eigener Verantwortung im Haus der AWO regieren, ihre Pläne und Vorstellungen von Jugendarbeit, von Freizeitgestaltung umsetzen. Doch es blieb nicht aus, dass Schwierigkeiten und Probleme entstanden. So wurde zum 01.07.00 eine Betreuerin für ein Jahr über ABM eingestellt. Hier konnte man dann schon den Wandel in der Arbeit mit den Jugendlichen erkennen. Doch es hat fast 1 Jahr gedauert, bis sie sich an Hausordnung und bestimmten festen Regeln gewöhnt hatten.
Nach dem ersten schwierigen Jahr starteten wir am 01.07.01 den zweiten Versuch mit einer ABM für die Jugendbetreuung. Und siehe da, nach dem anfänglichen beschnuppern, wie weit können wir bei Frau Zalosny gehen, begann eine der schönsten Zeiten mit den Jugendlichen. Frau Zalosny verstand es, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das eines gleichen sucht. Denn die Probleme und Schwierigkeiten für die Jugendlichen sind ja nicht weniger geworden.

Die schulischen Anforderungen wachsen, suche nach Lehrstelle, nach Arbeit. Oft kommen dann noch Unstimmigkeiten mit den Eltern dazu. Hier immer ein offenes Ohr zu haben, bereit zu sein für ein Gespräch, dass zeichnet diese Betreuerin aus. Gerade in schwierigen Zeiten nicht auf Drogen, egal welcher Art, zurückzugreifen, dem versuchen wir gemeinsam entgegenzuwirken.
Mit diesem Projekt "Jugendarbeit einmal anders" beteiligten wir uns erfolgreich an dem Landespräventionspreis 2002 der Polizei Sachsen-Anhalt.

Unserer Unterstützung können sich die Jugendlichen auch weiterhin gewiss sein.

Unsere Angebote

Angespornt durch die Preisverleihung wagen wir uns jetzt an zwei Themen die etwas schwieriger für uns sind, da uns teilweise technische Voraussetzungen fehlen.

1. Projekt
Geschichte/Chronik unserer Gemeinde ab 03.10.1999

Hier wollen wir versuchen, Material ab 1990 zu sammeln zur Veränderung, Umstrukturierung, dem Neubeginn in unserem Heimatort Nienhagen. Unter Anleitung von Frau Zalosny, die sich bereits mit der alten Geschichte unseres Dorfes beschäftigt hat, soll nun die Zeit nach der Wende unter die Lupe genommen werden. Es sollen neben Bildmaterial auch interessante textliche Seiten gestaltet werden.

2. Projekt
Jugendpresseclub

Da wir in den vergangenen Wochen bemerkt haben, dass die Jugendlichen sich für Politik, Wirtschaft, Soziales in unserer Gemeinde interessieren und sie ihre Meinungen, kritische Gedanken, Bedürfnisse und über Veranstaltungen in unserer Einrichtung ihre Meinung sagen möchten, meinen wir, eine kleine Zeitung im ¼ jährlichen Turnuss zu verfassen.
Wir werden sehen, ob uns dies gelingt.

Arbeiterwohlfahrt

Ortsverein Nienhagen e. V.

Ernst-Thälmann-Str. 30

39397 Nienhagen

Telefon: 03 94 03 / 5149

Ansprechpartner:
Frau Hilke Zalosny, Jugendbetreuerin AWO

Frau Birgit Linzmaier, Vorsitzende der AWO Nienhagen

Informationsforum

Junge Straftäter und Bedingungen der Prävention

Die polizeilichen Ermittlungen führten in Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 zur Feststellung von 94.494 Tatverdächtigen. Mehr als ein Drittel, nämlich 36,3 % dieser ermittelten Tatverdächtigen waren unter 21 Jahre alt (8 von 10 Betroffenen waren männlich). In den Vorjahren war eine ähnliches Verhältnis festzustellen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 30%.
Dies soll nicht den Eindruck erwecken, die jungen Menschen in Sachsen-Anhalt seien krimineller als anderswo. Zur besseren Einordnung: Etwa 550.000 Menschen unter 21 lebten in Sachsen-Anhalt. Lediglich 6% davon kamen mit der Polizei in Konflikt. Anders ausgedrückt: von 100 jungen Menschen hatten 94 - also die überwiegende Mehrheit – nichts mit der Polizei zu tun.
Hinzu kommt, dass man bei den als Tatverdächtige festgestellten Jugendlichen stark differenzieren muss. Für den größten Teil der Jungtatverdächtigen hat der Verstoß gegen strafrechtliche Normen nur episodenhaften Charakter. Zudem sind die jugendtypischen Delikte grundsätzlich weniger schwerwiegend. So sind Jungtatverdächtige z. B. bei Diebstahlsdelikten überrepräsentiert. Leider gilt dies aber nicht für alle Jungtatverdächtige. Für einen gewissen Anteil der jungen Straftäter bleibt es nämlich nicht bei einem einzelnen bzw. einigen wenigen Rechtsverstößen. Die als sogenannte Intensivtäter bezeichneten Jungtatverdächtigen begehen zahlreiche Straftaten mit zum Teil erheblicher Deliktsschwere.
Auch hierzu einige Zahlen: knapp 3% aller Jungtatverdächtigen – nämlich die Intensivtäter – begehen fasst 30 % der von Jugendlichen verübten Straftaten. Hier ist abgestimmtes vorgehen gefragt. Die Verbesserung der Kooperation der einzelnen Verantwortungsträger hat hohe Priorität. Isolierte Maßnahmen von Polizei und Justiz würden zu kurz greifen.

Das hohe Interesse an diesem Thema wird auch daran deutlich, dass das im Rahmen des 2. Landespräventionstages angebotene Forum „Junge Straftäter und Bedingungen der Prävention“ die mit Abstand meisten Teilnehmermeldungen hat.

Kriminalprävention - Chancen und Risiken

Prof. Dr. Kai-D. Bussmann, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

In einem fernen Land, in einer fernen Stadt geschieht das Unglaubliche. Ein Traum von einer sicheren Stadt, es gibt keine Morde mehr. Pre-Crime-Devision – eine postmoderne Polizeieinheit – gelingt die Entdeckung aller geplanten Morde.[1]

Ja nicht nur das, ihr gelingt sogar die Entdeckung aller noch nicht geplanten Morde. Die potentiellen Mörder wissen häufig noch gar nicht, welcher Abgrund sich vor ihnen bald auftun wird. Welchen Verführungen und Konflikt-Eskalationen sie bald erliegen. Pre-Crime-Devision interveniert bei jeder sich anbahnenden tödlichen Gefahr – 100% erfolgreich, eine 100%ige Prävention.

Das bemerkenswerte ist aber nicht nur das, sondern auch die perfekte Überwachung aller öffentlichen Räume. Man wird beim Eintritt in einen Laden, ein Kaufhaus von einer sanften freundlichen Stimme aus dem Off mit seinem Namen begrüßt. Beim Verlassen von Nahverkehrsstationen, von U-Bahnen und ähnlichem wird die Iris unserer Augen gescreent. Es gibt keine das Verbrechen schützende Anonymität mehr. Man muss sich in dieser Gesellschaft schon den Augapfel herausoperieren und austauschen lassen, um sich wieder unerkannt bewegen zu können.

Wem ist seine Sicherheit dieser Sicherheitsstandard nicht wert? Kosten dürfen hier keine Rolle spielen, wenn es um Menschenleben, um Schutz vor Kriminalität geht. Und, wer sich nichts vorzuwerfen hat, der muss diese Kontrollen doch nicht befürchten? Oder?

Einige werden es bemerkt haben. Ich berichtete nicht aus dem Roman von George Orwell „1984“ – mit dem Merksatz „*Big brother is watching you*“ –, sondern aus dem jüngsten Hollywood Werk „Minority Report“. Sicherlich, dieser Film ist auch spannend und kurzweilig, aber das eigentlich Interessante an ihm ist: Vor dem Hintergrund einer fragwürdigen Methode der kriminalistischen Früherkennung – hochgradig hellseherisch begabte Menschen, die drei Pre-Cox (von Pre-Cognition) sehen die Zukunft einige Stunden voraus – werden wir mit einer perfekten Identitätsüberwachung konfrontiert, so als wäre sie *unsere kommende Zu-*

[1] Aus dem Film „Minority Report“, USA 2002

kunft. Das Spektakuläre und offenkundig Rechtswidrige (Verstoß gegen die Unschuldsvermutung, Täter werden für noch nicht begangene Taten verurteilt, mangelnde Beweise usw.) lenkt unseren Blick auf die Selbstverständlichkeit einer perfekten Überwachung der Städte. Die Kritik an einem drohenden Überwachungsstaat war noch das Thema im ebenfalls spektakulären Hollywood Film „*Staatsfeind Nr.1*“. Hier wurden Bürger Opfer des enthemmten und außer Kontrolle geratenen staatlichen Sicherheitsdienstes der USA (NSA). Man wurde mit dem gesamten technischen Spektrum der heute möglichen nachrichtendienstlichen Überwachung sehr kritisch konfrontiert. Ein Film, der zum Nachdenken anregt.
Im Unterschied hierzu wird in „Minority Report“ die perfekte Überwachung des öffentlichen Raums bereits nicht mehr kritisch hinterfragt, sie findet einfach statt. Das Skandalöse findet nur im Absurden statt – Menschen mit hellseherischen Fähigkeiten zur Mordprävention. Als rechtlich problematisch gelten dort allenfalls hellseherische Fähigkeiten von Menschen zur Straftäter-Überführung. Aber man könnte auch argwöhnen: Das Sicherheitsrisiko ist immer ein Mensch – sei es als Täter oder eben als Fahnder und Polizist. Der Technik haftet dagegen etwas Unbestechliches und Objektives an, sie ist aber eben noch nicht so weit, um in die kriminalistische Zukunft schauen zu können. Eigentlich bedauerlich, oder?
Ich fürchte jedenfalls, die Zuversicht, mit perfekten Überwachungssystemen unsere Städte und Gemeinden sicherer zu machen, ist eher gestiegen – jedenfalls, wenn man der Traumfabrik glaubt. Ohne Zweifel weist der Traum von einer perfekten Kriminalprävention viele Facetten auf, ich weiß. Ich habe hier zweifellos eine Facette herausgegriffen, die von den Wenigsten in diesem Raum unkritisch befürwortet werden würde.

II.

Die Zukunft ist so fern und unsere Wirklichkeit so nah. Stimmt das? Ist es nicht vielmehr so, dass wir gegenwärtig unter dem Banner der Kriminalprävention drastische Einschnitte in den Rechtsstaat abzuwehren, ja teilweise auch hinzunehmen haben. Der genetische Fingerabdruck von jedem Baby – er wird kommen, oder zweifeln sie daran? Die denkbaren und bereits realisierten Beispiele ließen sich unablässig aufzählen.
Der amtierende Hamburger Innensenator initiiert ein Gesetzesvorhaben (u.a. in Bayern und Baden-Württemberg bereits in Kraft), wonach nicht nur Terror-Verdächtige belauscht und beobachtet werden sollen, sondern alle Personen von denen nur vermutet wird, dass sie in irgendeiner Weise Kontakt zu den Verdächtigen haben könnten. Diese Überwachung soll sich auch gegen Anwalts- und Arztpraxen, Redaktionen oder kirchliche Räume richten (Ta-

gesspiegel 21.10.02, S. 31; vgl. a. DER SPIEGEL 43/2002). Zwar „schillt“ es hiergegen lauten Protest u.a. von Anwalts- und Presseverbänden, aber die Idee – wenn wohl nicht das konkrete Gesetz – hat Zukunft: Verdächtig ist man hiernach nicht mehr nur, weil man Straftaten begeht bzw. begehen könnte, sondern auch weil man jemanden kennt, - der einen kennt, der einen kennt, der einen kennt... . Eigentlich grundsätzlich alle Bürger können potentiell verdächtig sein.

Sie finden somit meine Befürchtungen immer noch überzogen? Wie schnell die Dinge sich aus wahrlich Gutgemeintem entwickeln können, zeigt das „*Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten in Sachsen-Anhalt*“. Polizeibeamte suchen Jugendliche und Heranwachsende der rechten Szene auf, die bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, um mit ihnen ein Gespräch zu führen. Soweit, so gut. Nunmehr soll aufgrund des erfreulichen Erfolges dieses Programm auf sogenannte „*Mitläufer im weitesten Sinn*“ ausgedehnt werden.

Problematisch hieran ist nicht der Präventionsgedanke oder die fehlende Wirksamkeit – der genetische Abdruck aller Babys oder das Screenen aller Pupillen sind sicher wirkungsvoll –, sondern die Gewöhnung an ein Verdächtigen von Personen, die eben *noch nicht* strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Das bloß Mögliche genügt jeder Prävention, aber nicht dem Strafrecht. Sehen sie den entscheidenden Unterschied?

Der Präventionsgedanke – nur konsequent genug konzipiert – enthält immer unsere Frage, nach seinen Grenzen, seinem Stoppkriterium. Aufgrund der Komplexität aller Kriminalitätsursachen ist letztlich alles und jeder verdächtig. Möglich ist immer viel mehr, als tatsächlich eintritt. Die Technik verheißt uns immer wieder neue Segnungen ungeahnter subtiler Kontrollmöglichkeiten. Dies müssen wir bedenken, wenn wir nach einer immer perfekteren Prävention rufen.

Die Kriterien können sich nicht aus dem Präventionsgedanken ergeben, sondern sind *normativ* zu ziehen. Hier hilft keine noch so gut gemeinte Pädagogik oder Sozialpädagogik, eher im Gegenteil. Man vermisst vor allem rechtsstaatliches Feingespür. Immerhin droht eine Ausforschung so genannter „*Mitläufer im weitesten Sinne*“ – ohne Rechtsbelehrung, ein Verdächtigen und Unterstellen mit einem vollkommen unbestimmbaren Begriff, durch Organe der Strafverfolgung.

Die Grenzen der Kriminalprävention ergeben sich nur aus den Schranken eines demokratischen und liberalen Rechtsstaats, der seinen Bürgern mit Vertrauen begegnet und nicht mit einem Generalmisstrauen (Frehsee 1999). Das Strafrecht und das Strafprozessrecht sind Ausdruck dieses bürgerlich-liberalen Gedankens. Alles Kinder der Aufklärung und der Auflehnung gegen den in früheren Jahrhunderten unumschränkt herrschenden Souverän.

Unser Strafrecht gewährleistet Freiheit, gerade durch Verzicht auf eine perfekte Kontrolle. Man hat alle Freiheiten, solange man keine Straftaten begeht. Prävention, wenn sie sich an noch nicht strafrechtlich Auffällige wendet, steht demgegenüber immer in der Gefahr die bürgerliche Freiheit (als Bewegungs- und Meinungsfreiheit) im Dienste der Sicherheit zu verraten. Im Gewand der Prävention kann sich leicht eine totalitäre Gesinnung verbergen.
Ich würde nicht so weit gehen, dies dem angesprochenen Teil des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten zu unterstellen, der auch alle „*Mitläufer im weitesten Sinne*“ unter gutgemeinte polizeiliche Obacht stellen will. Aber wir gewöhnen uns auf diese Weise allzu leicht an dem Gedanken einer perfektionierten Kriminalprävention. Wenn schon vereinzelt vormalige Richter in der Rolle eines gewählten Senators jegliche rechtsstaatliche Bedenken fallen lassen, dann ist es an der Zeit, den Blick auf das Gut verstärkt zu lenken, das wir eigentlich mit allen Präventionsmaßnahmen schützen wollen: *Unsere Freiheit*. Wir sollten uns nicht selbst demontieren.

III.

Und wie steht es mit einer Kriminalprävention, die sich an Straftäter wendet? Hierfür ist zuvörderst das Strafrecht konzipiert worden – *General- und Spezialprävention* – heißen die Begriffe – Abschreckung der Allgemeinheit und des Täters sowie Resozialisierung durch entsprechende Maßnahmen.
Historisch gesehen war es die vornehmste Aufgabe des Strafrechts präventiv zu wirken. Wir haben nur den Glauben an seine Wirksamkeit verloren. Allerdings fehlte bereits bei den Vätern präventiver Strafzwecke jeglicher Glaube an die Überlegenheit strafrechtlicher Sanktionen. Franz von Liszt meinte schon vor über 100 Jahren, „die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik“. Etwas zynischer betonten Andere: „Jede Gesellschaft hat die Straftäter, die sie verdient (Lacassagne).“ (Nachw. in Schwind 2001, S. 92ff.).
Mit der zunehmend schwindenden rechten Überzeugung zur Wirksamkeit von Strafen ist es zu erklären, dass unser heutiger Begriff von Kriminalprävention aus seiner strengen Abhängigkeit vom Strafrecht herausgelöst, ja emanzipiert wurde. Ein vom Strafrecht entfesselter Präventionsbegriff ist jedoch nicht ohne rechtsstaatliche Gefahren, wie ich oben darzustellen versuchte (s.a. Albrecht 1986, Frehsee 2000). Die Verschiedenheit der Konzepte sieht man auch sehr gut daran, dass im Strafprozess der Grundsatz *in dubio pro reo* unerschütterlich gilt, eben um den Rechtsstaat nicht zu demontieren. Im Präventionskonzept dagegen gilt: *Im Zweifel verdächtig* – wahrlich ein Paradigmawechsel.

Wenden wir uns somit den präventiven Leistungen des Strafrechts zu. Sicher ist, die Dinge sind viel komplizierter als man noch vor hundert oder nur fünfzig Jahren glauben konnte. Wir wissen aus der internationalen und nationalen kriminologischen Forschung, dass wir mit strengen Strafen weder abschrecken noch bei Straftätern resozialisierend und in einem Maße bewusstseinsfördend wirken können, als dass es nicht erneut zu Straftaten kommen kann (Albrecht 2000, insb. S. 47ff.).

Diese Erkenntnis kann aber nicht bedeuten, dass man das Strafrecht nicht einsetzen sollte. Man muss es sogar einsetzen, auch im Sinne einer Prävention. Nur Mut, denn dem Strafrecht kann man immer noch eine sehr subtile bewusstseinsbildende Funktion – positive Generalprävention – zuschreiben. *Irgendwer im Land muss sagen, was Recht und Unrecht ist*, so auch das BVerfG in einer Entscheidung (BVerfG NJW 1975, S. 580). Hierfür brauchen wir das Strafrecht. Seine vordringlichste Aufgabe ist, normative Grenzen zu markieren und durch seine Reaktion die Normgeltung weiterhin zu bestätigen, indem die Aufmerksamkeit der Rechtsadressaten immer wieder hierauf gelenkt wird. Unter diesem Gesichtspunkt brauchen wir Strafen und nicht nur Wohltaten.

Aber wie gesagt, die Dinge sind komplizierter. Wir wissen heute, mit wie wenig Strafe man in den meisten Fällen auskommt, um den gleichen bewusstseinsbildenden Effekt zu erreichen. Insbesondere hat das BVerfG in einer anderen Entscheidung, im sog. Cannabis-Urteil (BVerfG 90S. 145ff., 172f.), auch auf die Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips hingewiesen. Jede strafrechtliche Maßnahme hat hiernach geeignet, erforderlich und verhältnismäßig zu sein. In manchen politischen Debatten vermisse ich diese rechtsstaatliche Wertung – auch das Strafrecht unterliegt natürlich wie jede andere staatliche Maßnahme dem Verhältnismäßigkeitprinzip.

Anders ausgedrückt: Unter gleichwirksamen Sanktionen ist immer die mildeste anzuwenden. Beispiel: Häufig reicht bei Bagatelltaten bereits das polizeiliche und staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, um Rückfälle zu verhindern. „*The process is the punishment*“ (Feeley 1979), ist ein Lehrsatz aus der kriminologischen Forschung. Bereits dem Verfahren kommt – zumindest bei Ersttätern – ein erheblicher Sanktionscharakter zu. Ein Verfahrens einzustellen, heißt nicht, alles zuvor habe keinen Sanktionswert gehabt (siehe zu den Ursachen und vielen Facetten der Jugendkriminalität Walter 2001).

Viele Studien im Jugendstrafrecht belegen, dass eine Anklage sogar eher schädliche Auswirkungen hat und vor allem die Hauptverhandlung – das Erleben des strengen Blicks des Richters oder des Staatsanwalts – nicht die resozialisierende Funktion besitzt (bspw. Studie

von Crasmöller 1996), wie man in vielen Debatten, häufig politischen, hört. Nach dem gesunden Menschenverstand eigentlich verblüffend, aber wenn es nach dem gesunden Menschenverstand gehen würde, müssten wir noch daran glauben, dass die Sonne sich um die Erde drehe und sie zudem eine Scheibe wäre usw.

Ein weiterer Lehrsatz der Forschung lautet heute, eigentlich ebenfalls verblüffend, Menschen akzeptieren Urteile um so mehr, je *fairer* sie im Verfahren behandelt wurden und nicht wie wenig sie bestraft wurden. Ihnen ist das Verfahren wichtiger als die Frage eines gerechten Urteils, häufig eben ein besonders mildes Urteil (Überblick Röhl 1993).

Nicht Strenge brauchen wir hiernach im Strafverfahren und auch nicht im Strafvollzug, sondern betonte *Fairness* im Verfahren. Hierzu gehört u.a., dass der Beschuldigte sich fair behandelt fühlte, etwas sagen, sich einbringen konnte. Die Akzeptanz der späteren Strafe wird jedenfalls durch ein faires Verfahren entscheidend erhöht. Das Bewusstsein können wir folglich weniger durch harte Strafen bilden, sondern – verblüffenderweise – am stärksten über ein absolut faires Verfahren. Wenn schon keine Einstellung erfolgt, dann wirkt nicht die Härte der Sanktion präventiv, sondern eher die Fairness des Verfahrens.

Der gesunde Menschenverstand versagt auch bei folgendem. Nicht Strenge hat Erfolg, weil sie beeindruckt oder abschreckend wirkt, sondern relativ sanfte Sanktionen. Alle ambulanten Maßnahmen sind stationären Sanktionen wie Arrest oder Haft in puncto Rückfallquote deutlich überlegen (Überblick Albrecht 2000, S. 47ff.).

Wenn Sie mich fragen, warum es dann noch Strafvollzug gibt, dann dürfte ein Hauptgrund sein, dass man in der Öffentlichkeit von seiner Wirksamkeit immer noch zu überzeugt ist. Untersuchungen können jedoch zeigen, dass sich die Überzeugung der Öffentlichkeit wieder ändert, wenn sie über alternative Sanktionen informiert wird (zuletzt die Studie des britischen Home Office Hough/Roberts 1999). Exakt dies findet leider zu wenig statt. Ein weiterer Grund ist sicherlich auch, dass die Funktion des Strafrechts, mit seiner Strafe symbolisch Unrecht auszudrücken, zumindest bei schweren Straftaten mit bloßen soften, aber gerade deshalb beim einzelnen Täter so wirkungsvollen Reaktionen nicht in Einklang zu bringen ist. Manchmal fällt es uns aber auch schwer anzuerkennen, dass eine ambulante Maßnahme wie Täter-Opfer-Ausgleich für den Täter durchaus einen Sanktionscharakter hat, dass hierdurch auch sehr wirkungsvoll Unrecht ausgedrückt wird. Eine jüngst in Bayern durchgeführte Studie konnte belegen, ich zitiere: „*Befürchtungen, durch den TOA könnte die Präventionswirkung des Strafrechts geschwächt werden, finden in dieser Untersuchung (jedoch) keinen Rückhalt*“. (Dölling, Hartmann, Traulsen 2002).

Die Wissenschaftler untersuchten die Legalbewährung von jugendlichen Straftätern, die an einem TOA erfolgreich (N=85), nicht erfolgreich (N=44) und überhaupt nicht teilgenommen haben (Vergleichsgruppe N=140). Im Durchschnitt erhielt ein „TOA-Beschuldigter" 1,4 weitere Eintragungen im Zentralregister, die Vergleichsgruppe 2,1 Eintragungen. TOA ist somit bei geringerer Eingriffsintensität erfolgreicher als herkömmliche Sanktionen. Beide Gruppen waren in vielfacher Hinsicht ähnlich zusammengesetzt, bspw. Körperverletzungsdelikte über 30%, Diebstahl etwa 50% und einfache Raubdelikte 3-4% und „echte" Verbrechen etwa 2-3%. In der Vergleichsgruppe fand sich hingegen das gesamte Spektrum jugendstrafrechtlicher Reaktionen bis hin zur Jugendstrafe (in 24% erging ein Urteil).

IV.

Fazit: Mit dem Strafrecht kann man sehr wohl präventiv arbeiten, aber in der Regel handelt es sich um Sanktionen, deren Wirkungen in der öffentlichen und politischen Diskussion vollkommen überschätzt werden. Sicher, schnelle Strafe ist gute Strafe, aber nur eben welche? Der gesunde Menschenverstand hilft hier bei der Auswahl zumeist nicht weiter.
Vielmehr gilt es intelligente und konstruktive Sanktionen zu fördern. Dies gilt insbesondere für ambulante Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von Bewährung (Suchtberatung, Therapie usw.) und für den TOA, der trotz aller Bekenntnisse politisch Verantwortlicher immer noch ein Schattendasein fristet. Empirisch belegt, pädagogisch wertvoll, sehr sinnvoll für Täter und Opfer, die geringste Rückfallquote und doch ein kriminalpolitischer Reinfall – ohne Zukunft?
In alternativen und ambulanten Sanktionen schlummert somit das ersehnte präventive Potential des Strafrechts. Gerade bei jungen Menschen gilt es kreativ zu reagieren. Um Missverständnissen vorzubeugen: nicht um besondere Milde walten zu lassen, sondern um am effektivsten zu reagieren. Mit anderen Worten, wer ein härteres Durchgreifen fordert, wird am wenigsten präventiv wirken. So einfach ist es dann am Ende doch. Aber Strenge beruhigt – das uninformierte Gewissen.

Literatur

Albrecht, Peter-Alexis (1986): Prävention als problematische Zielbestimmung im Kriminaljustizsystem, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, S. 55-82.

Albrecht, Peter-Alexis (2000): Jugendstrafrecht. Ein Studienbuch. 3. Aufl. München.

Bernhard Crasmüller (1996): Wirkungen strafrechtlicher Sozialkontrolle jugendlicher Kriminalität, Pfaffenweiler.

Dölling, Dieter/ Hartmann, Arthur/ Traulsen, Monika (2002): Legalbewährung nach Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafrecht, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, S. 185-193.

Feeley, Malcom (1979): The Process is the Punishment. New York.

Frehsee, Detlev (1999): Verschwindet der Rechtsstaat? in: Neue Kriminalpolitik, S. 16-21.

Frehsee, Detlev (2000): Fragen an den Deutschen Präventionstag, in: DVJJ-Journal, Heft 1 (Nr. 167), S. 65-72.

Hough, Mike/ Roberts, Julian v. (1999): Sentencing Trends in Britain, in: Punishment and Society, Vol. 1, S. 11-26.

Röhl, Klaus F. (1993): Verfahrensgerechtigkeit (Procedural Justice), Einführung in den Themenbereich und Überblick, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, S. 1-34

Schwind, Hans-Dieter (2001): Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. 11. Aufl. Heidelberg.

Walter, Michael (2001): Jugendkriminalität. Eine systematische Darstellung. 2. Aufl. Stuttgart et al.

Informationsforum

Häusliche Gewalt

Gewalt im sozialen Nahraum, in der Familie, bedeutet in erster Linie Gewalt gegen Frauen und Kinder. Obwohl familiäre Gewalt zunehmend in der öffentlichen Diskussion steht, wird ihr tatsächliches Ausmaß auch heute noch vielfach unterschätzt. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass es sich um die am meisten verbreitete Gewaltform handelt.
Gewalt in der Familie prägt den jungen Menschen in seiner Entwicklung. Wer als Kind oder Jugendlicher Gewalt erleiden muss oder Zeuge von derartigen Handlungen ist, neigt dazu, später selbst Gewalt auszuüben. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen.
Die meisten Opfer schweigen aus Scham vor ihrer Umgebung oder aus Angst vor den Tätern. Da Gewalt im häuslichen Bereich keinesfalls Privatsache der Betroffenen, sondern kriminelles Unrecht ist, ist die Gesellschaft insgesamt aufgerufen, aktiv gegen diese Gewalt vorzugehen.

In der Stadt Halle wurde zu Beginn dieses Jahres ein Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt gestartet, das darauf abzielt, die Kooperation aller an der Gewaltbekämpfung beteiligten Akteure zu verbessern. So sind Vertreter der Stadt Halle, der Staatsanwaltschaft, der Polizeidirektion, freie Träger und weitere Institutionen in den Arbeitskreisen des Interventionsprojektes tätig. Die Arbeit wird im übrigen im Forum „häusliche Gewalt“ in der heutigen Veranstaltung näher dargestellt. Zur Unterstützung des Interventionsprojektes führt die Polizeidirektion Halle u.a. eine Erfassung von Einsätzen anlässlich häuslicher Gewalt durch. Die Zahlen/Erkenntnisse aus 2001:

- 346 Einsätze der PD Halle wegen „klassicher“ Fälle häuslicher Gewalt (Handlungen eines Mannes zum Nachteil einer Frau).
- In über 6 von 10 Fällen bestand eine aktuelle Lebensgemeinschaft ehelicher oder nichtehelicher Art und die Betroffenen verfügten über eine gemeinsame Wohnung.
- Tatort war in 6 von 10 Fällen die gemeinsame Wohnung sowie in 3 von 10 Fällen die Wohnung des Opfers, wenn Betroffene getrennte Wohnungen hatten.
- Gut die Hälfte der Vorkommnisse erfüllte den Tatbestand der Körperverletzung.

- Bei fast der Hälfte der beteiligten Männer wurde Alkoholbeeinflussung festgestellt.
- Mehrfache Einsätze bei dem selben Personenkreis fanden in 43 Fällen statt.
- Verhinderungsgewahrsam wurde in 30 Fällen, Platzverweis in 13 Fällen gegen Gewaltausübende angeordnet.
- 6 von 10 betroffene Frauen verständigten selbst die Polizei.

Gewalt ist nie privat

Wer zu Hause gedemütigt wird, braucht besonderen Schutz.
Einst von der Privatsphäre geschützt und öffentlich bagatellisiert, sind gewalttätige Übergriffe in der Familie zum Feld staatlicher Interventionen geworden.
Das Gewaltenschutzgesetz ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung von Gewalt im häuslichen Bereich. In ihm ist der Grundsatz verankert. "Wer schlägt, muss gehen; das Opfer bleibt in der Wohnung."
In über 80% der bekannt gewordenen Fälle sind es Männer, die gehen. Die Täter können sich immer seltener erfolgreich auf verbreitete Vorstellungen einer legitimen Ausübung des Patriarchats berufen, auch bei Knigge nachzulesen, sondern werden als abweichend gekennzeichnet.
Zahlreiche Interventionsprojekte belegen, dass eine strafrechtliche Sanktion aber allein nicht ausreicht. Sozialpädagogische Arbeit ist nötig und zwar mit Tätern und Opfern, um Gewaltstrukturen nachhaltig zu durchbrechen.

Informationsforum

Angsträume

Das Forum „Angsträume“ widmet sich der speziellen Situation von Ausländerinnen und Ausländern in Sachsen-Anhalt. Grundlage ist die folgende Untersuchung des Ausländerbeauftragten der Landesregierung in Kooperation mit der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ des Landespräventionsrates.
Darüber hinaus stellt Herr Dr. Karamba Diaby, Vertreter des Präventionskreises der Stadt Halle, seine persönlichen Erfahrungen als Migrant dar.
Zum anderen berichtet ein Vertreter eines kommunalen präventiven Gremiums, Herr Ronald Zinke vom Förderverein "Initiative für eine sichere Stadt Egeln", über Erfahrungen, wie ein von rechtsorientierten Jugendlichen genutzter Jugendclub "zurückgewonnen" werden konnte.

A N G S T – R Ä U M E...

...von Ausländerinnen und Ausländern in Sachsen-Anhalt

Eine Untersuchung des Ausländerbeauftragten der Landesregierung in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt

Dunkle Straßen mit grölenden Jugendlichen, ein Bahnhofstunnel, das Stadtfest mit hohem Alkoholspiegel – jede Ausländerin und jeder Ausländer kennt Orte und Situationen, bei denen die Angst vor Übergriffen hochsteigt. Lassen sich verallgemeinte Aussagen über solche „Angsträume“ in Sachsen-Anhalt machen? Und wie können sie „entschärft“ werden? Das sind die Themen der folgenden Untersuchung.

Das „Angstraumkonzept“ in der kommunalen Kriminalprävention

„Ein Angstraum ist ein Raum, sowohl innerhalb als auch außerhalb von Gebäuden, an dem Frauen und Männer verschiedenen Alters Angst vor Verbrechen haben“ lautet eine gängige Definition. Dunkelheit, oder zumindest Dunkelzonen, Fehlen von Menschen in der Nähe,

Fehlen von Sicherheitsanlagen, aber auch der Aufenthaltsort bestimmter Bevölkerungsgruppen („Obdachlose, Punks, Drogenabhängige“) gelten als Standardmerkmale solcher Angsträume.

„Angsträume“ sind eine schwer zu greifende Kategorie. Sie lassen sich mit der offiziellen Straftatenstatistik nicht zureichend umschreiben. Denn auch subjektive Faktoren wie eigene Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen an bestimmten Orten, Erzählungen von Freunden oder Kollegen oder Medienberichte führen zu Angst und Verlust des Sicherheitsempfindens. Und nicht zuletzt ist die Wahrnehmung abhängig von der sozialen Gruppenzugehörigkeit, dem Geschlecht und der Verankerung im Wohnumfeld und Nachbarschaft.

Sind solche Angsträume erst einmal da, werden sie gemieden. „Angsträume“ bedeuten für die Betroffenen darum eine erhebliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Die Verhinderung des Entstehens solcher Angsträume, bzw. deren Rückgewinnung ist darum für die Lebensqualität von erheblicher Bedeutung. Dieses ist am Beispiel bestimmter Opfergruppen – insbesondere „Frauen“ – breit dokumentiert. Die Thematisierung von „Angsträumen“ spielt darum zurecht in den Präventionsstrategien für eine „sichere und lebenswerte Stadt“ eine herausragende Bedeutung, wie jüngst die Deutsche Zeitschrift für Kriminalprävention noch einmal herausgestellt hat.

Auffallend ist, dass entsprechende Untersuchungen für die Opfergruppe „Ausländerinnen und Ausländer“ bisher nicht vorliegen. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, in denen die Debatte um No-Go-Areas eine stärkere Rolle spielt als in den gewachsenen Einwanderungsmilieus des Westens, kommt diesem opferorientierten Ansatz bisher zu wenig Beachtung zu. Ausgangspunkt dieser Untersuchung war denn auch die These, dass die Erfassung und Thematisierung solcher Angsträume ein breites Feld von Präventionsansätzen v.a. im kommunalen Raum bietet.

Wie sind die Sicherheitsgefühle von Ausländerinnen und Ausländern in Sachsen-Anhalt, wo gibt es besondere „Angsträume“? Dazu gilt es v.a. die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. In Kooperation mit dem Landespräventionsrat erarbeitete der Ausländerbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt einen Fragebogen für Ausländerinnen und Ausländer, in denen es um angstbesetzte Räume und Situationen geht. Die Befragung wurde Februar bis April 2002 über die Stellen der Ausländersozialarbeit durchgeführt. Ziele des Projektes waren die Sensibilisierung für das Thema Gewalt gegen Ausländer, die Evaluation von Angsträumen in Sachsen-Anhalt und die Erarbeitung von Anhaltspunkten für einen

Maßnahmenkatalog zur Beseitigung dieser Angsträume. Die Ergebnisse sowie handlungsorientierte Schlussfolgerungen werden hiermit vorgelegt.

Art und Umfang der Befragung

Die Fragebogen lagen deutschsprachig vor; auf Initiative von Nichtregierungsorganisationen wurden auch Fassungen in französisch, arabisch und vietnamesisch erstellt. Sie wurden über Ausländerberatungsstellen und kommunale Ausländerbeauftragte verteilt. Teilweise wurden die Fragebögen gemeinsam mit den Ausländersozialarbeitern ausgefüllt.

Insgesamt konnten 194 Fragebögen ausgewertet werden (m: 126, w: 49). Regionale Schwerpunkte der Befragung waren Gardelegen, Stendal, Halberstadt, Quedlinburg, Bitterfeld, Halle, Merseburg, Naumburg. Die Herkunftsgebiete spiegeln in ihrer Breite die Zuwanderungsstruktur Sachsen-Anhalts wider.

Die Fragen zu Sicherheits- bzw. Angstgefühlen und zum Thema Vertrauenspersonen und -institutionen wurden jeweils doppelt gestellt: Zum einen in Form einer Bewertungsskala -5 bis +5, zum anderen als offene Fragen. Dazu wurden Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitssituationen erbeten.

Die Antworten sollen im Folgenden auch dahingehend untersucht werden,

- ob, wie und wo bestimmte Angsträume wahrgenommen werden
- wo besondere Sicherheits-, bzw. Vertrauensverhältnisse bestehen, wobei hier besonders die Frage nach dem Vertrauen in die Polizei als zentralen Kooperationspartner herausgearbeitet werden soll
- welchen Einfluss Herkunft, Wohnort, Geschlecht und Alter auf die Thematisierungen haben. Dabei wurden die Wohnort- und Herkunftsgebiete und Alter zu jeweils 5 Gruppen zusammengefasst.

Bei der Auswertung zeigte sich erwartungsgemäß (und wie in ähnlichen Untersuchungen zu Angsträumen auch), dass die Daten sehr weit streuen, d. h. die Antworten sehr stark differieren. Dieses warf die Frage auf, welche Aussagekraft die Ergebnisse haben, also welche statistisch signifikanten, d.h. nicht zufälligen Aussagen und Zusammenhänge und Trends aus den Fragebögen überhaupt gezogen werden können. Um hier von vornherein die nichtsigni-

fikante Beziehungen auszuschließen, wurden die gesamten Daten verschiedenen statistischen Tests unterworfen.

Der Test brachte im Wesentlichen das Ergebnis, dass die Merkmale Alter und Geschlecht (bis auf eine wesentliche Ausnahme, s.u.!) kaum signifikante Wirkungen ausüben auf die Wahrnehmung der Sicherheitssituation ausüben. Im Folgenden werden diese Faktoren darum i.d.R. nicht berücksichtigt und das Datenmaterial nur hinsichtlich der Einflussgrößen Herkunftsland und Wohnort untersucht.

1. Fragenkomplex: Wie sicher fühlen Sie sich?

Die Antworten zu Frage 1 „Wie sicher fühlen Sie sich?“ streuen sehr stark, wie die Standardabweichungen in Grafik 1 zeigt. Als Trend lässt sich festhalten:

Ausgeprägter Angstraum:	Freizeit, Wohngebiet
Mittlere Position:	beim Einkaufen, in Verkehrsmitteln
Geringe Angst:	in der Wohnung

„Wohnort“ nimmt als allgemeine Umschreibung erwartungsgemäß einen mittleren Platz ein.

Bei der Bewertung des Bereichs „Wohnung“ bei den Befragten gibt es die oben erwähnte Ausnahme hinsichtlich der unterschiedlichen Wahrnehmung zwischen Männern und Frauen: Mit 2,6 hat für Männer „Wohnung“ eine doppelt so hohe Sicherheitsstufe wie für Frauen. Dieses ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass bei der Entwicklung von Programmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt die Gruppe der Migrantinnen stärker in den Blick genommen werden muss. Die Differenzierung nach Herkunftsgebieten zeigt dabei deutliche Unterschiede, die für die Entwicklung zielgruppengenauer Angebote näher untersucht werden müssten: Die Angst vor häuslicher Gewalt ist bei Frauen europäischer und arabischer Herkunft sehr ausgeprägt, während Frauen aus Asien und Afrika sich in ihrer Wohnung vor Übergriffen sicherer fühlen als Männer.

Hinsichtlich der Herkunftsgebiete lassen sich deutliche Unterschiede im Sicherheitsgefühl wahrnehmen : Menschen aus dem arabischen Raum fühlen sich in Sachsen-Anhalt am sichersten, gefolgt von Menschen aus dem asiatischen Raum. Europäer haben starke Unsicherheitsgefühle, und am ausgeprägtesten ist die Angst vor Übergriffen bei Menschen vom afrikanischen Kontinent. Dieses Ergebnis ist teilweise überraschend und sollte durch weiter-

gehende Untersuchungen näher beleuchtet werden, denn die naheliegende Gleichung „je fremder“ jemand aussieht, desto größer müsse die Angst vor Übergriffen sein“ scheint so nicht aufzugehen. Eine Erklärung wäre, dass hier auch Faktoren wie „soziale Verankerung“ eine Rolle spielen: Viele der Migrantinnen aus dem arabischen Raum (Palästina, Jemen) und aus dem asiatischen Raum (Vietnam) sind bereits zu DDR-Zeiten eingewandert und sind in der hiesigen Gesellschaft fest verankert. Im Umkehrschluss ließe sich hier für einen Präventionsansatz schlussfolgern: Eine verbesserte Integration der Migrantinnen und Migranten ist ein wesentlicher Faktor zur Reduzierung von „Angsträumen“.

Bei der Differenzierung der Daten nach Wohnorten fallen einige Abweichungen ins Auge, die einer näheren Untersuchung unterzogen werden sollten:

- Die Bewertung der Sicherheitssituation in der Nordregion ist erheblich negativer als im Landesgebiet: Auch in der Südregion liegen die Werte deutlich unter dem Durchschnitt.
- In der Südregion fällt zudem besonders die negative Bewertung der Sicherheit der öffentlichen Verkehrsmittel (-1,17) ins Auge.

Ergänzend zu den skalierten Fragen wurde nach konkreten Orten, Plätzen usw., die gemieden werden, aus Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Die Antworten, nach Gruppen sortiert (kursiv-Gedrucktes gibt die Originalaussage wieder) bestätigen die oben gemachten allgemeinen Aussagen und präzisieren sie zugleich:

Genannt werden als solche ausgeprägten Angst-Orte:

- *Bahnhof (26mal!); Tunneldurchgänge; Übergang zum Bahnhof*
- *Disco, öffentliche Veranstaltungen wie Rummel, Spielothek, Diskothek Leipzig,*
- *bestimmte gastronomische Lokale*
- *Wege in der Dämmerung und Dunkelheit*
- *Viele Menschen; allgemeine Angst gegenüber Jugendlichen*
- *Hausflur*

An konkreten „Adressen“ wurde genannt:

- Magdeburg: *Magdeburg-Nord, Olvenstedt*
- Quedlinburg: *Bahnhof Quedlinburg*

- Halle: *An der Magistrale 61-65, Silberhöhe, Marktplatz, Halle-Neustadt, Halle-Weststadt, Halle-Südstadt, Park am Gelitzer Damm, Übergang zum Saalezentrum, Riekeplatz; Brandbergweg*
- Merseburg: *Merseburg-West, Burgstr.-Domplatz*
- Dessau: *Stadtpark*
- Naumburg: *auf dem Flur der Ausländerbehörde*

Auffallend ist die häufige Nennung von „Bahnhof“ als unsicheren Ort. Da die befragte Gruppe in der Regel auf die Benutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs angewiesen ist, sollte der Auseinandersetzung mit diesem neuralgischem Punkt eine besondere Bedeutung zuzukommen. Als Schwerpunkte der „Bahnhofsproblematik“ ist der Großraum Halle zu nennen sowie Quedlinburg und Stendal. Im Einzelnen wohnten diejenigen, die „Bahnhof“ als Angstort angaben, in folgenden Ort (in Klammer Anzahl der Nennungen):

- Halle (5), Naumburg (2), Merseburg (2), Zeitz (2), Profen (2)
- Quedlinburg (4)
- Stendal (4), Burg (1)
- Dessau (1), Bitterfeld (1)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich konkret Räume und Situationen festmachen lassen, die mit hoher Angst belegt sind. Zum einen sind dieses Räume, die v.a. ihre Bedrohung durch Abwesenheit von Menschen erlangen (Parkhäuser, dunkle Bahnüberführung u.a.). Daneben aber – und dieses dürfte die besondere Situation dieser Opfergruppe ausmachen – werden auch Situation als gefährlich beachtet, in denen viele Menschen anwesend sind („Rummel“, „viele Menschen“ u.ä.).

2. Fragenkomplex: Vor welchen Straftaten haben Sie Angst?

Während in der Öffentlichkeit v.a. die Gewalttaten gegen Ausländerinnen und Ausländer das zentrale Thema sind und die Entwicklung von Präventionsstrategien i.d.R. die „Gewalt“ in den Blick nimmt, ist die Selbstwahrnehmung der Betroffenen eine andere: nicht die Angst vor Körperverletzung, Totschlag oder Raub steht an erster Stelle, sondern die Angst vor Beleidigungen.

Hier spiegelt sich sicher ein Aspekt der Lebenswelt der Migranten wider, der bisher in der Entwicklung präventiver Konzepte eine zu geringe Rolle spielt. Schlagzeilen machen die Gewalttaten – aber der Lebensalltag ist vor allem von Beleidigung und Diskriminierung ausgeprägt. Die Gewalttat und die Diskriminierung sind Kehrseite der gleichen Medaille: beides zielt auf Ausgrenzung und Erniedrigung. Dabei spielt offenbar für das Sicherheitsgefühl eine besondere Rolle, dass hier die „Täter" nicht eine kleine, klar erkennbare Randgruppe sind, sondern es sich hier um „normale Bürger", bzw. Institutionen handelt. Diese alltäglichen Erfahrungen sind – so ist zu vermuten – für Migrantinnen und Migranten immer wieder Beleg dafür, dass sie „nicht dazugehören". Eine solche (empfundene) Ausgrenzung ist, - das zeigen andere Untersuchungen – maßgleich verantwortlich für das Entstehen von Angsträumen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die damit verbundenen Ängste, im Falle eines Falles keine Unterstützung von „Deutschen" zu bekommen, nicht aus der Luft gegriffen sind. Es ist ja in der Tat so, dass viele fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe „glimpflicher" verlaufen wären, wenn Passanten usw. eingegriffen hätten.

Des Weiteren gibt dieses Gefühl von Bedrohung durch Diskriminierung auch den tatsächlichen Ablauf vieler fremdenfeindlicher Gewalttaten wieder, die mit Schmähungen, Beleidigungen und fremdenfeindlichen Parolen ihren Anfang nahmen. Pointiert gesagt: Migrantinnen und Migranten bewegen sich im öffentlichen Raum häufig wie in einem Minenfeld, unter ständigen Druck, abschätzen zu müssen, ob aus der kleinen Diskriminierung eine körperliche Bedrohungssituation entsteht.

Für eine Präventionsstrategie, die den Anspruch hat, am Unsicherheitsempfinden der Opfergruppe anzusetzen, heißt dieses vor allem: Um das Sicherheitsempfinden der Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern, müssen bereits im niedrigschwelligen Bereich – im Bereich der Beleidigung und Diskriminierung – Gegenstrategien entwickelt und kommuniziert werden. Dieses ist natürlich eine sehr schwierige Angelegenheit. Zum einen spielen hier oft Ereignisse unterhalb der „Straftatsgrenze" eine Rolle; zum anderen ist die Tätergruppe hier nicht auf (gewalttätige) Jugendliche beschränkt, sondern reicht weit in die „normale" Gesellschaft hinein.

Unterhalb dieser allgemeinen Erkenntnis zeigen die Daten einige weitere Zusammenhänge: Während in den anderen Fragekomplexen die Altersgruppe keinen Einfluss auf das Antwort-

verhalten gibt, ist bei der Frage nach der Art der Straftaten, vor der man Angst hat, ein Einfluss der Altersgruppe signifikant nachweisbar: Je jünger die Befragten, desto mehr Angst vor Straftaten haben sie. Hier ist auch die Angst vor Körperverletzung deutlicher ausgeprägt. Im mittleren Alter sinkt dann das „Angstpotential" deutlich, um dann wieder leicht anzusteigen. Ob sich hier eine tatsächliche Unterscheidung in der Lebenssituation widerspiegelt oder eher eine unterschiedliche Wahrnehmung, kann durch die Umfrage nicht geklärt werden. Eine Vermutung wäre, dass die mittlere Generation bereits ein stärkeres Vermeidungsverhalten ausgebildet hat, Ort und Situation meidet, an denen solche Tatbestände erwartet werden und sich außerdem bereits mit gewissen negativen Lebensumständen abgefunden hat. Bei der Beurteilung des Einflusses des Wohngebietes auf diesen Fragenkomplex fällt vor dem Hintergrund des 1. Komplexes vor allem ins Auge, dass in der Region Halle ein gegenüber dem obigen abweichender Trend auftritt: Hier ist die Angst vor Gewalttaten gleichgewichtig mit der Angst vor Beleidigungen. Eine nähere Untersuchung der Sicherheitssituation könnte hier vielleicht interessante Ansätze bringen. Signifikant auch die Zusammenhänge zwischen der Angst vor Straftaten und Herkunftsgebiet: Befragte aus den Gebieten „Afrika" und „Asien" fühlen sich über alle Straftatenbereiche hinweg bedrohter.

3. Fragenkomplex: An wen wenden Sie sich mit Ihrer Angst?

Die Auswertung der ersten beiden Fragenkomplexe ergab, dass die Unsicherheitsgefühle von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Raum erheblich sind. Dabei spielt das Gefühl, von „den Deutschen" allein gelassen zu werden, eine große Rolle. Um so dringlicher stellt sich die Frage, ob zumindest gegenüber den staatlichen Institutionen, die für die Sicherheitssituation zuständig sind, ein Vertrauensverhältnis besteht. Die Verteilung der Antworten auf die Frage „An wen wenden Sie sich mit ihrer Angst?" lässt nur eine Interpretation zu: Staatliche Stellen wie Ausländerbehörde und Polizei genießen ein sehr geringes Vertrauen.

3.1 Einschätzung der Arbeit der Polizei

Vor allem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürger spielt in einem kriminalpräventiven Ansatz eine herausragende Rolle. Des Weiteren ist Vertrauen in die Schutzfunktion der Polizei nötig, um die Migrantinnen und Migranten, die Opfer einer Straftat werden, zu einer Anzeige, bzw. zu Zeugenaussagen zu veranlassen. Mit den Fragen nach der Qualität der Polizeiarbeit sowie offene Fragen zur Polizei wurde darum dieser Fragenkomplex besonders vertieft.

Die Ergebnisse sind vielschichtig. Dabei wird die fachliche Arbeit der Polizei durchaus positiv gewertet. Selbst die Gruppe der 23-32 Jährigen, deren Distanz zur Polizei am ausgeprägtesten ist, schätzt die Polizei als sehr „kompetent“ ein. Eine Erklärung für den geringen Vertrauensindex könnte sein, dass die Polizei hinsichtlich der „weichen Faktoren“ wie „Freundlichkeit“ u.a. deutlich negativer eingeschätzt wird, insbesondere bei Afrikanern.

Diese Vielschichtigkeit spiegelt sich auch in den Antworten auf Frage 6 wider, in der „Sonstige Anmerkungen zum Verhalten der Polizei“ erbeten wurden. Hier gehen Forderungen nach mehr Präsenz der Polizei einher mit Kritiken am Verhalten der Polizei/der Polizisten gegenüber Ausländern, das als unfreundlich und diskriminierend empfunden wird. (Die Bemerkungen sind im Original wiedergegeben):

Kritisiert wird:

- *Mangel an interkulturellen Kompetenzen*
- *Völkerverständigung ist gering*
- *Voreingenommenheit*
- *Polizisten in den NBL sind fast alle Rassisten, behandeln Afrikaner wie „minderwertige Menschen“*
- *teilweise Überreaktion bei Drogendelikten*
- *in Stendal wenig Kontakt zur Polizei, nur wenn es zur Gefahr für Menschenleben ist*

Die letzte Aussage zeigt, dass die Kritiken durchaus einhergehen mit der Forderung nach mehr polizeilicher Präsenz. Im Einzelnen wird vorgeschlagen:

- *Polizei sollte sich mehr einmischen und nicht nur beobachten*
- *mehr Patrouille im Auto*
- *Sicherheitsdienst vor Ort*

Insgesamt zeigt der geringe Vertrauensindex auf jeden Fall, dass die Bemühungen der letzten Jahre, durch vertrauensbildende Maßnahmen die Kooperation zu verbessern (Begegnungsfeste, Einrichtung von Ausländerbeauftragten der Polizei u.a.) fortgesetzt werden müssen. Als Kooperationspartner böten sich hier die sozialen Beratungsstellen an, die einen sehr hohen Vertrauensbonus haben und eine Mittlerrolle zwischen den staatlichen Institutionen und den Migrantinnen und Migranten einnehmen können.

Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitssituation

Wenn auf der einen Seite die Bedrohung der eigenen Sicherheit den Alltag prägte und auf der anderen Seite die Skepsis gegenüber der staatlichen Institution, die dafür zuständig ist, unüberhörbar ist, stellt sich die Frage, welche Institutionen und welche Instrumente die Ausländer selbst sehen, um ihre Sicherheitssituation zu verbessern. Hierhin zielen die Fragen 7 (*„Wer wäre außer der Polizei für die Verbesserung Ihrer Sicherheit verantwortlich“)* sowie 8 *(„Was wären Ihre konkreten Forderungen an die unter Nr. 7 angegebenen Einrichtungen/Institutionen“)* und 10 *(„Haben Sie sonstige Anregungen/Vorschläge zur Stärkung Ihres Sicherheitsgefühls?“)*

Die Antworten zeigen, dass die Migrantinnen und Migranten die Verbesserung ihrer Sicherheitslage als umfassenden Prozess sehen, der sich nicht auf die Stärkung polizeilicher Strukturen beschränkt. Die Erwartungen der Befragten richten sich hier vor allem (Originalantworten kursiv):

- an Behörden und Politik:
  - *Politik mit viel mehr Sensibilität beim Umgang mit dem Thema Migration*
  - *Politiker*
  - *alle Behörden im Land Sozial-Jugendamt*
  - *deutsche Gesetze*
  - *Stadtrat*
- an andere Institutionen des öffentlichen Lebens
  - *Ärzte wegen Beratung*
  - *Krankenkasse, Anwälte, Gerichte, Sozialeinrichtungen,*
  - *Wohnungsgesellschaft*
  - *Organisation für Sicherung der Menschenrechte*

- an „die Bürger“
  - *allgemein liegt es in der Verantwortung jedes Bürgers, auf Situationen, in denen ein anderer Bürger bedroht wird, zu reagieren; alle deutschen Menschen; meine Mitmenschen*
  - *alle Deutschen, sie haben keinen Respekt vor Menschen mit schwarzer Hauptfarbe*
  - *Bürgerinitiativen sind gefragt*

In einigen Fällen werden Überlegungen angestellt, durch eigene Maßnahmen den Schutz zu verbessern: „*Als alleinstehende Frau und werdende Mutter brauche ich einen Mann, um mich sicher zu fühlen“* heißt es in einem Fragebogen, und „*Ich selbst muss meine Familie beschützen“* meint jemand anderes.

Die unter Frage 8 und Frage 10 gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitssituation zeigen eine ähnliche Bandbreite. Die in dieser Untersuchung aufgestellte Grundthese, dass die Verbesserung der Sicherheitssituation von Migrantinnen und Migranten ein umfassender Prozess ist, der neben kriminalpräventiven Maßnahmen im engeren Sinne auch das gesellschaftliche Klima gegenüber Ausländerinnen und Ausländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Integration gleichermaßen in den Blick nehmen muss, wird auch durch die Aussagen der Betroffenen bestätigt. Die in den Fragebögen unterbreiteten Vorschläge lassen sich zu folgenden inhaltlichen Gruppen zusammenfassen (die Originalzitate wieder kursiv):

1. Effektivierung der Überwachung von Brennpunkten
   - *Sicherheitsfirmen immer in öffentlichen Räumen*
   - *Beobachtung überall*
   - *Marktplatz wird überwacht, Südstadt (Sozialamt) wird überwacht. Ich es nicht zu viel?*
   - *Sorgen für Ordnung in Ausländerheimen*
   - *mehr Sprechtage (für die Ausländerbehörde) zu Heimbewohner*

2. Verbesserung der Kompetenz der Behörden:
   - *Erwerb und Erweiterung der interkulturellen Kompetenz*
   - *psychologische Schulungsmaßnahmen unter dem Motto „Wie gehe ich mit Ausländern (Kultur) um in den Behörden“?*
   - *Schulungen für die Polizei, im besseren Umgang mit ausl. Mitbürgern*

3. Verbesserung der Informationslage der deutschen Bevölkerung durch Öffentlichkeits- und Begegnungsarbeit:
   - *stärkere, gezielte Diskussionen und Öffentlichkeitsarbeit über dieses Thema*
   - *Bekannt machen mit der Tradition, je mehr man weiß, desto größer wird das Verständnis*

- *weil ich ein anderes Gesicht habe, eine andere Sprache und ich vielleicht lustig bin, schauen die Deutschen gleich so komisch. Manchmal möchte ich allen meine Geschichte erzählen und ihnen sagen, dass sie froh sein können, hier zu leben*
- *Projekte „Tage für Toleranz in Schule und Arbeitsplatz*"
- *Das Thema soll immer in der Öffentlichkeit diskutiert werden, die Verantwortlichen in der Kommune und Land sollen in die Pflicht werden*
- *mehr Austausch zwischen Deutschen und Ausländern*
- *Zivilcourage fördern*
- *die Chance den Leuten zu erzählen, was ich erlebt habe und was meiner Familie angetan wurde*

4. Besondere Akzentsetzung in der Kinder- und Jugendpädagogik:
   - *mehr Freizeitmöglichkeiten f. Jugendliche auf der Straße*
     für eine friedliche Umwelt – das Thema muss vom Kindergarten an als ein Ziel der Erziehung eingesetzt werden
   - *sollen Respekt lernen*
   - *Kinder sollen kein Blut sehen, Filme im Fernsehen (Krimi) sind kein Vorbild*
   - *Fernsehprogramme sollen nicht so frei gesendet werden*

5. Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten:
   - *bessere Integration für alle Ausländer*
   - *kostenlose Sprachkurse für alle Ausländer*
   - *Schaffung von Arbeitsplätzen f. Ausländer (mit Studienabschluss)*
   - *Integration in die Gesellschaft*
   - *mehr Integrationsmaßnahmen*

Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage, ob es neben den bekannten und in der Präventionsdiskussion breit dokumentierten gängigen Angsträumen spezifische Angsträume für Ausländerinnen und Ausländer gibt. Diese Frage kann mit einem eindeutigen „Ja" beantwortet werden. Migrantinnen und Migranten finden weite Bereiche des öffentlichen Raums und halböffentlichen Räumen (Disco usw.) bedrohlich – auch wenn er von Menschen überfüllt ist, ja häufig gerade dann. Auch der Katalog der Bedrohung ist umfassender. Neben Angst vor körperlicher Gewalt tritt die Angst vor Beleidigungen und Diskriminierung.

Verschärfend kommt hinzu, dass eine Vertrauensbasis zu den deutschen Sicherheitsinstitutionen nur eingeschränkt vorhanden ist. Man fühlt sich häufig von „den Deutschen“ alleingelassen. Als Gegenstrategie zur Verbesserung der Sicherheitssituation werden darum neben polizeilichen Maßnahmen zur Entschärfung bestimmter Unsicherheitsorte vor allem Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen gefordert.

Schlussfolgerungen für die kommunale Präventionsarbeit im Bereich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Die „sichere und lebenswerte Stadt“ ist das Leitbild kommunaler Präventionsräte.
Gerade für die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist der Weg bis dahin noch weit. Angsträume, No-Go-Areas, stetige Alarmbereitschaft und das Meiden vieler Orte und Situationen – ihr Alltag und ihre Bewegungsfreiheit ist erheblicher eingeschränkt. Bei der Einschätzung der Gefährdungspotentiale spielen neben dem Wissen um Gewalttaten gegen „Ausländer“ die Erfahrung von Alltagsdiskriminierung und sozialer Desintegration eine besondere Rolle.

Rückgewinnung dieser Orte und „Entschärfung“ sind von erheblicher Bedeutung für die Lebensqualität der Ausländerinnen und Ausländer. Erst wenn auch sie sich mit der gleichen Selbstverständlichkeit durch die Stadt bewegen können wie die einheimischen, ist der Anspruch kommunaler Präventionsräte – die „sichere und lebenswerte Stadt“ – auch für sie durchgesetzt. Und nicht zuletzt wäre dem Rechtsextremismus ein Teil seines Bodens entzogen. Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppe ist dessen erklärtes Ziel. Nicht nur durch die Entmachtung von Tätern und Strukturen kann der Rechtsextremismus zurückgedrängt werden, sondern vor allem auch dadurch, dass die Ausgrenzungsstrategien gegenüber Opfergruppen durchkreuzt werden.

Die Verbesserung der Lebens- und Sicherheitssituation von Migrantinnen und Migranten wird damit zu einem herausragenden Thema kommunaler Präventionsarbeit. Aus den Ergebnissen der Umfrage lassen sich einige Anforderungen an eine kommunale Präventionsstrategie, die die Opfer in den Blick nimmt, festmachen:

1. Diese landesweite Untersuchung musste notgedrungen allgemein bleiben.
   Trotzdem bracht sie neben den allgemeinen Trends für einige Regionen Erkenntnisse, die Anlass für vertiefende und ergänzende Recherchen sein sollten. Dabei lassen sich Orte und Situationen ausmachen, die überregional zu thematisieren sind (etwa wären

hier zu nennen der Themenbereich „häusliche Gewalt“ sowie der Angstraum „Bahnhöfe“), während anderes regional/kommunal weiterverfolgt werden sollte.

2. Bei der Entwicklung kommunaler Strategien zur Verbesserung der Sicherheitssituation und des Sicherheitsempfindens ist wesentlich, die Stadt „mit den Augen“ der Migrantinnen und Migranten zu sehen. Die Betroffenen sollen ihre Kenntnisse über Brennpunkte und Lösungsmöglichkeiten einbringen können. Die Voraussetzungen für eine solche enge Zusammenarbeit mit Ausländerinnen und Ausländern, bzw. den Beratungsstellen, sind längst nicht in allen Präventionsräten gegeben.
3. Die Untersuchung hat gezeigt, dass nicht nur die körperliche Gewalt (-bedrohung), sondern auch Orte und Situationen der Diskriminierung mit thematisiert werden müssen, wenn die Präventionsarbeit die Lebenswirklichkeit der Ausländerinnen und Ausländer erreichen will. Auch dieses Thema spielt in der Arbeit der Präventionsräte bisher kaum eine Rolle.
4. Die Präventionsarbeit im engeren Sinne muss eingebettet werden in eine breitere gesellschaftspolitische und interkulturelle Arbeit, die das „Klima“ in der Stadt/der Region positiv beeinflusst. Auch einer verbesserten sozialen und nachbarschaftlichen Integration der Migrantinnen und Migranten kommt eine wichtige Rolle zu.

   Die Aufarbeitung der Angsträume besonderer Opfergruppen kann ein erfolgsversprechender Weg einer opferorientierten Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus sein, der sich nicht nur auf die hier betrachtete Gruppe beschränken muss. Eine ähnliche Untersuchung etwa zu den Angsträumen und No-Go-Areas für nichtrechte Jugendliche wäre eine wichtige Ergänzung und würde neue Ansatzpunkte für eine jugendorientierte Präventionsarbeit bringen können.

Angsträume und Auseinandersetzung mit jugendlicher Gewalt

Herr Ronald Zinke
Verein "Initiative sichere Stadt Egeln" e.V.

Es gilt das gesprochene Wort!

Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und gewaltsame Auseinandersetzungen, insbesondere bei Jugendlichen, sind bekanntermaßen Alltagserscheinungen.
In Egeln sind solche Gewaltdelikte zwar vergleichsweise selten, werden aber durch verschiedene Medien ständig präsentiert. Untersuchungen kriminologischer Institutionen zeigten dabei, dass Gewalterscheinungen stark verknüpft mit Herkunft und menschlicher Entwicklung sind und von nur einem kleinen Teil der Bevölkerung verübt werden. Ebenso auffallend ist der prozentual starke Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Gruppe. Für Auseinandersetzungen mit Gewaltverbrechen sind dies jedoch nur einige Randinformationen, anhand derer Konzepte zur Prävention erstellt werden können.
Die Möglichkeit, Präventionsarbeiten zu besichtigen, gab es auf dem 2. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt in Halle am 24.10.02. Neben Vorträgen mit anschließenden Diskussionen gab es Informationsforen für spezielle Anti-Gewalt Untersuchungen.
In diesem Zusammenhang ist besonders das Hauptreferat von Prof. Dr. Rudolf Egg, kriminologische Zentralstelle Wiesbaden, zum Thema: „Dimensionen und Hintergründe der Jugendgewalt“ zu erwähnen.
In diesem wurden bestimmte Straftaten in ihren Erscheinungen, die Opfergruppen und die Täter quantitativ erfasst. Es wurde deutlich, dass Gewaltprävention dauerhaft notwendig ist. Zum einen, weil sich Prävention nicht durch ein unmittelbares Folgeereignis, sondern nur durch das Ausbleiben einer hypothetischen Gewalttat zeigt und zum anderen, weil Gewalt, Individualentwicklung und Erziehung miteinander zusammenhängen. Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ konnte man sich über zahlreiche bestehende Projekte informieren. An einen kleinen Stand wurde auch das Grundkonzept unseres Vereins vorgestellt. Bedauerlicherweise gab es viele interessante Projekte von Polizei oder von Initiativen wie Egeln, aber nur wenig Interessenten aus Halle und Umgebung.
Ziel dieser Veranstaltung ist die Förderung und Entwicklung von lokalen Präventionsarbeiten, ebenso wurden Preise für erfolgreiche Projekte vergeben. Der Verein „Initiative Sichere Stadt

Egeln“ beteiligte sich durch ein Referat zum Thema „Angsträume aus Sicht der Kommune“. Gegenstand dieses speziellen Informationsforums, unter der Leitung von Günter Piening (Ausländerbeauftragter der Landesregierung Sachsen-Anhalt) war es, einen opferorientierten Ansatz für Präventionsarbeiten darzustellen, der als Grundkonzept das Modell „Angstraum“ benutzt.

Angsträume sind in diesem Zusammenhang Orte, an denen Menschen in irgendeiner Form Angst vor Verbrechen haben. Dunkelzonen, Fehlen von Menschen in der Nähe, Aufenthaltsorte bestimmter Bevölkerungsgruppen (Skins, Punks, Drogenabhängige) sowie auch das Fehlen von Sicherheitsanlagen sind einige typische Definitionsmerkmale von Angsträumen.

Insbesondere weil subjektive Faktoren, wie eigene Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen, Erzählungen von Freunden und Bekannten oder Medienberichte ebenfalls zum Verlust des Sicherheitsempfindens beitragen können, ist dieses Modell schwer zu greifen.

Diskutiert wurde über Ursachen und Entstehung solcher Räume und deren Rückgewinnung. Ein wichtiges Teilgebiet ist auch die Untersuchung des Sicherheitsempfindens von Ausländern in Sachsen-Anhalt.

Wichtig für uns war die Knüpfung neuer Bekanntschaften für Gesprächsrunden zu diesem Thema. Aus Diskussionen und Vorträgen folgten nützliche Anregungen und Ideen für zukünftige Projekte.

Weitere Informationen hierzu von: RonaldQZinke@web.de

Editorial

Die beim 2. Landespräventionstag behandelten Schwerpunkte "Junge Straftäter und Bedingungen der Prävention", "Häusliche Gewalt" und "Angsträume" haben das Erfordernis einer vor Ort stattfindenden Kooperation der verantwortlichen Akteure deutlich herausgestellt. Die dazu gehaltenen Referate und geführten Diskussionen fanden großes Interesse. Dieser Tagungsband enthält eine Mehrzahl der gehaltenen Referate - kann allerdings nicht den Anspruch erfüllen, den Verlauf des Präventionstages lückenlos zu dokumentieren.

Die Veranstaltung diente auch dem Ziel, praktische Möglichkeiten der Kriminalprävention aufzuzeigen und einen Einblick in die vielschichtige Präventionslandschaft des Landes zu ermöglichen. Auf dem Markt der Möglichkeiten haben sich zu diesem Zweck 39 Präventionsprojekte unterschiedlichster Art präsentiert. Angesichts des zeitlich eng gestaffelten Veranstaltungsverlaufs hatten die Teilnehmer des Präventionstages allerdings kaum die Gelegenheit, dieses Angebot umfassend wahrzunehmen. Im vorliegenden Tagungsband befinden sich daher "Visitenkarten" zu den einzelnen Projekten, die einen direkten Kontakt zu den jeweiligen Ansprechpartnern ermöglichen. Es dürfte im Sinne aller Teilnehmer des Präventionstages sein, wenn hiervon reichlich Gebrauch gemacht würde.

Sofern Sie Fragen im Zusammenhang mit der Veranstaltung haben, so wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates. Ansprechpartner und Erreichbarkeiten sind unten aufgeführt. Dort können Sie auch weitere Exemplare des Tagungsbandes beziehen.

Impressum

Herausgeber: Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle
Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 1-2 / am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg
Tel.: (0391) 567 - 5210 oder 5257 und 5228
Fax.: (0391) 567 - 5280

Redaktion / Layout: Ute Dikta-Kölling

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Herausgebers.

Eröffnungsrede des Staatssekretärs
im Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
und Vorsitzenden des Landespräventionsrates,
Herrn Paul Uwe Söker,
aus Anlass des zweiten Landespräventionstages
am 24. Oktober 2002 in der Georg-Friedrich-Händel-Halle,
in Halle

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

ich heiße Sie als Vorsitzender des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt anlässlich des zweiten Landespräventionstages hier in der Halleschen Händel-Halle sehr herzlich willkommen.
Ich freue mich, dass Sie der Einladung zu dieser heutigen Veranstaltung in so großer Zahl gefolgt sind. Der Landespräventionsrat nimmt es mit Genugtuung wahr, dass so viele prominente Gäste unter Ihnen sind.
Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich auf eine individuelle Begrüßung einzelner Gäste von hier aus verzichte.
Hervorheben möchte ich aber, dass mehr als eine Hand voll Abgeordneter des Landtages von Sachsen-Anhalt hier anwesend ist. Sie heiße ich besonders willkommen.
Bedanken möchte ich mich bei Ihnen Frau Szabados dafür, dass Sie stellvertretend für die Oberbürgermeisterin dem Landespräventionstag heute hier in Ihrer schönen Stadt Halle Sitz und Stimme bieten.

Meine Damen und Herren,

Die Entstehung von Kriminalität steht in Beziehung zum Lebensraum der Menschen. Insofern sind ursachenorientierte Konzepte zur Kriminalitätsverhütung – zumindest was die ganz

überwiegende Anzahl der Straftaten angeht – auf der örtlichen Ebene zu entwickeln. Das Motto der heutigen Veranstaltung „Prävention für eine sichere und lebenswerte Stadt“ - ist Ausdruck dieser Notwendigkeit. Polizei und Justiz können bei der Beseitigung der Ursachen von Kriminalität nur im beschränkten Maße wirken, da sie auf Bereiche wie Familie, Erziehung, Wohnsituation und Freizeitgestaltung kaum Einfluss haben.

Hier wird es besonders deutlich, dass eine Vielzahl von Akteuren in den Kommunen unseres Landes Einflussmöglichkeiten haben und somit zumindest in Teilen Verantwortung für die Sicherheit und den Lebenswert einer Gemeinde oder einer Stadt tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unter dem Motto „Prävention für eine sichere und lebenswerte Stadt“ ließe sich eine Vielzahl von wichtigen Themen fassen, deren Behandlung das Zeitbudget des heutigen Tages bei weitem überschreiten würde. Umso mehr freut es mich, dass die Beschränkung auf einzelne Schwerpunkte, gemessen an der Zahl der bereits im Vorfeld abgegebenen Teilnahmewünsche, offensichtlich auf breites Interesse gestoßen ist. Diese ausgewählten Problemkreise Jugenddelinquenz, häusliche Gewalt und Angsträume sind meines Erachtens besonders dazu geeignet, die geteilte Verantwortung bei der Begegnung dieser Phänomene aufzuzeigen. Geteilte Verantwortung heißt im Umkehrschluss, dass es in besonderer Weise auf Kooperation zwischen den Verantwortungsträgern ankommt. Zwar gibt es im Land zahlreiche gute Beispiele dafür, doch dürften gerade hier noch große Reserven liegen.

Wenn wir erreichen wollen, dass wir alle sicherer und angstfreier leben können, müssen wir, d. h. der Staat, die Gesellschaft und jeder einzelne von uns, bereit sein, Aktivitäten zur Eindämmung und Bekämpfung der Kriminalität zu wecken und zu fördern. Kriminalität muss also als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen gesehen und auch von allen Akteuren als ein solches begriffen werden. Die Ursachen liegen häufig im alltäglichen Umgang miteinander, eingebettet in Vorurteilen, Intoleranz, mangelnden Konfliktlösungsmöglichkeiten, Erziehungsdefiziten und fehlender Bildung.

Zu einzelnen von mir bereits benannten inhaltlichen Schwerpunkten soll daher in der heutigen Veranstaltung eingehend diskutiert werden. Dazu noch einige Anmerkungen:

Jugenddelinquenz ist ein vielbeachtetes Phänomen. Das gerade hier Prävention gefordert ist, liegt auf der Hand. Zwar erlauben Statistiken grundsätzlich keine absoluten Aussagen, doch sollte es bedenklich stimmen, dass mehr als ein Drittel der in Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 ermittelten Tatverdächtigen jünger als 21 Jahre war.

Häusliche Gewalt, Gewalt im sozialen Nahraum, in der Familie, bedeutet in erster Linie Gewalt gegen Frauen und Kinder. Obwohl familiäre Gewalt zunehmend in der öffentlichen Diskussion steht, wird ihr tatsächliches Ausmaß auch heute noch vielfach unterschätzt. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass es sich um die am meisten verbreitete Gewaltform handelt.

Gewalt in der Familie prägt den jungen Menschen in seiner Entwicklung. Wer als Kind oder Jugendlicher Gewalt erleiden muss oder Zeuge von derartigen Handlungen ist, neigt dazu, später selbst Gewalt auszuüben. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Dazu wird u.a. das in Halle angesiedelte Interventionsprojekt aus seinen Erfahrungen berichten.

Meine Damen und Herren,

das Thema Angsträume wird im dritten Forum behandelt. Fragen tatsächlicher Kriminalitätsgefahren und persönlich empfundener Bedrohung – Stichwort Sicherheitsgefühl - stehen dabei im Vordergrund.

Einem dieser Themen werden Sie sich heute im Schwerpunkt widmen. Jedes ist sehr interessant und die Teilnahme lohnenswert. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich aktiv am Erfahrungsaustausch beteiligten.

Ankündigen möchte ich bereits an dieser Stelle, sozusagen als zusätzliche Bereicherung des Eröffnungsteils, die Verleihung des Landespräventionspreises 2002 der Polizei Sachsen-Anhalts unter dem Motto ”Sicherheit aktiv gestalten – Straftaten gegen Sachen im öffentlichen Raum entgegenwirken” durch den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Jeziorsky. Die Zielrichtung dieses Preises fügt sich thematisch nahtlos in die heutige Veranstaltung ein.

Meine Damen und Herren,

bei einem Besuch des Marktes der Möglichkeiten haben Sie Gelegenheit, sich über bestehende Projekte zu informieren und Anregungen für Ihre Arbeit zu sammeln. Ich möchte betonen, dass die hier vertretenen Projekte nur eine kleine Auswahl darstellen. Das Angebot im Land ist weitaus vielfältiger und zahlreicher.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen an diesen Projekten Beteiligten für ihre beispielgebende Arbeit zu danken und hoffe, dass die Gespräche an den einzelnen Ständen den Besuchern neue Einsichten vermitteln und Anregungen geben für eigene Präventionsaktivitäten.

Ich möchte an dieser Stelle auf keinen Fall versäumen, mich auch bei allen an der Vorbereitung und Ausgestaltung dieses Tages beteiligten Personen und Institutionen, den vielen Helfern hinter den Kulissen, zu bedanken.

Frau Wuschig, Sie sind eine fachkundige und beliebte Moderatorin des MDR. Bei Ihnen bedanke ich mich dafür, dass sie die gesamte Moderation des heutigen Landespräventionstages ehrenamtlich und ohne Honorar übernommen haben.
Ihnen meine Damen und Herren vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Landespräventionstag ist damit eröffnet.

Grußwort

der Beigeordneten für Jugend und Soziales
der Stadt Halle,
Frau Dagmar Szabados

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
meine sehr verehrten Damen und Herren Landtagsabgeordnete,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Recht herzlich möchte ich alle Kooperationspartner, die sich für sichere und somit lebenswerte Städte einsetzen, in der Kultur- und Universitätsstadt Halle an der Saale begrüßen.

Vor 2 Jahren stand der 1. Landespräventionstag in Magdeburg unter dem Thema
”Prävention als kommunales Handlungsfeld”.
Seither hat es vielfältige Aktivitäten in den Städten und Gemeinden gegeben.

Es war wichtig, die breite Öffentlichkeit zu erreichen, d.h. sowohl Einzelpersonen wie unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Gruppierungen anzusprechen.

Was heißt sichere und lebenswerte Stadt? Wir in Halle beantworten diese Frage so, dass alle Menschen, Männer, Frauen, Kinder, Alte und Junge, Einheimische und Zugezogene und Halloren Hallenser und unsere Gäste sich in der Stadt wohlfühlen.

Wohlfühlen heißt auch, sich sicher fühlen. Dieses Sicherheitsgefühl macht sich nicht nur an einer Polizeipräsenz und ausreichender Straßenbeleuchtung (ohne dessen Wichtigkeit zu unterschätzen) fest und kann auch nicht durch bloßes Wegsperren von Gewalttätern erreicht werden. In Halle setzen wir auf Prävention, ihr wird höchste Priorität beigemessen, und wir

wissen alle, Prävention beginnt und wirkt in den Köpfen der Menschen. Wir müssen mehr Sensibilität für Täterprofile bzw. für die Ursachen von Gewalt erreichen. Und wir müssen der sozialen Kontrolle, die an den Wertekonsens in unserer Gesellschaft gebunden ist, mehr Beachtung beimessen.
Kommunaler Handlungsrahmen wird getragen von ganzheitlichen, ressortübergreifenden Präventionsstrategien, d.h. wir in Halle setzen auf einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz bei der Kriminalitäts- und Gewaltbekämpfung und tun viel dafür, dass ”diese Idee die Massen ergreift”.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Kriminalitätsbekämpfung ist die Einbeziehung der Bevölkerung, d.h. Anregungen die aus der Bevölkerung kommen, ernst zu nehmen (”dem Volk aufs Maul zu schauen”) und in Diskussionen den Blickwinkel zu weiten. Um eine solche Partizipation zu erreichen, wirken spezielle Gremien mit, wie
der Ausländerbeirat
die Seniorenvertretung
das Kinderbüro
der Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität und
das Netzwerk gegen Drogen.
Durch diese Netzwerke setzen wir Partizipation in Diskussionen von ”Klein auf” um, schulen und entwickeln Unrechtsbewusstsein und ebnen das Feld für einen Grundwertekanon.

Unser Stadtrat hat ausgehend von Analysen und der jährlichen Berichte über die Situation der Ausländer Maßnahmen zur besseren Integration von Ausländern beschlossen. Auf der Grundlage dieses Integrationskonzeptes berät ein Akteurforum über konkrete Umsetzungsschritte z. B. wie Mitarbeiter von Behörden sensibilisiert werden hinsichtlich der speziellen Belange von Ausländern.

Ein weiteres Beispiel um einer sicheren und lebenswerten Stadt ein Stück näher zu kommen ist verankert im Handlungskonzept des “Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie”. Wie erreichen wir mehr interkulturelle Kompetenz, um in den Köpfen und Herzen der Menschen Bastionen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu schaffen? Interkulturelle Kompetenz braucht auf allen Seiten zuerst die gegenseitige Akzeptanz. Das Zusammenleben von Menschen kann nur funktionieren, wenn gemeinsame Werte gesucht und hervorgehoben werden, zugleich jedoch Unterschiede akzeptiert werden.

In einer Begegnungsstätte für Deutsche und Ausländer, in Jugendfreizeiteinrichtungen und in internationalen Workcamps versuchen wir genau das zu üben. Weiterhin sollen Orientierungskurse neuangekommenen Ausländern, z.B. jungen Wissenschaftlern und Studenten den Aufenthalt und das Leben in unserer Stadt leichter machen.

Dabei ist es wichtig, über ”Angstträume” für einzelne Menschen oder Gruppen zu diskutieren. Dies betrifft vor allen Dingen Ausländer, aber auch Frauen, Kinder, alte Menschen. Wir diskutieren Möglichkeiten, diese ”Angstträume” zu überwinden und setzen diese praktisch um, Frauennachttaxi und Seniorensicherheitsberater sind Beispiele dafür.

Ein weiteres wichtiges Thema, dessen wir uns angenommen haben aber auch weiterhin annehmen müssen, ist die häusliche Gewalt. Dieses Problem wird kaum öffentlich diskutiert, gesellschaftliche Ächtung von Gewalt auch und speziell von der Gewalt in den Familien zu erreichen, ist eine Aufgabe, die noch vor uns liegt. Der Hinweis auf Frauenschutzhäuser ist an dieser Stelle völlig ungeeignet. Frauenschutzhäuser sind wichtig, aber sie lösen das Problem nicht. In Halle haben wir über eine Förderung des Landes das Interventionsprojekt ”häusliche Gewalt” ins Leben rufen können und wir hoffen damit, Denk- und Handlungsanstöße für andere Städte in unserem Land geben zu können.

Martin Luther King hat gesagt ”Gewalt ist unmoralisch, weil sie Menschen erniedrigt. Sie will vernichten, nicht überzeugen. Gewalt vernichtet die Gemeinschaft. Sie lässt die Gesellschaft im Monolog zurück, nicht im Dialog.” Wir sind im Dialog, nicht nur dieser 2. Präventionstag beweist dies und dieser Dialog macht Hoffnung.

Hauptreferat

Professor Dr. Rudolf Egg

Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden

Thema: "Dimensionen und Hintergründe der Jugendgewalt"

Es gilt das gesprochene Wort

1. Einleitung

In diesem Vortrag möchte ich das Thema Jugendgewalt unter drei verschiedenen Blickwinkeln betrachten:

Zunächst werde ich einiges über die *Dimensionen der Gewalt* in unserer Gesellschaft, speziell der Jugendgewalt, berichten. Dabei werde ich auf Art, Umfang und Entwicklung gewaltsamer Handlungen eingehen, wobei ich neben Fragen der Kriminalstatistik, also des sogenannten Hellfeldes, auch Aspekte der kriminologischen Dunkelfeldforschung ansprechen werde. Außerdem soll es dabei nicht nur um die Täter, sondern auch um die Opfer der Gewalt gehen.

In einem zweiten Teil werde ich einiges zu den *Ursachen*, den Entstehungszusammenhängen der Gewalt sagen, während der dritte und abschließende Teil Fragen der *Verhinderung* und *Kontrolle* von Gewalttaten vorbehalten sein wird, wobei ich Ihnen „Zehn Schritte gegen die Gewalt“ vorstellen möchte.

2. Dimensionen der (Jugend-)Gewalt

Wenn wir heute Vormittag auf der Straße oder auch hier in diesem Saal eine Meinungsumfrage durchführen würden und dabei wissen möchten, ob nach dem Eindruck der Befragten die Gewalt in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren zugenommen hat, so würden wir mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr viele zustimmende Antworten erhalten.

Ich selbst teile diesen Eindruck und bin nicht hierher gekommen, um Sie vom Gegenteil zu überzeugen. Als Wissenschaftler darf mir aber ein bloßer Eindruck, eine unsystematisch gewonnene Meinung also, nicht genügen. Ich will es schon ein bisschen genauer wissen und frage daher, ob es gesicherte Erkenntnisse über die Entwicklung der Gewalt gibt. Dabei stoße ich auf ein zweifaches Problem:

Zum einen gibt es ja nicht **die** Gewalt als ein einheitliches, geschlossenes Phänomen, sondern viele einzelne Gewaltbereiche. Diesen Handlungen ist zwar gemeinsam, dass sie in schädigender Weise gegen Personen, Institutionen, Tiere oder Sachen gerichtet sind - sie unterscheiden sich ansonsten aber teilweise erheblich und reichen von vergleichsweise einfachen Sachbeschädigungen über Körperverletzung, Raub, sexuelle Gewalt bis hin zu Mord und Totschlag. Um nun genau zu sein, wäre es erforderlich, diese Einzelbereiche auch einzeln zu betrachten.

Zum anderen sind aber auch die verschiedenen Gewaltakte nicht unmittelbar zugänglich, nicht direkt messbar wie Temperatur und Luftfeuchtigkeit. Vielmehr gilt für die Gewalt wie für die Kriminalität insgesamt, dass wir allenfalls die Ergebnisse der sozialen Erfassung, der sozialen Konstruktion dieser Wirklichkeitsbereiche studieren können. Den für den Kriminologen wichtigsten Zugang liefert hier die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundeskriminalamtes.[1] Diese seit 1953 jährlich geführte Statistik basiert auf den Meldungen der Polizeien der Länder und erfasst Straftaten (bekannt gewordene und aufgeklärte Fälle), Tatverdächtige sowie (bei bestimmten Deliktsgruppen) Angaben zu den Verbrechensopfern (Alter, Geschlecht), zur Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung (z.B. verwandt, bekannt), zur Schadenshöhe und zu sonstigen Merkmalen.

Selbstverständlich werden dabei immer nur **bekannt gewordene** Fälle berücksichtigt. Nicht entdeckte und nicht angezeigte Straftaten gelangen nicht in die PKS. Hinter dem polizeilich aufgedeckten Hellfeld der Kriminalität liegt deshalb stets auch ein mehr oder minder großes Dunkelfeld, über das die amtliche Statistik nichts aussagen kann. Dies gilt übrigens auch für das schwerste aller Gewaltdelikte, den Mord, wenngleich hier nicht das Anzeigeverhalten der Opfer, sondern die (Nicht-)Entdeckung eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, etwa in Abgrenzung von einem Suizid oder Unfall, maßgeblich für das Dunkelfeld (geschätzt 1:1) ist.[2]

[1] Näheres zur PKS siehe im Internet unter: www.bka.de
[2] Vgl. dazu Rückert, S. (2000). Tote haben keine Lobby: die Dunkelziffer der vertuschten Morde. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Doch nun zu **Struktur** und **Umfang** der polizeilich registrierten Gewaltdelikte:

Von den über 6 Millionen polizeilich registrierten Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr betrafen 65%, also fast zwei Drittel, Eigentums- und Vermögensdelikte, während lediglich 3% (genau: 188.413) als Gewaltkriminalität klassifiziert wurden. Hier ist allerdings anzumerken, dass damit nicht alle Gewaltdelikte gemeint sind, sondern lediglich schwerere Formen wie Mord, Totschlag, sexuelle Gewalt, gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, räuberische Erpressung oder Geiselnahme. Würde man auch einfache Körperverletzung oder gar Sachbeschädigung (11,3% aller Straftaten) dazu zählen, wäre der relative Anteil deutlich größer.

Betrachten wir die Struktur der Gewaltkriminalität etwas näher, dann wird deutlich, dass es dabei vor allem um gefährliche und schwere Körperverletzung sowie um Raubdelikte geht. Diese beiden Gruppen umfassen über 94% der (schweren) Gewaltkriminalität. Demgegenüber sind sexuelle Gewaltdelikte (4,3%) und Tötungsdelikte (1,4%) deutlich seltener vertreten, ganz im Gegensatz zu dem

Stellenwert, den diese Straftaten in der allgemein-öffentlichen und kriminalpolitischen Diskussion ausmachen.

Im zeitlichen Verlauf seit 1950 ist die Gesamthäufigkeitszahl (HZ = die Zahl der Delikte pro 100.000 Einwohner) für alle Straftaten von 3.000 auf rd. 8.000 angestiegen. Der Hauptanteil ist dabei auf die gestiegenen Fallzahlen im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte zurückzuführen, aber auch bei den Gewaltdelikten gibt es eine - wenn auch nicht so dramatische -, aber doch klare Zunahme. Besonders deutlich trifft dies für die gefährliche und schwere Körperverletzung zu (HZ von 50 auf 146 – nur neue Länder: 127), aber auch bei den Raubdelikten ist der Zuwachs beträchtlich (HZ von unter 10 auf 85 im Jahre 1997, zuletzt 69, neue Länder: 65).

Bei den schwersten Gewaltdelikten, den Tötungsdelikten, ist der zeitliche Verlauf uneinheitlich. Einem deutlichen Anstieg in den 50er, 60er und 70er Jahren folgten wiederholt Rückgänge, so auch in den letzten Jahren. Allerdings waren die hohen Werte von 1993 bis 1998 wesentlich beeinflusst durch die von der Zentralen Ermittlungsgruppe Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) erfassten Fälle von Mord und Totschlag an der innerdeutschen Grenze und in Gefängnissen der DDR, deren Tatzeiten zwischen 1951 und 1989 lagen.

Auch bei der sexuellen Gewalt, speziell der Vergewaltigung, ist der Verlauf der Häufigkeitszahlen uneineinheitlich schwankend, seit Mitte der 80er Jahre eher rückläufig. Allerdings sind die Werte ab 1998 wegen gesetzlicher Veränderungen der §§ 177, 178 StGB (Einbezug der Vergewaltigung in der Ehe, andere, weitere Definition der Vergewaltigung) nicht mehr mit den Vorjahren vergleichbar.

Zusammenfassend könnte man daher Folgendes feststellen:

1. Im längerfristigen Verlauf weist die Mehrzahl der Gewalttaten in Deutschland eine grundsätzlich zunehmende Tendenz auf, wobei sich aber auch Schwankungen, Stagnationen und zeitweilige Rückgänge finden lassen.

2. Dieser allgemeine Trend ist vor allem bei sogenannten leichten und mittelschweren Gewalttaten feststellbar, weniger bei besonders schweren Delikten (sexuelle Gewalt und Tötungsdelikte).

Betrachten wir Alter und Geschlecht der Tatverdächtigen bei der Gewaltkriminalität, so stellen wir zweierlei fest:

- eine hohe Dominanz der Männer (in allen Altersgruppen)
- eine Konzentration auf die Jahrgänge der 14 bis 25-jährigen

Dieser Befund ist seit Jahren sehr stabil, auch international, und reflektiert eine Grunderkenntnis der Kriminologie, nämlich:

- die Tatsache, dass die Mehrzahl der polizeilich registrierten Gewaltdelikte von jungen und jungerwachsenen Männern begangen werden („Gewalt ist männlich“) und
- dass es sich dabei in den meisten Fällen um eine lebenszeitlich begrenzte kriminelle Aktivität handelt (Episodenhaftigkeit der Kriminalität).

Die PKS enthält auch Angaben zu den Opfern der Gewalt, jeweils aufgeschlüsselt nach dem Geschlecht. Für den Zeitraum von 1973 bis 1999 zeigt sich dabei zweierlei:

- eine (wie zu erwarten) deutliche Zunahme der Gewaltopfer (bei den Männern von 150 bis 350 Opfer pro 100.000 Einwohner) sowie
- eine nahezu konstante Geschlechterverteilung (rd. 70% : 30% – Männer vs. Frauen)

Anders gesagt: Auch bei den Opfern der Gewalt dominieren die Männer, wenn auch nicht so stark wie bei den Tätern, und – wie sich zeigen lässt – mit gewissen Schwankungen für einzelne Gewaltformen:

Bei der Körperverletzung sind die Opferzahlen der Männer deutlich größer als jene der Frauen (rd. 80% : 20%). Hintergrund dürfte hier u.a. sein, dass Männer eben häufiger in Schläge-

reien verwickelt sind, während Frauen vor allem in Beziehungskonflikten Opfer einer Körperverletzung werden. Dies ist bei Raubdelikten anders; der Anteil der weiblichen Opfer liegt hier durchwegs über 30%. Der Grund dafür ist unter anderem beim Handtaschenraub zu suchen (fast 95% weibliche Opfer), aber auch bei den hohen Anteilen von Frauen als Opfer von Raubüberfällen auf Geldinstitute und Geschäfte (60 bis 65% weibliche Opfer).

Bei den Tötungsdelikten ist der Anteil der weiblichen Opfer mit 35 – 40% sogar noch höher, was weniger auf die zahlenmäßig eher seltenen Morde im Zusammenhang mit Sexualdelikten zurückzuführen ist (2001: 25 Fälle von insgesamt 2.924 Opfern von Tötungsdelikten), wenngleich es sich hier in 85 bis 90% der Fälle um weibliche Opfer handelt. Bedeutsamer ist die hohe Zahl weiblicher Opfer bei sog. Beziehungsdelikten in der Folge von Trennungs- und Scheidungskonflikten.

Betrachtet man die Veränderungen der Tatverdächtigen- und der Opferzahlen seit 1984, so ergibt sich eine interessante Parallele der Entwicklung für die Jugendlichen und Heranwachsenden (14 bis 21 Jahre) einerseits und die Erwachsenen (über 21 Jahre) andererseits. Dies bedeutet, dass es sich nicht nur bei den Tätern, sondern *auch bei den Opfern der Gewalt* überwiegend um junge Menschen, vor allem um Männer handelt (Ausnahme: sexuelle Gewalt). Dieser Aspekt sollte bei der Diskussion des Themas Jugendgewalt nicht vernachlässigt werden.

Soweit die Einschätzung nach der amtlichen Kriminalstatistik. Bezüglich der **nicht** offiziell registrierten Gewaltdelikte, also des Dunkelfeldes der Gewalt, bleiben wir auf Schätzungen oder oft auch nur auf Vermutungen angewiesen. Dabei liegt es nahe anzunehmen, dass dieses Dunkelfeld bei den einzelnen Gewaltbereichen unterschiedlich groß ist. So dürften schwerste Misshandlungen oder gar Tötungen (obwohl auch hier, wie bereits erwähnt, ein Dunkelfeld von 1:1 angenommen wird) in höherem Maße polizeilich erfasst werden als vergleichsweise leichte Verletzungen, etwa bei Raufereien unter Jugendlichen, oder einfache Raubdelikte (z.B. Abziehen von Fanartikeln auf Fußballplätzen).

Höhere Dunkelfeldziffern sind nach einschlägigen Studien vor allem zu vermuten bei Gewaltdelikten innerhalb von Familien, aber auch im Bereich von Schule und Beruf, wobei hier ein gewisser Zugang durch anonyme Opferbefragungen zumindest grundsätzlich möglich ist oder möglich wäre. So gibt es seit langem Bestrebungen zur Einführung regelmäßiger Viktimisierungsbefragungen in Deutschland nach dem Muster der amerikanischen oder britischen Crime Victimization Surveys.

3. Ursachen der (Jugend-)Gewalt

Damit komme ich zu meinem zweiten Hauptteil, zu der Frage nach den **Ursachen der Gewalt**.

Hier gibt es allem Anschein nach mehr Antworten als Fragen. Die in der Literatur und der öffentlichen Diskussion angebotenen Erklärungsansätze reichen von (wieder modernen) biologisch Konzepten über psychologische Modelle unterschiedlicher Schulen und Richtungen (z.B. Tiefenpsychologie, Lernpsychologie, Sozialpsychologie) bis hin zu verschiedenen soziologischen Theorien.

Ein Grund für diese Vielfalt, deren Entwirrung ich hier gar nicht erst versuchen will, liegt darin, dass es - wie bereits mehrfach betont - nicht **die** Gewalt an sich gibt, sondern mehrere, z.T. sehr verschiedenartige Gewaltbereiche. Dafür jedoch kann es kein einheitliches Erklärungsmuster, keine allumfassende Theorie der Gewalt geben. So ist der Amoklauf von Erfurt sicherlich anders zu erklären als ein Brandanschlag rechtsextremer Jugendlicher auf ein Asylbewerberheim, eine sogenannte Eifersuchts- oder Beziehungstat hat andere persönliche und soziale Hintergründe als ein Handtaschenraub, und eine Randale am Rande eines Fußballspiels folgt anderen Mustern als die sexuelle Gewalt gegen bekannte oder fremde Opfer.

Gibt es aber nicht doch einige zentrale Erklärungsansätze? werden Sie jetzt vielleicht fragen. Erinnern wir uns an die Ausführungen zur Alters- und Geschlechtsstruktur der Tatverdächtigen. Dabei wurde deutlich, dass Gewaltdelikte in der weit überwiegenden Mehrzahl (rund 90 % der registrierten Fälle) von Männern begangen werden, wobei die Altersgruppen zwischen 14 und 25 Jahren dominieren. Dieses Übergewicht junger und jung erwachsener Männer an der Gewaltkriminalität gilt nach verschiedenen Studien auch für das polizeilich nicht erfasste Dunkelfeld, obwohl es dafür - naturgemäß - keine ähnlich genauen Zahlen gibt.

Was also unterscheidet junge Männer von anderen Bevölkerungsgruppen? Sind Jugend und junges Erwachsenenalter einfach Krisenzeiten, in denen Männer eine vielleicht sogar körperlich bedingte Gewaltbereitschaft in Taten umsetzen?

Ganz so einfach liegen die Dinge vermutlich nicht. Wir sollten auch bedenken, dass junge Männer unter Gewalttätern zwar überrepräsentiert sind, dass aber umgekehrt lediglich eine Minderheit junger Männer wegen Gewalttaten auffällig wird. So beträgt der Anteil der Tatverdächtigen nach der PKS selbst bei den am stärksten belasteten Gruppen (16-18 J., 18-21 J.) lediglich etwa 1,5 bis 1,7% des jeweiligen Jahrgangs.

Was sagt die (Entwicklungs-)Psychologie zu diesem Lebensabschnitt? Ganz allgemein gilt, dass neuere Ansätze die individuelle Entwicklung der Persönlichkeit nicht mehr unter dem Aspekt von festgelegten Stufen oder Phasen betrachten, sondern stattdessen nach den jeweiligen **Entwicklungsaufgaben** fragen.

Für das Jugendalter zählt dazu u.a. die Übernahme der männlichen oder weiblichen Geschlechtsrolle, die Findung eines *Partners*, später die Gründung, Versorgung und Betreuung einer *Familie*. Dies ist im Zeitalter der Gefahren von AIDS einerseits und einer gewachsenen sexuellen Freizügigkeit andererseits sowie auch angesichts der Tatsache, dass heute etwa jede dritte Ehe wieder geschieden wird, sicher keine leichte Aufgabe.

Ein zweiter wichtiger Bereich von Aufgaben betrifft die Auswahl eines geeigneten *beruflichen Feldes*; dabei wird das Erbringen von Leistungen und das zielstrebige Verfolgen einer beruflichen Karriere erwartet.

Daneben geht es aber auch um den Erwerb und den Aufbau freundschaftlicher *Beziehungen zu altersgleichen Personen* und um die Integration in verschiedene soziale Gruppen der Wohnumgebung, des Sports, der Freizeit usw.

Schließlich und nicht zuletzt stellt sich jungen Menschen die Aufgabe, einen Leitfaden, eine Richtschnur für das eigene Verhalten und für die Gestaltung des Lebens zu erlangen, oder anders gesagt ein persönliches *Wertesystem*, eine Ideologie zu entwickeln.

Letztlich geht es bei all diesen Aufgaben darum, dass junge Menschen lernen, sich und andere zu akzeptieren, dass sie ihren Platz in der Gesellschaft und in der Welt finden und dass sie ihr Leben in sozialer Verantwortung führen. Dies alles ist gewiss kein leichtes Unterfangen, doch stehen dafür glücklicherweise jeweils mehrere Jahre zur Verfügung. Auch müssen die Einzelaufgaben nicht alle auf einmal gelöst werden, sondern zumeist nach und nach. In der Regel klappt dies auch ganz gut, die Mehrzahl junger Menschen entwickelt nämlich ohne langdauernde und tiefgreifende Krisen eine gesunde, erwachsene Persönlichkeit.

Schwieriger, krisenhafter wird es dagegen in den Fällen, in denen die Bewältigung der Entwicklungsaufgaben auf massivere Probleme stößt, namentlich dann, wenn dies in mehreren Kernbereichen des Lebens (Familie, Partnerschaft, Schule, Beruf, Freizeit) gleichzeitig der Fall ist. Dabei kann es sich um die zufällige Häufung unglücklicher Umstände handeln, nicht selten werden jedoch die allgemeinen **gesellschaftlichen Bedingungen** jungen Leuten Grenzen ihrer Identitätsbildung setzen.

So ist der Einstieg ins Berufsleben oder gar die Planung einer beruflichen Karriere in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit für viele schwieriger geworden als früher. Ohne zufriedenstellenden Beruf werden aber auch Partnerschaft und Familiengründung problematischer. Und die Teilnahme an stabilisierenden, freundschaftlichen Kontakten in der Freizeit ist dort schwerer zu bewältigen, wo etwa Jugendclubs fehlen oder bereits vorhandene Freizeiteinrichtungen aus einseitig vorgetragenen Kostengründen geschlossen werden und junge Menschen auf kommerziell organisierte Treffs, etwa in Spielhallen, oder schlicht auf Kontakte auf der Straße, an Tankstellen und Ratsplätzen angewiesen sind.

Bezüglich der gesellschaftlich akzeptierten Normen wird von verschiedenen Seiten gelegentlich ein mehr oder minder deutlicher **Wertezerfall** beklagt. Nun ist die Bewertung der moralischen Entwicklung unserer Gesellschaft gewiss nicht mein Spezialgebiet, doch scheint es mir angemessener, von einem **Wertewandel** und auch von einer wachsenden **Wertevielfalt** zu sprechen. Solches ist tatsächlich zu beobachten und ließe sich etwa durch Meinungsbefragungen, aber auch durch Veränderungen in Lebensformen und Gewohnheiten der Bevölkerung belegen. Man mag diese Tendenzen persönlich begrüßen oder verurteilen, für die Entwicklung eines eigenen, verbindlichen Wertesystems junger Menschen dürfte gelten, dass ein sehr rascher Wandel, eine zu große Palette an konkurrierenden Werten und Normen grundsätzlich eher Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Mit einer Verunsicherung einzelner muss vor allem dann gerechnet werden, wenn als verbindlich geltende Normen wiederholt und in eklatanter Weise von Personen des öffentlichen Lebens verletzt werden. Die schier endlose Reihe von Skandalen und Skandälchen namhafter Personen aus Politik und Wirtschaft ist insoweit sicher kein Beitrag zur Stabilisierung des Wertebewusstseins der jungen Generation.

Der Hinweis auf allgemeine gesellschaftliche Bedingungen reicht freilich zur Erklärung von Gewalthandlungen nicht aus. Diese bilden lediglich so etwas wie den Rahmen, den Hintergrund für das Verhalten einzelner und damit auch für das Bewältigen krisenhafter Situationen. Ob jemand tatsächlich Gewalttaten begeht, dürfte entscheidend von anderen Faktoren abhängen.

In sehr breiter Form wurde dabei immer wieder der Einfluss der **Familie**, insbesondere der elterlichen Erziehung diskutiert. Tatsächlich erwerben wir ja wesentliche Einstellungs- und Handlungsmuster bereits im kindlichen Alter; wir erfahren, wie wir mit Konflikten und Verlusten oder - wie das heute meist genannt wird - mit Frustrationen zurechtkommen, wir lernen, wie wir uns unsere Wünsche erfüllen können, aber auch, wie wir auf nicht Erreichbares

verzichten. Auch der mögliche Einsatz von Aggression und Gewalt zählt zu diesen grundlegenden Mustern, denen wir sehr früh begegnen können.

Die häufig gestellte Frage, ob eher eine strenge oder eine milde **Erziehungsform** die Gewaltbereitschaft fördert, reduziert übrigens das Problem zu stark auf einen Faktor. Aus psychologischer Sicht können sowohl von zu großer Strenge wie von zu großer Nachgiebigkeit und Verwöhnung schädliche Einflüsse ausgehen. Besonders nachteilig scheint eine stark wechselhafte, inkonsistente familiäre Erziehung in Verbindung mit einem allgemein feindseligen, negativen Klima zu sein. Kinder solcher Familien erfahren offenbar zu wenig Stabilität und Zusammengehörigkeit und entwickeln daher nur schwer, wenn überhaupt, ein notwendiges Ur-Vertrauen in sich und andere Menschen. Sie haben deshalb größere Probleme, soziale Normen zu verinnerlichen und sind im späteren Leben eher in Gefahr, in Konflikten aggressiv zu reagieren und die Interessen anderer zu vernachlässigen. Dies gilt offenbar vor allem dann, wenn Gewalt unmittelbar und wiederholt in der eigenen Familie erlebt wurde und somit zu den alltäglichen, den „normalen" Lebensumständen zählte. Freilich werden längst nicht alle Opfer elterlicher Gewalt später selbst Gewalttäter, doch lässt sich eine Erhöhung des Risikos an vielen Fällen nachweisen.

Neben der Familie beeinflussen auch **Schule**, **berufliche Umgebung**, und die Kontakte zu **Gleichaltrigen** in der Freizeit die Identitätsentwicklung und damit auch das Äußern von Gewalt. Dabei spielen lernpsychologische Mechanismen eine wesentliche Rolle, insbesondere das Bekräftigungslernen oder Lernen am Erfolg und das Beobachtungslernen oder Lernen am Modell.

Von **Bekräftigungslernen** spricht man, wenn ein gezeigtes Verhalten von der Umgebung belohnt oder subjektiv als erfolgreich erlebt wird und in der Folge häufiger auftritt. Bei der Belohnung kann es sich dabei um das Erreichen eines konkreten Zieles, um eine größere Anerkennung in der Gruppe oder auch nur um eine erhöhte Aufmerksamkeit handeln. Bleibt bei einem auf diese Weise erworbenen Verhalten die erwartete Belohnung aus oder folgt gar eine negative Reaktion, also z.B. eine Strafe, so führt dies in der Regel nicht unmittelbar zu einer Löschung der entsprechenden Handlungen, vielmehr genügen gelegentliche, intermittierende Verstärkungen, um eine weitere und sogar besonders dauerhafte Stabilisierung des Verhaltens zu bewirken. Dies ist auch der Grund, weshalb aggressive Verhaltensweisen, die im Verlaufe eines längeren inner- und außerfamiliären Entwicklungsprozesses erworben wurden, nicht ohne weiteres durch Strafen, auch nicht durch harte Strafen, dauerhaft beseitigt werden können.

Beobachtungs- oder **Modelllernen** liegt dann vor, wenn neu erworbenes oder verändertes Verhalten auf die Beobachtung eines gleichen oder ähnlichen Verhaltens bei ein oder mehreren anderen Personen, den sogenannten Modellpersonen, zurückgeführt werden kann. Als Modelle fungieren naturgemäß zunächst Eltern, Geschwister, Verwandte, später auch Mitschüler, Lehrer, Kollegen und insbesondere bei Jugendlichen Freunde und Bekannte. Gewalthandlungen der näheren sozialen Umgebung wirken darum in gewisser Weise ansteckend, weil sie das Vorbild liefern für eigenes Handeln. Dies gilt selbst dann, wenn man ursprünglich unter der erfahrenen Gewalt gelitten hat.

In diesem Zusammenhang wird sehr häufig der Einfluss von Gewaltdarstellungen in den **Massenmedien** auf die Gewaltbereitschaft der Zuschauer, namentlich der Kinder und Jugendlichen, diskutiert. Vor allem Lehrer scheinen hier aufgrund ihrer Erfahrungen, etwa des sogenannten Montags-Syndroms, also des auffälligen Verhaltens von Schülern am Montag Morgen (d.h. nach langem Fernsehkonsum am Wochenende), eine sehr feste Meinung zu besitzen. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Wirkungen der TV- und Video-Gewalt sind dagegen weniger eindeutig. Zwar gibt es zahlreiche einschlägige Studien, doch liefern diese - schon aus methodischen Gründen - oft nur wenig tragfähige Ergebnisse bezüglich ursächlicher Verknüpfungen zwischen Mediengewalt und tatsächlicher Gewalt. Ich kann auf die Details der oft sehr kontrovers geführten Diskussion hier nicht eingehen, sondern möchte lediglich die folgenden Punkte festhalten:

1. Die Hoffnung einzelner Medienoptimisten, dass von der Fernsehgewalt keinerlei schädigende Einflüsse ausgehen oder dass durch den Konsum gewaltsamer Filme sogar eine Dämpfung, eine Abfuhr angestauter Aggressionen erreicht werden könne (sog. Katharsis-Hypothese), darf als wissenschaftlich widerlegt gelten.

2. Umgekehrt scheint aber auch eine unmittelbare Vorbildfunktion, also ein direktes Nachahmen der in Filmen wahrgenommenen gewaltsamen Akte - von Ausnahmefällen abgesehen - kaum gegeben zu sein. Wäre dies anders, dann würden wir angesichts der großen Zahl von Gewaltdarstellungen in Medien tatsächlich in einer Flut von Gewalt ertrinken.

3. Es gibt allerdings zahlreiche Hinweise darauf, dass vor allem bei jungen Zuschauern langfristig negative Gewöhnungs- und Abstumpfungseffekte eintreten können. Wer täglich Raub, Mord und andere Gewalttaten in Filmen sieht, der ist in Gefahr, dass sich allmählich seine Einstellung gegenüber der Gewalt verändert.

Diese verliert dann zunehmend ihren Schrecken, wird eine scheinbar normale und angemessene Reaktionsweise, zumindest als Gegenmittel zur Verteidigung berechtigter Interessen. Sie wird damit auch bei eigenen, alltäglichen Problemen zu einer greifbaren Handlungsalternative.

4. Eine Dauerberieselung mit Mediengewalt ist vor allem dann schädlich, d.h. förderlich für das eigene Gewaltpotential, wenn auch in der unmittelbaren Lebenswelt Gewaltakte an der Tagesordnung sind. Die erwähnten Effekte des Beobachtungslernens addieren sich, wenn Realität und Filmwelt ähnliche Muster und Vorbilder aufweisen.

Eine Diskussion über die Entstehung von Gewalt muss in jedem Falle noch einen weiteren Einflussfaktor ansprechen: den Konsum von **Alkohol** und **Drogen**. Seit Beginn der wissenschaftlichen Kriminologie vor rund 100 Jahren ist nämlich kaum ein Einzelbefund so gut empirisch belegt worden wie der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und der Begehung von Gewalttaten. Auch die aktuelle PKS zeigt, dass zahlreiche Gewaltdelikte unter *Alkoholeinfluss* begangen wurden. Bei den aufgeklärten Delikten lag der Anteil alkoholisierter Tatverdächtiger 2001 bei insgesamt rund 24,4%, bei einzelnen Delikten auch deutlich darüber.

Etwas weniger eindeutig ist nach der Statistik der Zusammenhang zwischen illegalen *Drogen* und Gewaltkriminalität. Immerhin liegt aber der Anteil der Konsumenten harter Drogen bei den aufgeklärten Fällen des Jahres 2001 nach der PKS beim Handtaschenraub bei etwa 22% und bei Raubüberfällen auf Geschäfte bei 19%. Aus Dunkelfeldbefragungen wissen wir zudem, dass Gewalthandlungen innerhalb der Drogenszene relativ häufig sind, doch werden diese nur selten angezeigt oder anderweitig polizeilich bekannt.

Freilich erklären solche empirisch feststellbaren Zusammenhänge zwischen Alkohol/Drogen einerseits und Gewalttaten andererseits nicht die Art, die Ursachen der Verknüpfung. Suchtmittel werden ja nicht zufällig eingenommen und führen auch nicht zwangsläufig zur Gewalt. Wir müssen vielmehr verschiedene Verbindungsmöglichkeiten in Betracht ziehen.

So ist davon auszugehen, dass die enthemmende Wirkung des Alkohols die Gewaltbereitschaft steigert und selbst weniger aggressive, ja zurückhaltende Personen zu Tätlichkeiten veranlasst. Dies kann sogar bewusst im Sinne eines Sich-Mut-Antrinkens hergestellt werden. Bei Gewalttaten alkoholabhängiger Personen ist zudem zu fragen, inwieweit Kriminalität und Sucht auf gemeinsame Ursachen, z.B. auf gestörte Familienbeziehungen, zurückführbar sind.

Damit möchte ich meine Ausführungen zu den Ursachen der Gewalt beschließen. Offen blieb allerdings noch, weshalb es vor allem **Männer** sind, die Gewalttaten begehen. Ist dies nicht Ausdruck einer von Natur aus höheren Aggressivität der Männer? Ich will dies nicht völlig ausschließen, erheblich bedeutsamer scheint mir aber der Einfluss der Geschlechtsrollen zu sein, also der sozialen Erwartungen an männliches und weibliches Verhalten und der damit zusammenhängenden Erziehung.

Wettbewerb, Dominanz, Durchsetzungsfähigkeit und Kontrolle gelten nach wie vor als primär männliche Attribute. Die Überbetonung solcher Merkmale, etwa das starre Festhalten an der Meinung, stets besser sein zu müssen als andere, lässt in Konfliktsituationen wenig Spielraum für friedfertige Lösungen und führt im Zweifel zur Gewalt.

Was folgt daraus? fragen Sie nun wahrscheinlich. Wer hat Schuld an der Gewalt?

> Sind es die Familien, die Schule, die Medien, der Alkohol? Ist es unser männliches Rollenverständnis, das Leistungsprinzip, der Wertewandel, oder gar die Gesellschaft als Ganzes, oder alles zusammen?

Die Frage erscheint berechtigt, sie setzt indes nach meiner Ansicht falsche Akzente. Schuld im Sinne eines absichtlichen, vorwerfbaren Fehlverhaltens hat vielleicht niemand; zumindest ist es nicht meine Aufgabe, darüber zu befinden. Verantwortung jedoch tragen wir alle, und wir sollten uns deshalb auch alle fragen, was wir gegen die Gewalt tun können.

4. Schritte gegen die Gewalt

Dies führt mich zum letzten Teil meines Vortrages, in dem ich einiges zu den Möglichkeiten der **Verhinderung** und **Kontrolle** von **Gewalttaten** sagen möchte.

Ich fürchte allerdings, ich muss Sie hier ein wenig enttäuschen, denn einen Königsweg zur Lösung der Gewaltprobleme in unserer Gesellschaft kann ich Ihnen leider nicht präsentieren. Ich habe meine Position dazu in zehn knappen, holzschnittartigen Thesen formuliert. Diese Thesen sind weder besonders neu oder originell und sicher auch nicht erschöpfend. Sie sollen Sie aber zum Nach- und Weiterdenken und zur Diskussion ermuntern, vielleicht auch zum Widerspruch auffordern:

These 1: Keine falschen Zielvorstellungen verfolgen

Bei allem notwendigen und berechtigten Engagement ist es ratsam, sich die zu leistende Aufgabe nicht unnötig schwer zu machen. So wäre es utopisch, eine völlig gewaltfreie Ge-

sellschaft anzustreben. Umgekehrt sollten wir uns aber auch davor hüten, das gegenwärtige Ausmaß an Gewalt als normal und unvermeidlich anzusehen oder uns damit zu trösten, dass es woanders, etwa in den USA, noch viel schlimmer sei.

These 2: Es gibt keine Patentlösungen

Da es - wie mehrfach betont - nicht **die** Gewalt gibt, sondern unterschiedliche Gewaltbereiche mit teilweise sehr verschiedenartigen Entstehungsbedingungen, kann es keine einheitlichen Konzepte zur Verhinderung und Bekämpfung der Gewalt geben. Wir müssen uns darum vor scheinbaren Patentlösungen in Acht nehmen und sollten die jeweiligen Schritte stets sehr genau überlegen.

These 3: Prävention hat Vorrang

Der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen" gilt auch für die Bekämpfung der Gewalt. Vorbeugende, präventive Maßnahmen sollten also stets Vorrang haben vor bloßen Reaktionen auf bereits begangene Gewalttaten.

Zur Gewaltprävention werden sehr unterschiedliche Maßnahmen gezählt – primäre (allgemeine), sekundäre (für spezifische, gefährdete Personen) und tertiäre (zur Vermeidung von wiederholter Gewalt). Gemeint ist hier vor allem die sog. primäre Prävention, also Aktivitäten, die darauf ausgerichtet sind, die Entstehung von Gewalt von vornherein zu verhindern.

These 4: Gewalt vor allem „vor Ort" verhindern

Gewalt sollte nach Möglichkeit vor allem dort bekämpft werden, wo sie tatsächlich in Erscheinung tritt. Daraus folgt beispielsweise, dass Präventions- und Hilfeprogramme, die auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten wurden, etwa die Einführung spezifischer Unterrichtseinheiten an Schulen oder kommunale Präventionsprogramme, besser sind als sehr groß angelegte, einmalige Aktionen.

Dies heißt aber nicht, dass flächendeckende Aktionen, etwa Plakate oder Fernsehspots gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, generell nutzlos sind. Ein nennenswerter Effekt gegen Gewalttaten ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn dadurch Initiativen vor Ort - etwa Diskussionsgruppen in Jugendzentren, Aktionstage an Schulen u.ä. - in Gang gesetzt werden. Selbst neue Gesetze und Vorschriften können nur dann etwas bewirken, wenn sie auch

auf der unteren, praktischen Ebene mit Nachdruck umgesetzt werden.

These 5: Hilfe vor Strafe

Im Umgang mit Gewalttätern sollte - wie auch bei anderen Delinquenten - der Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ zugrundegelegt werden. Dies gilt vor allem für junge, erstmalig auffällige Straftäter sowie für Personen, deren Gewaltakte in Verbindung mit schwierigen, extrem belastenden Konfliktsituationen entstanden sind oder die als Ergebnisse defizitärer Entwicklungsbedingungen angesehen werden müssen.

Diese Hilfe muss Strafe nicht ausschließen, sondern kann ggf. sogar im Vollzug einer Jugend- oder Freiheitsstrafe erfolgen. Ich denke dabei etwa an sog. Anti-Aggressivitäts-Trainings im Jugendstrafvollzug, mit denen bereits gute Erfahrungen gemacht wurden, oder an sozialtherapeutische Einrichtungen des Justizvollzuges.

These 6: Hilfe für Täter *und* Opfer

Hilfe sollte selbstverständlich nicht nur Gewalttätern zuteil werden, sondern auch und in erster Linie den Opfern von Gewalt. Neben der materiellen Entschädigung geht es dabei vor allem um eine psychologische Begleitung und Betreuung sowie um rechtliche Unterstützung in Straf- und Zivilverfahren.

Als Beispiele wären hier zu nennen: die Aktivitäten von Opferhilfevereinen, etwa die Vermittlung von Therapieplätzen, die Einrichtung von örtlichen Beratungsstellen für Verbrechensopfer sowie Initiativen bezüglich einer Verbesserung des Schutzes von Opferzeugen im Strafprozess.

Dass sich übrigens täter- und opferbezogene Hilfen nicht ausschließen müssen, sondern sogar ergänzen können, zeigen die seit den 80er Jahren an vielen Orten etablierten Ansätze des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs.

These 7: Die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen

Nicht selten wird - vor allem nach besonders spektakulären Gewaltdelikten - der Ruf nach neuen, schärferen Straf- oder Strafverfahrensgesetzen laut. Dies mag in Einzelfällen begründet sein, doch ist aus meiner Sicht hier meist eine gewisse Skepsis angezeigt.

Zum einen wird die abschreckende Wirkung höherer Strafandrohungen oft überschätzt; abschreckend und damit gewaltverhindernd wirkt vor allem eine hohe Entdeckungs- und Bestrafungswahrscheinlichkeit, also die Gefahr, überhaupt erwischt und strafrechtlich belangt zu werden.

Zum anderen ist fraglich, ob zusätzliche, erweiterte Möglichkeiten der polizeilichen Ermittlung tatsächlich zu signifikant höheren Aufklärungsquoten führen können. Wichtiger als die Schaffung neuer, strengerer Gesetze scheint mir die konsequente Anwendung der bestehenden Vorschriften zu sein.

Wenn also Gewalttäter die Erfahrung machen, dass sie nach einer Festnahme sehr rasch wieder auf freien Fuß gesetzt werden, dass sich Verfahren in die Länge ziehen, und dass verhängte Sanktionen nur sehr zögerlich vollstreckt werden, dann ist es nicht verwunderlich, wenn sie dadurch nur wenig beeindruckt werden und neue Delikte begehen.

These 8: Koordination der Anti-Gewalt-Maßnahmen

Maßnahmen gegen die Gewalt - präventive, repressive, helfende - sollten nicht naturwüchsig nebeneinanderher laufen, sondern möglichst gut koordiniert werden. Es kommt hierbei auch weniger auf eine möglichst breite Palette an Einzelschritten an, die nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern auf ein vernünftiges Abwägen der einzelnen Maßnahmen. Dabei geht es zum einen um Aufgaben und Aktionen von Polizei, Justiz und kommunalen Behörden (z.B. Jugendämtern), gefragt sind aber auch Schulen, Kirchen, Freizeiteinrichtungen, Opferhilfevereinigungen und Versicherungen.

Hilfreich für eine Koordination der Maßnahmen sind Zusammenschlüsse (Räte, Gremien) von staatlichen und außerstaatlichen Institutionen auf kommunaler, regionaler oder – wie hier in Sachsen-Anhalt – auf Landesebene. Im vergangenen Jahr wurde auch das bundesweite „Deutsche Forum für Kriminalprävention“ als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Seine Aufgabe ist es, als nationale Service- und Informationsstelle die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention zu optimieren.[3]

[3] Siehe dazu im Internet: www.kriminalpraevention.de

These 9: Verhinderung und Kontrolle der Gewalt ist Daueraufgabe

Die Verhinderung und Kontrolle von Gewalt in unserer Gesellschaft ist eine Daueraufgabe, keine Frage von einmaligen Aktionen. Wer Erfolge sehen will, braucht freilich einen langen Atem, gelegentlich auch den Mut, Ungewöhnliches zu wagen. Das Schwierige dabei ist, dass wir Misserfolge, also neue Gewalttaten, eher wahrnehmen (können) als positive Resultate. Wichtig ist, dass wir bei dieser komplizierten Arbeit nicht nur aus einer emotionalen Betroffenheit heraus reagieren und beispielsweise angesichts spektakulärer Einzeldelikte stets neue Maßnahmen fordern, sondern auf grund klarer, abgestimmter Konzepte handeln. Hierfür ist - da spricht nun der Wissenschaftler zu Ihnen - auch ein Ausbau der kriminologischen Grundlagenforschung sowie eine empirische Begleitung kriminalpolitischer Projekte erforderlich.

These 10: Es geht um uns selbst

Eine kriminologische Binsenweisheit besagt, dass es das schiere, das schlechterdings Böse nicht gibt. Gewalt in unserer Gesellschaft entsteht deshalb auch nicht aus dem Nichts heraus, sondern hat zahlreiche Ursachen; einige davon können wir beeinflussen.

Bei der Bekämpfung der Gewalt sollten wir uns stets darüber im klaren sein, dass wir es nicht mit Bestien oder Unmenschen zu tun haben, auch wenn dies im Einzelfall so scheinen mag, sondern dass es bei Gewalttätern um unsere Kinder, um unsere Jugend, um unsere Mitmenschen geht. Diese sind, ungeachtet ihrer persönlichen Verantwortung für ihr Handeln, auch das, was wir aus und mit ihnen gemacht haben und machen. Schritte gegen die Gewalt betreffen also nicht einfach den „bösen anderen“, sondern immer auch uns selbst.

Landespräventionspreis der Polizei Sachsen-Anhalt

"Sicherheit aktiv gestalten - Straftaten im öffentlichen Raum entgegenwirken"

Preisverleihung durch den Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Preisverleihung heute erschienen sind Vertreter von vier Projekten, wobei zwei Projekte einen dritten Platz belegt haben. Die Reihenfolge der Preisträger wurde durch eine Jury bestimmt, der neben Vertretern der Polizei auch Herr Dr. Emcke als Dezernent für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg sowie Herr Riecke, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt e. V., angehörten.

Einen 3. Platz belegten:

die Arbeiterwohlfahrt, Ortsverband Nienhagen e. V. mit dem Projekt

"Jugendarbeit einmal anders".

Unter dem Motto "Jugend von der Straße, Zukunft ohne Drogen und Gewalt" wird das Projekt der AWO im Ortsverein Nienhagen durchgeführt.
Im Rahmen der Jugendarbeit haben sich die dort tätigen ABM-Kräfte mit den Jugendlichen u. a. zur Thematik Sachbeschädigungen, unerlaubte Graffiti auseinander gesetzt. Die Jugendlichen haben im Rahmen ihres Projektes eine im Ort befindliche beschädigte Wartehalle renoviert und dadurch eine andere Einstellung zu Sachbeschädigung entwickelt.

Durch die Gestaltung eines Klubraumes mit Graffiti als Kunst wurde die Abgrenzung zu Graffiti als Sachbeschädigung deutlich.

Gleichfalls den dritten Platz belegte die

Verwaltungsgemeinschaft Schwanebeck/Gemeinde Groß Quenstedt mit dem Projekt

”Verhinderung von Straftaten in der Gemeinde durch aktives Jugendleben und Integration der Jugendlichen in die Dorfgemeinschaft”.

Der Projekttitel beinhaltet zugleich seine Umsetzung. Jugendliche helfen im Ort bei gemeinnütziger Arbeit wie dem Pflanzen von Bäumen, Straßenarbeiten und ähnlichem. Während es bei Projektbeginn 1995 noch vermehrt zu Straftaten im Ort kam, ist jetzt festzustellen, dass durch die aktive Integration der Dorfjugend die Zahl krimineller Handlungen im Ort oder dessen Umgebung deutlich zurückgegangen ist.

Der dritte Platz ist mit einem Gutschein von je 1.500.- € dotiert.

Den zweiten Preis und damit einen Gutschein über 2.000.- € erhält die

Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e. V. für das Projekt

”Wartezeit = Spielzeit”

Es handelt sich um ein spielpädagogisches Konzept, mit dem mehrere Ziele verfolgt werden. Die grundsätzliche Idee ist das Steuern aggressiven Verhaltens von Kindern und Jugendlichen im Bereich von Bushaltestellen mittels spielpädagogischen Angeboten. Nach anfänglichen Problemen hat sich in der weiteren Projektentwicklung herausgestellt, dass der Spielraum ”Bushaltestelle” erst einmal mit der Hilfe Erwachsener erobert werden muss. Hierzu war eine Vorarbeit in der Schule notwendig. Im Rahmen einer Ganztagsschulbetreuung in Wanzlebener Schulen wurde mit Schülern der 6. Klassen das Spielprojekt geübt und eine Spielesammlung erarbeitet.

Nun zum Preisträger **des ersten Preises** und damit dem Gewinner eines Gutscheines in Höhe von 2.500.- €, es sind die

Schülerinnen und Schüler der Klassen 8a und 8b der Sekundarschule ”Am Regenstein” in Blankenburg, mit dem Projekt

”Wenn nicht jetzt ... wann dann?”

Die 36 Schülerinnen und Schüler dieser Klassen haben sich intensiv mit dem Thema ”Gewalt gegen Sachen im öffentlichen Raum” auseinander gesetzt. Das Projekt gliedert sich in mehrere Teilbereiche, wovon ich nur eines besonders hervorheben möchte, nämlich den Abschluss eines Pflegevertrages mit dem Staatlichen Forstamt Blankenburg zur Sauberhaltung eines Wanderweges.

Meine Damen und Herren, liebe Preisträger

wer mehr über die heute ausgezeichneten Projekte sowie über weitere Teilnehmer des Präventionspreises erfahren möchte, dem kann ich den Besuch des ”Marktes der Möglichkeiten”, der sich im Foyer befindet, empfehlen. Darüber hinaus haben auch eine Vielzahl weiterer Institutionen dort die Möglichkeit genutzt, sich mit Ihren Projekten vorzustellen und den Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen in der Kriminalprävention aktiv Tätigen zu suchen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

3. Platz

"Jugendarbeit einmal anders"

AWO, Ortsverein Nienhagen e.V.

3. Platz

"Aktives Jugendklubleben "

Verwaltungsgemeinschaft Schwanebeck/ Gemeinde Groß

2. Platz

"Wartezeit = Spielzeit (W=Z)

Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.

1. Preis

Wenn nicht jetzt ... Wann dann?

Klasse 8a und 8b der Sekundarschule "Am Regenstein"
Blankenburg

Inhaltsverzeichnis

Programm

	S. 1

Reden zur Eröffnung

Vorsitzender Landespräventionsrat, Herr Staatssekretär Söker	S. 3
Grußwort der Beigeordneten für Jugend und Soziales der Stadt Halle, Frau Szabados	S. 7

Hauptreferat

Prof. Dr. Rudolf Egg	S. 10

Landespräventionspreis der Polizei Sachsen-Anhalt

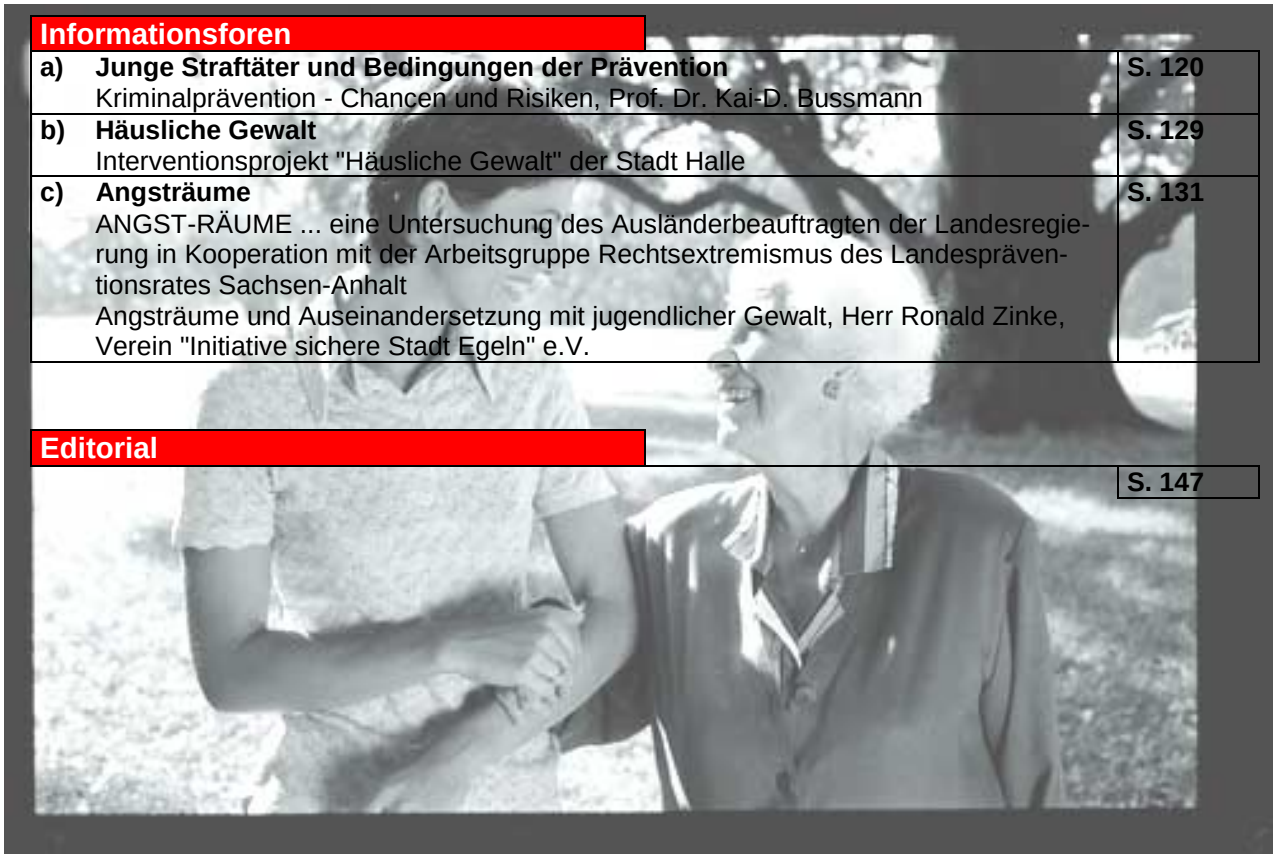
Preisverleihung durch den Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Jeziorsky	S. 26

Markt der Möglichkeiten

Bundesgrenzschutzamt Halle, Sachgebiet Kriminalprävention	S. 31
Fachzentrum gegen Gewalt (FZGG)	S. 34
Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt e.V.	S. 38
"GIMMI" Integrationszentrum Halle	S. 41
Aktion Musik e.V., Gröninger Bad	S. 45
Initiative Sicherer Landkreis Anhalt Zerbst e.V.	S. 49
Polizeidirektion Halberstadt "Buntes Licht auf braune Schatten"	S. 51
Sozialer Dienst, Jugendarrestanstalt Halle	S. 58
Paritätisches Jugendwerk Sachsen-Anhalt e.V.	S. 60
Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Stendal e.V.	S. 62
Jugendgemeinschaftswerk Dessau, Stiftung Evang. Jugendhilfe St. Johannis e.V.	S. 66
Polizeisportverein Halle e.V., Projekt AnGe⇨SAGT	S. 69
Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.	S. 73
Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt	S. 75
Jugend- und Drogenberatungsstelle Halle (DROPS)	S. 81
Polizeidirektion Magdeburg	S. 85
Weisser Ring e.V.	S. 88
EINE-WELT-HAUS Halle e.V.	S. 95
Suchtberatungsstelle der AWO, Kreisverband Halle e.V.	S. 100
Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V.	S. 103
Polizeidirektion Halle, Jugendberatungsstelle	S. 108
Technisches Polizeiamt Sachsen-Anhalt	S. 112
AWO Kreisverband Halle e.V., Interventionsprojekt "Häusliche Gewalt"	S. 114
AWO Ortsverein Nienhagen e.V.	S. 116

Bild: ProPK

2. Landespräventionstag
"Prävention für eine sichere und lebenswerte Stadt"



Informationsforen

a)	**Junge Straftäter und Bedingungen der Prävention** Kriminalprävention - Chancen und Risiken, Prof. Dr. Kai-D. Bussmann	**S. 120**
b)	**Häusliche Gewalt** Interventionsprojekt "Häusliche Gewalt" der Stadt Halle	**S. 129**
c)	**Angsträume** ANGST-RÄUME ... eine Untersuchung des Ausländerbeauftragten der Landesregierung in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt Angsträume und Auseinandersetzung mit jugendlicher Gewalt, Herr Ronald Zinke, Verein "Initiative sichere Stadt Egeln" e.V.	**S. 131**

Editorial

S. 147

2. Landespräventionstag
"Prävention für eine sichere und lebenswerte Stadt"

Programm

09.25 - 09.55 Uhr	**Eintreffen der Tagungsteilnehmer** **Programm des Polizeimusikkorps**

10.00 - 10.30 Uhr	**Eröffnung**

Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt Herrn Staatssekretär Söker

Grußwort der Beigeordneten für Jugend und Soziales der Stadt Halle Frau Szabados

10.30 - 12.00 Uhr	**Hauptreferat mit anschließender Diskussion**

Referent: Prof. Dr. Rudolf Egg; Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden zum Thema „Dimensionen und Hintergründe der Jugendgewalt“

Moderation: Frau Wuschig; Mdr

12.00 - 12.30 Uhr	**Verleihung des Landespräventionspreises der Polizei zum Thema ”Sicherheit aktiv gestalten – Straftaten im öffentlichen Raum entgegenwirken”**

Die Preisverleihung erfolgt durch den Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Jeziorsky

12.30 - 14.00 Uhr	**Markt der Möglichkeiten**

Präventionsprojekte stellen sich vor

14.00 - 16.30 Uhr	**Informationsforen**

a) Junge Straftäter und Bedingungen der Prävention

Moderation: Herr Breymann; DVJJ

Referent: Herr Prof. Dr. Bussmann; "Prävention - Chancen und Risiken"

Co-Referent: Herr Dr. Uhlig; zum Thema ” Stolpersteine der Prävention”

b) häusliche Gewalt

Moderation:	Frau Göttke; Landesverband für Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V.
Referentin:	Frau Donat; Interventionsprojekt Halle zum Thema ”Vorstellung der Ergebnisse des Interventionsprojektes Halle”
Co-Referentin:	Frau Oesterhaus; Leitstelle für Frauenpolitik zum Thema ”Aktueller Stand der Umsetzung des Landesprogramms zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder”

c) Angsträume

Moderation:	Frau Habisch; Koordinierungsstelle ”Für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt”
Referent:	Herr Piening; Ausländerbeauftragter der Landesregierung “Angsträume und No-Go-Areas - Ergebnisse einer Befragung von Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt"
Co-Referent:	Herr Ronald Zinke; Förderverein "Initiative für eine sichere Stadt Egeln" zum Thema ”Angsträume aus der Sicht einer Kommune”
Co-Referent:	Herr Dr. Karamba Diaby; Vertreter des Präventionsarbeitskreises der Stadt Halle; zum Thema ”Angsträume aus der Sicht einer Kommune”

16.30 - 17.00 Uhr Abschlussstatements aus den Foren

Moderation:	Frau Wuschig; Mdr
Referenten:	Moderatoren der Foren

Schlusswort des Vorstandsvorsitzenden des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt, Herrn Söker